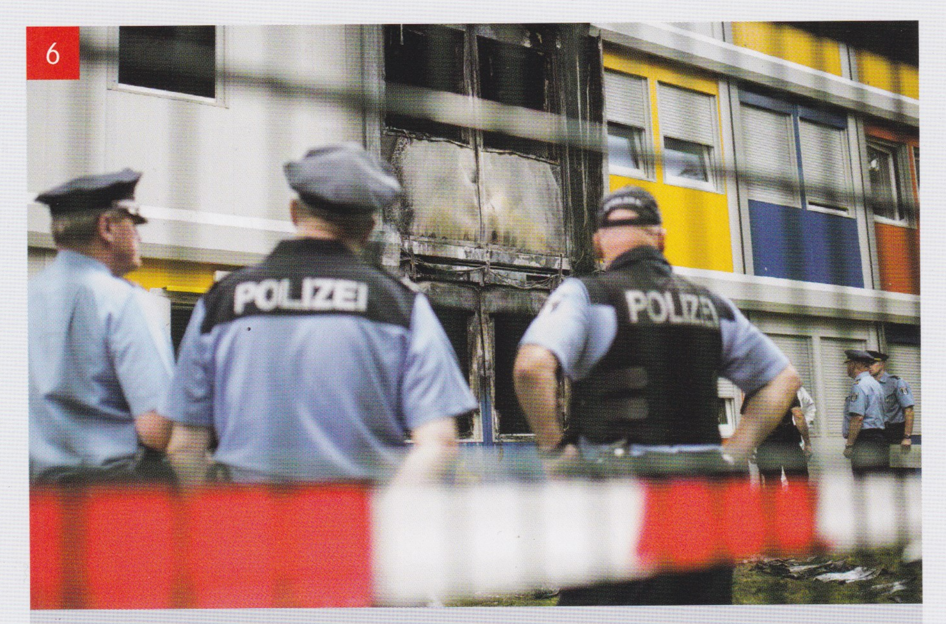
Antifaschistisches info Blatt

Nr. 118 | Frühjahr 2018 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



TICKENDE ZEITBOMBEN

www.antifainfoblatt.de



TICKENDE ZEITBOMBEN
Es gibt hunderte, vielleicht tausende Neonazis, die nicht mehr aktiv sind, aber virtuell und unter Freunden ihren Herrschafts- und Gewaltfantasien freien Lauf lassen. Viele von ihnen sind „tickende Zeitbomben".



URTEIL GEGEN DIE „GRUPPE FREITAL"

Die Angeklagten wurden wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu langen Haftstrafen verurteilt. Verteidiger und Teile der lokalen Presse verharmlosten die Taten als „dumme Jungenstreiche" und bezeichneten die Motivation der Täter als „asylkritisch".



DER JUSTIZSKANDAL UM DEN TOD VON OURY JALLOH

Nach 13 Jahren ist die Geschichte des Falls Oury Jalloh mehr als verworren. Klar ist: Es geht nicht um den einen Skandal, es geht um eine Kette von Skandalen. Der größte ist, dass ein an Händen und Füßen gefesselter Mensch im Polizeigewahrsam stirbt.



IM SCHATTEN DER NATIONALEN MASSENPSYCHOSE

Der sogenannte Namensgebungskonflikt in Griechenland währt schon seit Jahrzehnten. Zehntausende nahmen an einer Kundgebung in Thessaloniki mit der Forderung teil, den Begriff Mazedonien nicht in den Namen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien aufzunehmen.

Titelbild: Berlin, 8. August 2016 — Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft (Foto: Christian Ditsch).

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA/ANTIRA

RASSISMUS

GESELLSCHAFT

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Der NSU-Prozess in München nähert sich seinem Ende. Die militanten Neonazi-Netzwerke und UnterstützerInnen jenseits der wenigen Angeklagten wurden bisher durch die Bundesanwaltschaft und das Gericht zum größten Teil ausgeblendet. Grund genug für uns, erneut einige terroraffine Cliquen, Netzwerke und Personen in dieser Ausgabe intensiver zu betrachten. Wir wollen versuchen, das neonazistische Milieu auszuleuchten, das Terror propagiert, Waffen und Sprengstoff sammelt und Gewalt- bzw. Vernichtungsphantasien äußert. Im Zuge der rassistischen und rechten Mobilisierungen der vergangenen Jahre kam es wieder zu etlichen Angriffen und Anschlägen. Während bei einigen Gewalttaten, insbesondere bei sogenannten „Einzeltätern", um die Bewertung als rechtsmotiviert öffentlich gerungen wird, werden andere als rechter Terror eingestuft. Beide Formen des Umgangs finden ihre Beispiele in dieser Ausgabe. Antifaschistische Initativen sind zunehmend gefordert, ihr Wissen aus jahrelangen Recherchen einzubringen, um der Verharmlosung von Neonazi-Attentätern als „isolierte Einzelpersonen" zu widersprechen. Wenn hierbei das Bild eines „einsamen Wolfes" entworfen wird, muss recherchiert und dargestellt werden, in welchem Rudel dieser Wolf sozialisiert wurde. Der für den Düsseldorfer Wehrhahn-Anschlag angeklagte Ralf Spies beispielsweise hatte Kontakte in die organisierte Neonazi-Szene, die bislang kaum thematisiert wurden (Seite 12). Bereits im AIB Nr. 51 (2.2000) berichteten wir unter der Überschrift „Keine Neonazi-Strukturen erkennbar? Terrortown Düsseldorf" auch über Ralf Spies als zeitweiligen Tatverdächtigen für den Wehrhahn-Anschlag. Dieser war sich anscheinend zu sicher, nie überführt oder gar angeklagt zu werden. Im November 2014 schickte er uns daher eine „Beschwerde" zu: „nettes hallo ich bitte fordere sie auf ihren eintrag mit meinem namen ralf spies komplett zu entfernen, vielen dank . es gibt hierzu schon unterlassungserklärungen von einigen ihrer mitstreiter deren ansicht meinung ich auch nicht böswillig oder ferfälscht wieder geben.."

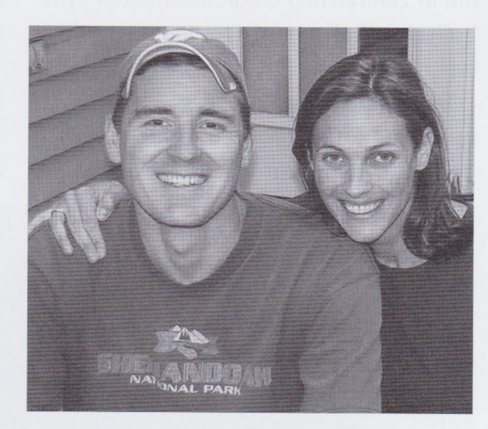
Wir haben uns damals entschieden, seinen Namen nicht zu entfernen und das Risiko einer Klage einzugehen. Da solche juristischen Auseinandersetzungen häufiger werden und zum Teil sehr kostspielig sind, freuen wir uns über Eure Spenden (www.antifainfoblatt.de/ich-zahl-fuers-aib), um auch zukünftig unabhängig recherchieren und publizieren zu können.

Durch über Jahrzehnte angehäuftes Wissen und die Fähigkeit, auf dieses auch systematisch zugreifen zu können, ist es Antifaschist_innen auch in anderen „Altfällen" gelungen, rechte Motivation, Personen, Werdegänge und Strukturen publik zu machen. Zahllose jüngere Beispiele dafür finden sich im aktuellen Erkenntnisstand zum NSU(-Umfeld), dem Fall des Sprengsatzes von Hamburg-Veddel im vergangenen Dezember, oder auch im Fall des Messerangriffs auf die Kölner Oberbürgermeisterin 2015 bzw. die von Antifaschist_innen veröffentlichten Hintergrundinformationen zum Täter (Seite 6). Es führt uns vor Augen, wie wichtig es ist, unermüdlich und konjunkturunabhängig eben jene hier im Schwerpunkt abgebildeten „alten Bekannten", ihre Milieus, Entwicklungen und ihren politischen Nachwuchs fortlaufend zu beobachten und das Wissen abrufbar zu halten.

Auch einem unglaublich hohen Maß an Beharrlichkeit antirassistischer Initiativen ist es zu verdanken, dass im Falle des 2005 in einer Dessauer Polizeizelle verbrannten Oury Jalloh nun nach einem erneuten Brandgutachten auch Teile der Justiz einen Mord durch Polizisten für nicht mehr vollkommen unwahrscheinlich halten. In einem Artikel auf Seite 48 schildern wir den aktuellen Stand.

Mit den Texten „Antifa: Keine Kompromisse" von den Autor_innen des Antifa-Buches bei theorie.org und „Irgendwo in Deutschland brennt es immer" von der Kampagne „Irgendwo in Deutschland", aber auch mit dem Rückblick auf die Tagung zu dreißig Jahren Antifa in Ostdeutschland in unserem Antifa-Ressort hoffen wir, die Diskussionen um Zustand, Herausforderungen und Ansätze der Antifa-Bewegung voranbringen zu können. Beteiligung erwünscht!

Rassistische und neonazistische Taten, bei denen Menschen getötet wurden, gibt es wieder zu beklagen. In den Kurzmeldungen zu dem Amoklauf in Florida und zu den Schüssen eines rechen Politikers auf vermutete Geflüchtete in Italien schildern wir die Fälle ausführlicher, als es im Editorial möglich ist. Des Weiteren wurden im Dezember 2017 Buckley Kuhn-Fricker und ihr Mann Scott Fricker in Virginia, USA vom 17-Jährigen Neonazifreund ihrer Tochter erschossen. Nachdem sie im Internet auf dessen rassistische und homophobe Hassinhalte stießen, intervenierten sie erfolgreich gegen die Beziehung und meldeten ihn in der Schule. Als Reaktion darauf tötete er das Ehepaar. •



Scott Fricker und Buckley Kuhn-Fricker

USA: Neonazi, Waffenfanatiker, Psychopath – oder von allem ein bißchen?

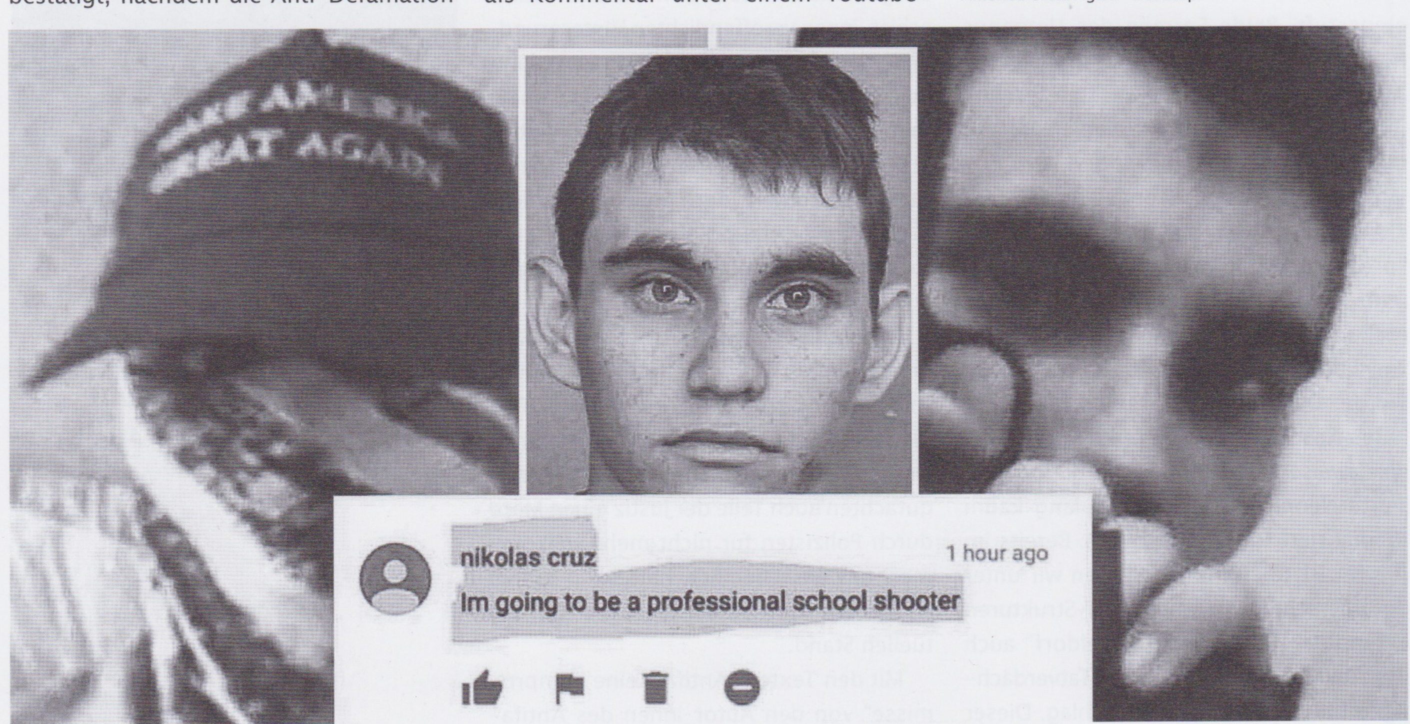
MAX BÖHNEL, NEW YORK

Der Name des Schützen, der beim jüngsten Schulmassaker am 14. Februar 2018 in Parkland (Florida) 17 Menschen erschoss, ist wenige Tage nach der Tat wieder in Vergessenheit geraten. Dasselbe gilt für die Suche nach Hintergrund und Motiv, die den 19-jährigen Nikolas Cruz dazu bewegt haben könnten. Nach seiner Festnahme gestand Cruz die Tat. Er sitzt in Untersuchungshaft. In den Vordergrund der Medienberichterstattung sind dagegen die Reaktionen der Trump-Regierung, der Waffenlobby „National Rifle Association" (NRA) und der überlebenden SchülerInnen der Majory Stoneman Highschool getreten. Letztere sind mit ihrer Organisierung gegen die NRA zu einem landesweiten Hoffnungsschimmer geworden. Mitte März 2018 haben auf ihre Anregung hin in zahlreichen US-Bundestaaten symbolische Highschool-Streiks stattgefunden.

Am Tag nach der Tat schien die Befürchtung von einem rechtsextremen Blutbad bestätigt, nachdem die Anti-Defamation League (ADL) in einer Erklärung die Verbindung von Cruz zur obskuren rassistischen „Republic of Florida" behauptete, und zahlreiche Massenmedien diese „Meldung" übernahmen. Nur Stunden später entpuppte sich die angebliche Verbindung als erfunden — von Mitgliedern eines Alt-Right-Onlineforums, die JournalistInnen und Medien vorführen wollten.

Nach Aussagen von Nachbarn, MitschülerInnen und Behörden fiel Nikolas Cruz schon vor Jahren als Außenseiter mit einem extrem aggressiven und erratischen Verhalten auf. Seine Adoptivmutter, die im vergangenen November an einer Lungenentzündung starb, hatte in den davor liegenden Jahren zwei Dutzend Mal die Polizei verständigt, unter anderem weil Cruz sie und seinen Bruder mit einer Waffe bedroht hatte. Auf Instagram präsentierte er sich mit Messern, Revolvern, getöteten Tieren und der Tatwaffe, dem im Februar 2017 legal erworbenen AK-15-Gewehr. Mehrmals kündigte er in Chatrooms und als Kommentar unter einem Youtube-Video an, er werde zum „school shooter".

Dass Cruz nicht nur von Waffen besessen ist und unter einer Persönlichkeitsstörung leidet, sondern auch eine deutlich extrem rechte Gesinnung trägt, bestätigten die Behörden nach der Analyse seiner Online-Aktivitäten. Auf mehreren einschlägigen Foren befürwortete er Morde an MexikanerInnen, Schwarzen, Juden, LGBTQ-Menschen und Frauen. Angeblich hatte Cruz in jedes Munitionsmagazin, das er bei dem Massaker benutzte, ein Hakenkreuz geritzt. Dass er in neofaschistischen Netzwerken fest organisiert war, ließ sich jedoch nicht erhärten. •



Nikolas Cruz präsentierte sich online auch mit „Make America Great Again"-Basecap.

Italien: Rechter Politiker schießt auf Geflüchtete

Am 4. März 2018 wurde in Italien ein neues Parlament gewählt und damit möglicherweise eine neue Regierung. Die rechte Allianz von „Forza Italia", „Fratelli d'Italia" und „Lega Nord" rechnete sich dabei gute Chancen auf einen Sieg aus. Nun hat ein ehemaliger Kandidat der Lega Nord bei einem rassistischen Amoklauf in der Stadt Macerata sechs Menschen zum Teil schwer verletzt. Seiner Partei scheint das jedoch nicht zu schaden.

Der Schütze ist der 28-jährige Luca Traini. Seine Schläfe ziert das Tattoo einer Wolfsangel, wie sie von Heinrich Himmlers Organisation „Werwolf" verwendet wurde. Im letzten Jahr kandidierte er bei den Kommunalwahlen für die Lega Nord. An verschiedenen Orten der Stadt gab er aus einem Auto heraus 30 Schüsse auf Menschen ab, deren einzige Gemeinsamkeit ihre dunkle Hautfarbe ist. Danach wartete er, in eine italienische Flagge gehüllt und den faschistischen Gruß zeigend, an einem Denkmal für gefallene Soldaten auf seine Festnahme. Bei der anschließenden Hausdurchsuchung fanden Beamte die italienische Ausgabe von Adolf Hitlers „Mein Kampf", eine Kopie der „Gioventù Fascista" und eine Fahne mit stilisiertem Keltenkreuz.

Bei der Vernehmung gab Traini an, mit seiner Tat den Tod von Pamela M. rächen zu wollen. Die Drogenabhängige war einige Tage zuvor zerstückelt in zwei Koffern gefunden worden. Verdächtigt wurde ein vermeintlicher Dealer aus Nigeria, bei dem blutverschmierte Kleidung der 18-Jährigen gefunden wurde. Mittlerweile hat sich jedoch herausgestellt, dass das Mädchen an einer Überdosis in der Wohnung des Verdächtigten starb. Eine persönliche Verbindung zwischen Luca Traini und dem Mädchen aus Rom gab es offenbar nicht.

Aber der Kontext lieferte den Politikern der rechten Allianz eine Steilvorlage, um die Opfer von Macerata als Täter darzustellen. So bezeichnete „Forza Italia"-Chef Silvio Berlusconi die Geflüchteten am Tag nach dem Amoklauf als „eine soziale Bombe, die jederzeit explodieren kann". „Lega Nord"-Chef Matteo Salvini gab die Schuld für das Blutbad der Regierung, „die hunderttausende Immigranten ins Land gelassen" habe. Und er twitterte, dass die „unkontrollierte Einwanderung" zu „Chaos, Wut und sozialen Zusammenstössen" führe. Im Sommer hatte er noch gemeinsam mit dem Schützen auf einer Wahlkampf-Bühne in Corridonia gestanden.

Die Schüsse in Macerata haben die Migration in den Mittelpunkt der Debatten gerückt. Absurderweise profitieren davon die Parteien der rechten Allianz. Ihr Wahlkampf wurde von Anfang an auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen, die seit Schließung der Balkanroute wieder vermehrt in Italien ankommen. So kündigte Salvini an, im ersten Amtsjahr als möglicher Ministerpräsident 150.000 Migrant_innen abzuschieben. Silvio Berlusconi versprach seinen Wählern sogar 600.000 Menschen auszuweisen. Der „Lega Nord"-Politiker Attilo Fontana, Spitzenkandidat für das Amt des Gouverneurs in der Lombardei, hatte bereits vor Wochen verkündet, von den Migrant_innen gingen Gefahren für die „weiße Rasse" aus. •



Der neonazistische [geschwärzt] Luca Traini (unten rechts) als „Lega Nord"-Kandidat

TITEL

Es gibt hunderte — vermutlich gar tausende — Neonazis, die sich aus der „aktiven“ Szene zurückgezogen haben und heute virtuell und unter Freunden ihren Herrschafts- und Gewaltfantasien freien Lauf lassen. Viele von ihnen sind „tickende Zeitbomben“, deren Taten sich nicht vorhersehen und verhindern lassen.

Von „alte Bekannten“ aus der militanten Neonazi-Szene

Hamburg-Veddel 2017

Am 18. Dezember 2017 explodierte ein Sprengsatz auf einem Bahnsteig im Bahnhof des Hamburger Stadtteils Veddel. Widersprüchlich sind die Angaben darüber, ob er mit Schrauben und Nägeln präpariert war oder nicht. Die Polizei spricht davon, dass für Personen in unmittelbarer Nähe der Explosion Lebensgefahr bestanden hätte. Glücklicherweise erlitt nur eine Person ein Knalltrauma.

Der Täter wurde von einer Überwachungskamera gefilmt und schnell ermittelt. Es handelt sich um den 51-jährigen Stephan Kronbügel, den die Polizei der Öffentlichkeit als einen Täter „aus dem Trinkermilieu“ präsentierte. Subtext: kein terroristischer Hintergrund und kein politisches Motiv vorhanden. Doch Kronbügel zählte in den 1980er Jahren zum gewalttätigen Kern der Hamburger Neonaziskinheads.[1] Am 22. März 1992 ermordete er in Buxtehude zusammen mit dem späteren „Blood&Honour“-Aktivisten Stefan Silar den 53-jährigen Gustav Schneeclaus, nachdem dieser Adolf Hitler als „Verbrecher“ bezeichnet hatte. Silar war auf den am Boden liegenden Schwerverletzten eingesprungen, während ihn Kronbügel angefeuert hatte: „Mach ihn tot.“ Kronbügel erhielt eine Haftstrafe von 8,5 Jahren, in der er zunächst noch Kontakt zu einer neonazistischen Gefangenen-Hilfsorganisation hielt. Dann verschwand er vom Radar antifaschistischer Gruppen — und geriet 20 Jahre später mit dem Anschlag in Veddel wieder ins Blickfeld. Über seine Beweggründe gab Kronbügel bisher keine Auskunft. Im Stadtteil Veddel haben über 70 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund, das Motiv Rassismus ist naheliegend.

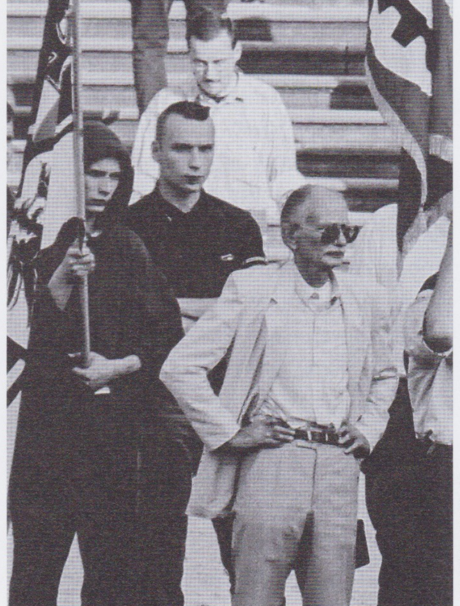
Köln 2015

Ein ähnlicher Lebenslauf lässt sich von Frank Steffen zeichnen. Am 17. Oktober 2015 stach der damals 44-Jährige mit einem 30 cm langen Messer an einem Wahlkampfstand in Köln auf die Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker ein. Sie überlebte nur knapp. Steffen gab sich als Rassist und Frauenhasser zu erkennen. Er machte Reker für die Asylpolitik verantwortlich und mochte sowieso nicht akzeptieren, von einer Frau regiert zu werden. Den Mordanschlag hatte er sorgsam vorbereitet. Steffen ist aus der militanten Neonaziszene der 1990er Jahre bekannt. Er bewegte sich im Kreis der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und nahm um 1993 an neonazistischen Aufmärschen teil. Dann wurde es still um ihn — bis zum 17. Oktober 2015.

Im Juli 2016 wurde Frank Steffen wegen versuchten Mordes zu einer 14-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Der psychiatrische Gutachter im Prozess bescheinigte ihm ein „trostloses und perspektivloses“ Leben. Augenscheinlich war der Mangel an sozialen Kontakten. In der Wohnung von Steffen hatte die Polizei ausschließlich seine Fingerabdrücke festgestellt. Und einzelne seiner Nachbar_innen konnten keine Auskunft darüber geben, wer in der Wohnung lebte, in der Steffen 14 Jahre verbracht hatte.

Killer im virtuellen Raum

Rassismus und mörderische Fantasien beherrschen hunderte, wenn nicht tausende Männer. Doch wie groß ist der Schritt vom bloßen Gerede oder der virtuellen Killer-Figur hin zur geplanten Messerattacke und zur Bombe? In den internen neonazistischen Szene-Foren inszenieren sich viele Personen als Kämpfer, die nach eigenem Empfinden nicht mehr aktiv sind, aber dennoch zu allem in der Lage und zu allem bereit seien. Beispielhaft hierfür steht eine Diskussion, die Anfang 2005 in einem internen Bereich des Forums des „Freien Widerstands“ stattfand. Dort lernten sich



Frank Steffen (2. von links) 1993 beim Rudolf-Heß-Marsch in Fulda.

Foto: christian-ditsch.de



Der Sprengsatzleger Stephan Kronbügel

drei Personen aus dem Rhein-Main-Gebiet kennen. Sie alle gaben an, als Neonazis unbemerkt und unauffällig in Frankfurt am Main, Mainz und im Taunus zu leben. Alle drei erzählten, Mitglied einer neonazistischen Gruppe gewesen zu sein, was glaubhaft erscheint, da sie detailliert über Szene-Geschehnisse berichten konnten. Alle sind zu diesem Zeitpunkt offensichtlich weit über 30 Jahre alt. Sie arbeiten in miesen Jobs, die sie nicht wegen der Arbeitsbedingungen und der schlechten Bezahlung als Zumutung empfinden, sondern wegen der Kolleg_innen, die nicht ihre Ansichten teilen, stets gegen sie intrigieren würden und mit denen sie dennoch auskommen müssten. Sie sind alleinstehend, was jedoch ausschließlich daran läge, dass es keine Frau gäbe, die ihren gehobenen Ansprüchen genügt.

Im vermeintlich geschützten virtuellen Raum bestärken sie sich beständig in ihrem Selbstbild aus Größen- und Verfolgungswahn und geben ihren Gewaltfantasien immer mehr Raum. Sie diskutieren über den Roman „Hunter“, der 1989 von einem US-amerikanischen Neonazi geschrieben wurde. Es ist die fiktive Geschichte eines rassistischen Massenmörders in den USA, der als „Lone Wolf“ vor allem Paare ermordet, in denen eine weiße Frau eine Beziehung mit einem schwarzen Mann führt, und dem es damit gelingt, die Gesellschaft in seinem Sinne zu spalten. Die Diskussion über das Buch ist deshalb bemerkenswert, da der Roman zu dieser Zeit nur bei wenigen Gruppen kursierte und eine deutsche Übersetzung erst seit 2009 vorliegt.[2]

Rassismus und Männlichkeitswahn

Die Kommentare der drei entgleisen völlig, wenn Rassismus und Männlichkeitswahn zusammen wirken. Auf die Nachricht der bevorstehenden Hochzeit von Heidi Klum mit dem schwarzen Sänger Seal im Mai 2005 ergießt sich eine Flut von Vorstellungen darüber, auf welche Art und Weise man beide umbringen, und was man zuvor mit ihnen machen würde. Man spürt die Kränkung und den Zorn darüber, dass sie, die verkannten Supermänner, ihr Leben in Trostlosigkeit verbringen, während sich die Superfrau, die ihnen vorbehalten sein sollte, einem schwarzen Mann zuwendet. Die gekränkte Mannesehre äußert sich auch in fantasierten „Ehren“-Morden. Auf die Frage, was er tun würde, wenn eines Morgens ein junger Mann namens Murat aus dem Zimmer seiner 14-jährigen Tochter käme, schreibt „Felix Steiner“: „da würd ich ganz ruhig bleiben. ich würd pfeifend in den keller gehen und meine waffe holen, hoch kommen, meiner tochter vor seinen augen mit einem lächeln in den kopf schiessen und danach mit ihm zu seiner familie fahren um sie vor seinen augen wie hasen abzuknallen.“ Der Frankfurter Ex-NPD'ler „UR Detroit“ ist davon angetan und antwortet: „du bist mein mann! :d“.

Fantasien von Herrschaft und Vernichtung

Den „Angry White Men“ geht es in der Regel darum, sich als Herren im Lande und Stadtteil aufzustellen, alle „anderen“ zu beherrschen und zu erniedrigen. Das schließt nicht aus, dass auch sie zu Mördern werden können, doch die gezielte Tötung eines Menschen stellt für sie eine moralische Hemmschwelle dar. Neonazis haben diese Hemmschwelle nicht, auch nicht, wenn sie sich seit langer Zeit der aktiven Szene entfremdet haben. In ihrer Ideologie werden Gegner_innen vollkommen entmenschlicht. Die, die ihre Sozialisation in der Neonaziszene erfahren und diese Ideologie verinnerlicht haben, wollen ihre Feinde nicht bekämpfen, besiegen und unterwerfen, sondern wollen sie vernichten. So kann Frank Steffen tagelang die Ermordung einer Politikerin planen, ohne von Skrupeln eingeholt zu werden.

Die Taten von Frank Steffen und Stephan Kronbügel überraschen nicht, doch sie waren nicht vorherzusehen und zu verhindern. Für die antifaschistische Recherche waren die beiden nicht greifbar. Mit den Möglichkeiten und Ressourcen, die Antifaschist_innen zu Verfügung stehen, lassen sich nicht tausende Personen beobachten, die seit den 1990er Jahre die sichtbare Neonaziszene verlassen haben. Und selbst wenn: Woran hätte sich erkennen lassen können, dass Steffen die Ermordung einer Politikerin plant und Kronbügel einen Sprengsatz baut? So bleibt die Arbeit antifaschistischer Gruppen darauf beschränkt, die politische Geschichte der Täter aus dem vermeintlich unpolitischen „Trinkermilieu“ zu erzählen. •

1 Siehe auch: Veddeler Sprengstoffanschlag — Mutmaßlicher Täter schon vor 30 Jahren Neonazi, Presseerklärung Hamburger Bündnis gegen Rechts vom 22. Dezember 2017 auf www.keine-stimme-den-nazis.org 2 Eike Sanders: Was ein ehrbarer Mann tun muss. Der Roman „Hunter“ von William Pierce als Vorlage für den Lone Wolf Terrorist, auf www.nsu-watch.info

TITEL

Der Fall Michael Krause

Am Mittag des 25. Mai 2008 kontrollierten zwei Polizisten in Bayreuth eine Person, die offenbar gerade damit beschäftigt war, an einem Fahrrad einzelne Teile abzubauen und zu stehlen. Dabei handelte es sich um den 54-jährigen Michael Krause, der zu diesem Zeitpunkt schon seit einigen Jahren ohne festen Wohnsitz mit dem Fahrrad in Deutschland unterwegs war. Bei der Kontrolle wies er sich mit einem bereits abgelaufenen deutschen Reisepass aus, weshalb ihm die vorläufige Festnahme und eine Durchsuchung angekündigt wurde. Daraufhin versuchte Krause zu fliehen. Bis dahin kein besonders dramatischer Kriminalfall. Doch Krause zog plötzlich eine Pistole und eröffnete sofort das Feuer auf die beiden Polizisten. Ein Polizist wurde durch Krause verletzt, der andere erwiderte die Schüsse. Obwohl Krause von sechs Schüssen getroffen wurde, konnte er sich vom unmittelbaren Ort des Geschehens entfernen, bevor er sich schließlich selbst erschoss. Wer war dieser Michael Krause und was trieb ihn zu diesem Schusswechsel? Eine erstaunlicherweise kaum (öffentlich) aufgearbeitete Frage — immerhin verstand sich Krause als politisch und hatte eine Vergangenheit in neonazistischen Kreisen.

Politischer Hintergrund

Die Sicherheitsbehörden behandelten den Mordversuch von Anfang an als eine unpolitische Tat. Anderen Spuren wurde nicht weiter nachgegangen. Der deutlichste Hinweis fand sich in den Archiven der ostdeutschen Sicherheitsbehörden. Demnach war Krause als organisierter Neonazi der West-Berliner Szene identifiziert worden. In einer dezentral geführten Kartei über „NPD-Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)" war durch eine Abteilung der Bezirksverwaltung Berlin eine Karteikarte zu Michael Krause angelegt worden. Darauf ist vermerkt, dass Krause in der NPD-Jugend organisiert gewesen sei. Die Westberliner JN galt in den 1970er Jahren als eng vernetzt mit neonazistischen Terror-Cliquen (vgl. S.62). Noch Jahrzehnte später gab es politisch geprägte Delikte in Krauses polizeilicher Vita. Im Dezember 2006 zeigten Polizeibeamte in Wels (Österreich) Krause nach einer Polizeikontrolle wegen „aggressivem Verhalten" an. Er hatte in diesem Zusammenhang auch „Parolen vermutlich politischer Art" gerufen. Die Staatsanwaltschaft Coburg ermittelte im Jahr 2007 gegen Krause wegen „Beleidigung mit politischem Hintergrund". Bei der Staatsanwaltschaft Zwickau wurde im selben Jahr ein Ermittlungsverfahren wegen „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" geführt. Er hatte auf der Kraftfahrzeugzulassungsstelle in Plauen „Heil Hitler" skandiert, als es ihm nicht gelang, seinen PKW kostenlos abzumelden.

Ebenfalls im Jahr 2007 stieg Krause in einen Bus der Berliner SPD, der linke Aktivist_innen zu Protesten gegen die jährliche Sicherheitskonferenz in München transportierte. Da Krause während der Fahrt mit „rechten" Äußerungen provozierte, wurde er in München aus dem Bus geworfen und die Rückfahrt wurde ihm verwehrt. Darüber war Krause so empört, dass er in München Anzeige gegen die Bus-OrganisatorInnen stellte.

In einer von Michael Krause im August 2006 verfassten „öffentlichen Strafanzeige" gegen diverse Beamte, mit denen er Ärger hatte, finden sich auch Äußerungen, die an „Reichsbürger"-Rhetorik erinnern. So sprach er von „den letzten Monaten in der BRD-Organisation". Zu seinen Streitereien mit diversen Ämtern erklärte er: „Vorliegender Fall ist natürlich mehr als eine persönliche Angelegenheit. Er ist eingebettet und Teil eines Stromes geschichtlichen Prozesses in welchem die Kräfte des Unheiles genauso versuchen ihre Substanz zur Wirkung zu bringen, wie jene des Heiles. Mag Mancher Heute dieses lesen — sich morgen entsinnen — und handeln." Österreichische Polizeibeamte, die bei ihm im Dezember 2006 diverse Äxte, Messer und eine selbst gebaute Gaspistole mit 4mm Stahlkugel-Geschossen beschlagnahmt hatten, zeigte er in der Sprache rechter Wutbürger an: „Willkür, Machtmissbrauch und Gewalt, sowie menschen- und wahrheitsverachtende Lüge, das ist die moralisch, geistige und psychische Krankheit solcher Subjekte."

Untergrund oder Obdachlosigkeit?

Über die weitere Vergangenheit von Krause ist den Ermittlern wenig bekannt geworden. Er hatte bis 1985 als Betonbauer gearbeitet und in „geordneten Verhältnissen gelebt". Doch dann war er — für sein bürgerliches Umfeld vollkommen überraschend — plötzlich untergetaucht. Seitdem wechselte er häufig seinen Lebensmittelpunkt und hielt sich immer nur kurze Zeit an verschiedenen Orten in Deutschland und Österreich auf. Ab 1992 tauchte er vermehrt in Bayern auf und wurde ab



Bild: polizei.bayern.de – Fahndungsbild | tageszeitung München

Das ehemalige JN-Mitglied Michael Krause legte zahlreiche Waffendepots an.

Anfang 2006 mehrfach in Oberfranken kontrolliert. Zu diesem Zeitpunkt bewegte er sich offenbar vor allem per Fahrrad durch die Region.

Ein plötzliches „Untertauchen“ kann sicherlich verschiedene Gründe haben. Bekannt ist, dass Krause mehrfach in psychiatrischen Einrichtungen untergebracht war. Doch in Verbindung mit seiner massiven Bewaffnung und seiner politischen Einstellung ist auch die Planung von terroristischen Anschlägen eine naheliegende Schlussfolgerung. Michael Krause hinterließ den Ermittlern für diese Annahme noch weitere eindeutige Spuren. Auf von ihm selbst geschriebenen Notizzetteln hatte er die Adressen „prominenter Persönlichkeiten“, u.a. des österreichischen Bundespräsidenten, vermerkt. Auf der Liste sollen vor allem Politiker_innen, Polizist_innen, Richter_innen und Beamt_innen gestanden haben, von denen Krause sich verfolgt gefühlt haben soll. Außerdem fanden die Ermittler fast vierzig handgezeichnete Landkarten bei ihm, auf denen die Lage von diversen Erddepots verzeichnet war. Auf der Rückseite der Lagekarten hatte Krause Informationen über deren brisanten Inhalt (Handgranaten, Bomben, Zünder) notiert. Die Ortsangaben waren von Krause mithilfe eines Zahlencodes verschlüsselt worden. Diversen Spezialist_innen der Polizei und der Geheimdienste war es nicht möglich, Krauses Codierung der Ortsangaben zu dechiffrieren. Erst 2009 gelang es einem Polizisten, die Lage eines Depots zu erkennen und den Code somit zu entschlüsseln. In der Folgezeit konnten die meisten Erddepots und deren Inhalt sichergestellt werden. Die deponierten Objekte lassen sich eher dem Bereich des Terrorismus als der „Selbstversorgung“ zuordnen. Im Veldensteiner Forst (Bayern) fanden sich u.a. Patronen,



welt.de

WELT

ABO

PANORAMA VON BRANDENBURG BIS ÖSTERREICH

Obdachloser legt 20 Erddepots mit Bomben an

Veröffentlicht am 19.09.2009 | Lesedauer: 2 Minuten

3 von 4

Offenbar litt der Mann unter Verfolgungswahn.
Quelle: dpa/DPA/A3542 Karl-Josef Hildenbrand

Die Polizei hat in mehr als 20 Erdlöchern in Bayern, Sachsen, Thüringen Brandenburg und Österreich selbst gebastelte Bomben, Handgranaten, Sprengstoff und Waffen sichergestellt. Der Mann hatte sich umgebracht, nachdem er von der Polizei angeschossen wurde. Er hinterließ verschlüsselte Handskizzen.

Schwarzpulver, Zünder und gestohlene Fahrzeug-Kennzeichen. In Münchenreuth (Bayern), Wallengrün/Leitlitz (Thüringen) und in Spielmes (Sachsen) wurden Handgranaten ausgegraben. In Schlegel/Neundorf (Thüringen) lagerten 1,6 Liter Sprengstoff und eine 1kg-Bombe. Weiterer Sprengstoff und „Sprengbehälter" wurden in sieben weiteren Depots in Thüringen, Bayern und Sachsen gefunden. Hinzu kamen Dynamit-Schnur (Gutenfürst/Sachsen) und Zeitzünder (Bischofsgrün/Bayern). Ermittler des bayerischen LKA stellten fast bewundernd fest, dass die Handgranaten „handwerklich sehr sauber und exakt ausgeführt" waren. Der Aufbau und die Wirkungsweise entsprachen demnach „industriell gefertigten, militärischen Handgranaten".

Déjà-vu der Waffen-Depots

Die Waffendepots bieten Anlass für weitere Nachforschungen. Wie konnte sich Krause alleine und ohne eigenes Einkommen zwischen den weit entfernten Depots hin- und her bewegen und das Material transportieren? Warum legt ein Einzeltäter so viele Depots in einem so großen Radius an? Ein Zufall erscheint unwahrscheinlich. Die Verteilung lässt eher auf einen militärisch-strategischen Hintergrund schließen. Die Depots lagen in einer Nord-Süd-Achse über die Bundesländer Bayern, Thüringen, Sachsen und Brandenburg verteilt. Der Schwerpunkt der Depots befand sich im Länderdreieck Thüringen/Sachsen/Franken. Zwei Depots waren in Österreich (Wels und Terffens) angelegt worden. Waffenverstecke in Wäldern werden in der Forschung zur Geschichte des Rechtsterrorismus vor allem mit dem „Gladio"-Netzwerk in Verbindung gebracht. Unter dem Begriff „Gladio" oder „Stay Behind" agierten während des Kalten Krieges durch NATO-Geheimdienste aufgebaute antikommunistische Gruppierungen, die im Fall einer kommunistischen Besetzung oder Regierungsübernahme bewaffnete Aktionen durchführen sollten.[1] Im Oktober 1981 wurden in der Lüneburger Heide Erddepots mit 156kg Sprengstoff, 230 Sprengköpfen und 258 Handgranaten gefunden. Diese hatte u.a. der frühere NPD-Funktionär Heinz Lembke angelegt. Er nahm sich im Gefängnis das Leben, ohne über die Herkunft der Waffen auszusagen. In einem Depot soll auch ein Fingerabdruck des früheren JN-Funktionärs Peter Naumann gefunden worden sein. Dieser übergab 1995 noch dreizehn weitere Waffendepots an die Polizei.

Offene Fragen

Der Fall „Michael Krause" zog weder größere Ermittlungen noch eine breitere öffentliche Thematisierung nach sich. Die Ermittlungen wegen versuchten Mordes an einem Polizeibeamten wurden noch im gleichen Jahr von der Staatsanwaltschaft in Bayreuth wegen Tod des Beschuldigten eingestellt. Es haben sich laut der Einschätzung eines Oberstaatsanwaltes von Ende 2011, „abgesehen von dem Vorfall in Plauen, keinerlei Hinweise auf Kontakte des Krause zu rechtsradikalen Kreisen ergeben". Ein leitender Polizeioberrat des Polizeipräsidium Oberfranken argumentierte im selben Zeitraum ähnlich: „Letzten Endes ergaben sich als Ermittlungsergebnis der KPI Bayreuth seinerzeit keinerlei Hinweise, dass Krause Kontakte zu einer rechtsextremistischen Organisation hatte." Das rechter Terror eher eine Frage der Motivation ist und auch durch „Einzeltäter" ausgeübt werden kann, schien den Ermittlern nicht bekannt gewesen zu sein. Zumindest wurde nichts über Ermittlungen gegen mögliche Terror-Netzwerke um Krause bekannt. Keine größere Sonderkommission wurde gebildet, um offenen Fragen nachzugehen. Wie kamen zwei Pistolen der Marke „Česká" in Krauses Besitz? Wofür waren der Sprengstoff und die Zeit-

zünder in den Depots geplant? Woher bezog Krause den Sprengstoff? Die Waffe, mit der Krause die Polizisten beschoss wurde 1985 bei einem Diebstahl in Itzehoe entwendet. Wie kam sie in Krauses Besitz? Was wurde aus den anderen gestohlenen Waffen? Was liegt noch in den mindestens fünf unentdeckten Depots? Das unentdeckte Depot Nr. 36 „Berlin — Kronprinzessinenweg" soll u.a. „Flugblätter" enthalten haben. Welchen Inhalt haben diese? Wovon lebte Krause im Untergrund? Laut den Eintragungen in seinem Reisepass war Krause Ende 2001/Anfang 2002 in Australien. Wie ist er dahin gekommen und wovon wurde der Aufenthalt bezahlt? Hatte er seinen Pass vielleicht verborgt? An wen? War Krause wirklich ein Einzelgänger? Was trieb er an seinen Aufenthaltsorten in Berlin, in der Region Hannover, in Leipzig, in Dresden und in Plauen?

Ohne Antworten

Laut einem Bericht der „Frankenpost" stand zumindest die Frage nach der Bomben-Herstellung bei einigen Ermittlern zeitweilig im Raum: „Bei den Ermittlern warf die professionelle Bauweise einige Fragen auf, die bislang noch nicht geklärt werden konnten. Beispielsweise weiß man nicht, woher der Täter seine technischen Kenntnisse bezog und wo er die Munition gefertigt hatte. Eine Tätigkeit des Mannes bei Bundeswehr oder NVA schloss der oberfränkische Polizeivizepräsident Wolfgang Sommer dabei genauso aus wie einen Einsatz bei einer Fremdenlegion. Allerdings könne das Material unmöglich im Freien ohne Werkstatt hergestellt worden sein, zumal alles fein säuberlich schwarz lackiert war."[2] Ob hierauf eine Antwort gefunden werden konnte, blieb unklar. Allerdings wurde bekannt gegeben, was offensichtlich nicht sein durfte: „Als Ergebnis der Ermittlungen steht fest, dass das Handeln von Michael K. weder einen politischen noch ein terroristischen Hintergrund hatte."[3] Diese Version griffen auch andere Medien bereitwillig auf. „Die Ermittler gehen davon aus, dass Krause keine Komplizen hatte und sein Handeln nicht politisch oder terroristisch motiviert war", beruhigte die Nachrichten-Homepage „In-Franken" ihre Leserschaft.[4] Für Terror-Ermittlungen wurde dementsprechend kein Anlass gesehen. „ Die Prüfung des Generalbundesanwalts hat keine Anhaltspunkte für eine in seine Zuständigkeit fallende Straftat erbracht", teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Martina Renner (Die LINKE) mit.

Besonders nachdenklich stimmt im Fall Krause auch ein dubioser DNA-Fund, der zeitweilig eine direkte Spur zur NSU-Mordserie legte. Im Jahr 2009 wurden im Zuge der Ermittlung der „BAO Bosporus" auch die DNA von Krause sowie dessen Munition mit der Tatmunition in der Česká-Mordserie verglichen. „Krause würde hervorragend in unser Einzeltäterprofil" passen, hatte ein Ermittler zuvor festgestellt. Hierbei ergab sich eine geringe Übereinstimmung mit einer „DNA-Mischspur" auf dem Unterhemd von dem NSU-Mordopfer Enver Simsek. Die „BAO Bosporus" beauftragte daraufhin das Institut für Rechtsmedizin in München mit einem Direktvergleich der DNA von Krause mit der „DNA-Mischspur". Im Ergebnis wird der „BAO Bosporus" im November 2009 mitgeteilt, dass Krause nicht die Hauptkomponente der Mischspur sei und er nicht beweiskräftig als Spurensetzer in Frage käme. Ausweislich der kriminaltechnischen Untersuchungen soll es auch „keine belastenden Anhaltspunkte" dafür gegeben haben, dass die NSU-Bomben und Krauses Sprengsätze baugleich gewesen sein könnten. Das Zündmittel zur Nagelbombe des NSU bestand allerdings aus einem selbst gefertigten Glühbrückenzünder auf der Basis von Glühbirnen. Diesen Zünderaufbau fanden die Ermittler auch in den vorbereiteten Sprengbehältern in einigen Depots von Krause vor.

Entpolitisierung

Vermutlich wurde Michael Krause im Zuge polizeilicher Ermittlungen immer wieder in die Kategorie psychisch kranker Querulant und Waffennarr eingeordnet. Aus den Kreisen der BKA-Ermittlungsgruppe „BAO ST Trio, RegEA Bayern" zum NSU-Terror, die 2012 noch immer unter dem zweifelhaften Namen „Bosporus" auftrat, hieß es abschließend zu Krause: „Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass Krause aufgrund seiner paranoiden Psychose ‚aufgerüstet' hat, um sich verteidigen zu können. Es liegen keine Anhaltspunkte vor, die Hassgefühle seinerseits gegen türkische oder griechische Staatsangehörige belegen würden." Die Einordnung als auch politisch oder rassistisch motiviert handelnder Täter war hierbei scheinbar nicht im Horizont der Ermittler aufgetaucht. In diesem Sinne wurden auch Krauses politische Auseinandersetzungen im Bus nach München im Nachhinein entpolitisiert. Krause sei laut Polizei-Angaben nur wegen des günstigen Fahrpreises mit dem Bus gefahren. Noch deutlicher wurde die polizeiliche Entpolitisierung bei einem Mordversuch am 25. August 2001. Michael Krause griff damals in Hildesheim einen „dunkelhäutigen Mann" mit den Worten „Neger, was telefonierst du!" an. Im Verlauf der Auseinandersetzung versuchte Krause, eine mitgeführte Pistole aus der Tasche zu ziehen, wobei diese zu Boden fiel und von einem Zeugen an sich genommen werden konnte. Krause wurde daraufhin jedoch nicht von Staatsschutzbeamten vernommen, sondern noch am selben Tag in eine Psychiatrie eingewiesen, wo er eine „paranoide Psychose" attestiert bekam. Er hatte erklärt, dass er sich von „Schwarzen" verfolgt fühle. Wäre seine Pistole nicht runtergefallen, hätte er „in Selbstverteidigungsabsicht" geschossen. Von der Annahme eines politischen oder rassistischen Mordversuches wurde nichts bekannt. Dass die Pistole von Krause ein Modell „Česká CZ" war, seit den NSU-Morden einem Symbol für das Nichterkennen von Neonaziterror, passt da ins Bild. Die Waffe wurde mittlerweile durch das LKA Niedersachsen vernichtet. Das Verfahren wurde noch im selben Jahr von der Staatsanwaltschaft Hildesheim eingestellt. •

1 Vgl. AIB Nr. 82: „Nato-Geheimarmeen – Terror im Namen der Demokratie" 2 Frankenpost: „Waffennarr füllt Erddepots randvoll" von Stephan Herbert Fuchs vom 19.09.2009. 3 Ebd. 4 InFranken.de: „Obdachloser baute Bomben und Handgranaten" von Stefan Fößel, 18.9.2009.

TITEL

Am 25. Januar 2018 startete vor dem Landgericht Düsseldorf der Prozess gegen Ralf Spies (51) aus Ratingen bei Düsseldorf. Ein Urteil wird im Juli 2018 erwartet: 18 Jahre, nachdem im Zugangsbereich des S-Bahnhofs Wehrhahn an der Düsseldorfer Ackerstraße eine Rohrbombe explodierte und zehn Menschen – teilweise lebensgefährlich – verletzte.

Wer ist Ralf Spies?

Ein Update zum Düsseldorfer Wehrhahn-Prozess

ALEXANDER BREKEMANN

■ Gehen wir einmal davon aus, dass sich die Indizienkette der Staatsanwaltschaft als bruchsicher erweist und Spies wegen zwölffachen Mordversuchs verurteilt wird. Dann nämlich könnte sich rückblickend das folgende Bild ergeben: Ein Ex-Soldat, Neonazi, Waffennarr und Militärfetischist, der unfähig ist, sein Dasein außerhalb seiner Bundeswehr-„Traumwelt" für sich zufriedenstellend zu gestalten, der zumeist auf Kosten seiner Partnerinnen lebt, die er nach dem Ende der jeweiligen Beziehung terrorisiert und stalkt, und der zu einem aggressiven Narzismus neigt, möchte in „seinem" Wohnviertel „aufräumen" und „Ordnung" schaffen. „Junkies" und „Dealer" sind ihm ebenso ein Dorn im Auge wie „Penner", „Punker", „Zecken" und insbesondere „Ausländer". Denn was eigentlich ihm zustünde an staatlicher Unterstützung, werde denen „in den Hals geworfen". Er läuft täglich Patrouille durch sein „Revier", mit seinem auf den Befehl „Asylant" abgerichteten Rottweiler „Spike", bedroht und verjagt er ihm nicht genehme Menschen oder meldet sie der Polizei. Er nimmt an Wehrübungen teil, baut eine Reservistenkameradschaft auf, robbt über einen ehemaligen Truppenübungsplatz, legt Depots an, baut in der Nähe des S-Bahnhofs Wehrhahn einen schlecht laufenden Militaria-Laden auf, übernimmt Wachschutz-Aufträge und bietet sich als Detektiv und für TV-Auftritte an.

Plan A: Angst machen und vertreiben

Im Herbst 1999 spitzt sich dann die Lage für den „Soldaten auf Lebenszeit" zu. Im Gebäude schräg gegenüber seines Militaria-Ladens mietet eine Sprachschule aufgrund großer Nachfrage zusätzliche Seminarräume an und bietet zwei Sprachkurse für „jüdische Kontingentflüchtlinge" aus der ehemaligen Sowjetunion an. Ob der sich auch antisemitisch äußernde Soldat von ihrem jüdischen Hintergrund weiß? Das ist bis heute nicht geklärt. Er heuert zwei neonazistische Freunde an, die sich über Wochen täglich im Eingangsbereich der Sprachschule postieren, martialisch gekleidet und mit Hunden ausgerüstet. Zwar erzielt er damit zunächst die gewünschte Angst einflößende Wirkung, aber letztendlich wehren sich die Schüler_innen und bringen demonstrativ zum Ausdruck, dass sie sich das nicht länger bieten lassen wollen. Und dass sie erkannt haben, dass die tägliche Prozedur mit dem Inhaber des Militaria-Ladens zu tun hat. Der Vertreibungsplan ist gescheitert, die Niederlage eine Schmach.

Plan B: Bombe bauen und töten

Der Soldat überlegt sich nun einen deutlich effektiveren Plan, in dessen Zentrum eine selbst gebaute Bombe steht, die er am 27. Juli 2000, etwa neun Monate später, am nahen S-Bahnhof zündet. Sie trifft zwar nicht diejenigen, die sich ihm widersetzten, da deren Kurs längst beendet ist, dafür aber andere Sprachschüler_innen, „jüdische Kontingentflüchtlinge" und „Russlanddeutsche", die sich täglich um 15 Uhr von verschiedenen Seminarräumen in S-Bahnhof-Nähe kommend auf den Heimweg machen. 14 Jahre später prahlt der Soldat dann einem anderen Soldaten gegenüber, mit dem er während der Verbüßung einer Ersatzfreiheitstrafe ein gemeinsames Thema gefunden hat, mit der Tat. Doch seine Knastbekanntschaft, ein ehemaliger Bundeswehroffizier, erweist sich als schlechter „Kamerad", denn er meldet, was er gehört hat. Das Verfahren wird neu aufgerollt, der 2000 bereits ins Visier der Ermittler geratene Soldat ist jetzt „dringend tatverdächtig". Zweieinhalb Jahre später wird er festgenommen, ein weiteres Jahr später angeklagt.

Alleintäter und Mitwisser

Angeklagt ist Ralf Spies als „Alleintäter". Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass er niemanden in seine Tatvorbereitungen involvierte und auch beim Anbringen des in einer Plastiktüte versteckten Sprengsatzes am Geländer einer Fußgängerbrücke sowie bei der Fernzündung auf Sichtkontakt keine Hilfe benötigte. Und danach sei er einfach die drei bis vier Minuten nach Hause spaziert. Tatsächlich



Bild: terz.org

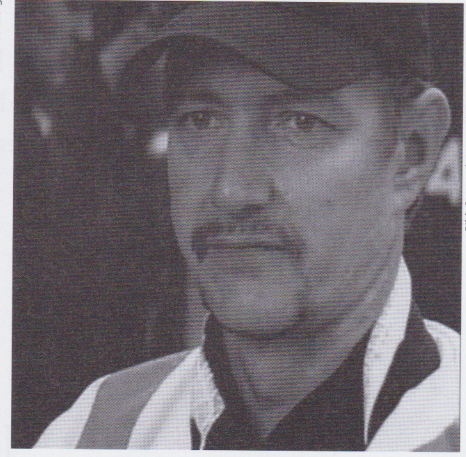


Bild: Screenshot von ZDF via Recherche Nord

Der Düsseldorfer Ralf Spies und sein Militaria-Geschäft in Düsseldorf-Wehrhahn.

gibt es bisher keine Hinweise darauf, dass diese Einschätzung falsch sein könnte. Allerdings sagt sie nichts darüber aus, ob und wie viele Personen es aus dem damaligen Umfeld von Spies gab, denen nach dem Anschlag schnell klar war, wer diesen verübt hatte. Wirklich klandestin ging Spies nicht vor. Ganz im Gegenteil redete er sich schon im Vorfeld des Anschlags beinahe um Kopf und Kragen, als er Personen aus seinem Umfeld ankündigte, die „Kanaken in die Luft sprengen" zu wollen. Obwohl er mit Hausdurchsuchungen und Telefonüberwachungen rechnete und bereits eine halbe Stunde nach dem Anschlag einer Bekannten gegenüber seine Befürchtung geäußert haben soll, festgenommen zu werden, ließ er in seiner Privatwohnung technische Informationen über einen Sprengzünder und eine Dienstvorschrift der Bundeswehr zum Gebrauch von Handgranaten rumliegen. Er plapperte am Telefon munter drauf los, instruierte vorgeladene Zeug_innen — u.a. auch einen neonazistischen V-Mann des VS NRW —, machte sich über die Opfer des Anschlags lustig und musste sich korrigieren, um aus einem bereits gesagten „was ich da gemacht habe" noch ein „was ich da gemacht haben soll" werden zu lassen. Die Zeugenaussage des Düsseldorfer „Kameradschaftsführers" Sven Skoda, mit dem Spies über viele Jahre befreundet war, dass Spies nichts für sich behalten könnte, passt gut ins Bild, auch wenn Skoda daraus einen anderen Schluss zog. Nämlich, dass Spies deshalb als Täter nicht in Frage käme. Der sei gar nicht in der Lage, langfristige Projekte durchzuziehen, so Skoda. Mehrere ehemalige Partnerinnen von Spies sehen das anders. Was er sich einmal in den Kopf gesetzt habe, würde er hartnäckig, zielorientiert und ideenreich verfolgen und dabei wenn nötig auch „über Leichen gehen".

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass zumindest ein Teil der damaligen Neonazi-Szene mehr oder weniger wusste, wer den Anschlag begangen hat. Und sich zwischen Anerkennung, dass da mal wer nicht nur geredet hat, und der Sorge, dass ein solcher Anschlag nicht ohne Konsequenzen für die extreme Rechte bleiben würde und man mit reingezogen werden könnte, bewegte. Hierüber aber 18 Jahre später belastbare Recherchen anzustellen, dürfte kaum möglich sein.

Eingebundenheit in die Neonazi-Szene

Zumindest aber muss untersucht werden, ob sich Spies — wie bisher angenommen — tatsächlich „nur" am Rand der Neonazi-Szene bewegte. Er hatte nicht nur guten Kontakt zu Skoda, für den er sogar ein Angebot des VS ausschlug, da er Skoda nicht bespitzeln wollte. Durch die Präsentation abgehörter Telefonate im Prozess wurde bekannt, dass Spies Kontakt zu Nadin Freytag (Oranienburg) pflegte. Diese zählte zu den Herausgeberinnen der Neonazi-Zeitschrift „Freyja", die Anfang der 2000er Jahre mit dem Neonazi-Heft „Der Weiße Wolf" fusionierte. Ihr berichtete er drei Wochen nach dem Anschlag, dass die „Tötung" eines ungeborenen Kindes strafrechtlich einer „illegalen Abtreibung" gleichkomme und kein Mord sei. Bei dem Anschlag hatte eine schwerverletzte schwangere Frau ihr ungeborenes Kind verloren. Als offenbar aktiver Unterstützer der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG) kümmerte sich Spies zudem um den zuerst in der JVA Brandenburg, später dann in der JVA Tegel einsitzenden Neonazi-Aktivisten Klaus Neubauer, der ebenfalls dem Kreis um das neonazistische Politzine „Der Weiße Wolf" zuzurechnen war. Dem Neonazi-Zine, in dem 2002 ein Dank an den NSU für dessen finanzielle Unterstützung zu lesen war. Zu einem Zeitpunkt also, als der NSU aus dem Untergrund bereits mindestens zwei Sprengstoffanschläge und vier Morde begangen hatte, den ersten bekannten Mord am 9. September 2000. Mit Neubauer telefonierte Spies vier Tage nach dem Wehrhahn-Anschlag und berichtete ihm unter anderem von seinen Problemen mit den Ermittlungsbehörden. Inwieweit aus derartigen Kreisen — offenbar nur die Spitze des Eisberges — Inspirierendes oder Handfesteres nach Düsseldorf gelangte, dürfte wohl nie geklärt werden. •

TITEL

In Frankfurt ging am 21. Februar 2018 der Prozess gegen John Ausonius, den sogenannten „Lasermann“ zu Ende. Für den 1992 verübten Mord an der Frankfurter Jüdin Blanka Zmigrod wurde er zur lebenslanger Haft verurteilt. Auch nach dem Prozessende bleiben viele Fragen unbeantwortet.

Spätes Urteil

Der Prozess gegen John Ausonius in Frankfurt

SEBASTIAN HELL/ SONJA BRASCH

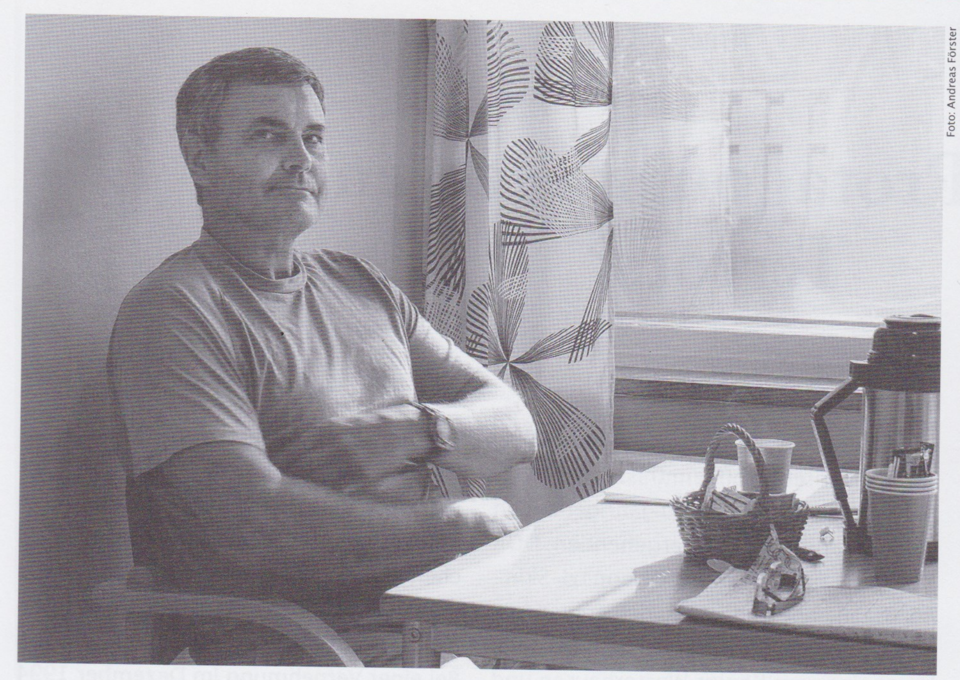
Am 23. Februar 1992 hatte Ausonius Zmigrod auf ihrem Heimweg aus nächster Nähe von hinten mit einer Pistole in den Kopf geschossen. Bereits bei den ersten Ermittlungen war Ausonius ins Visier der Polizei geraten. Zu diesem Zeitpunkt lief in Schweden ein Verfahren gegen ihn. Wegen einer Reihe von Banküberfällen und einer rassistischen Mordanschlagsserie in den 1990er Jahren wurde er dort schließlich zu lebenslanger Haft verurteilt. Erst im Sommer 2017 wurde seine Auslieferung nach Deutschland beantragt. Dass es vorher keine intensiveren Bemühungen gegeben hatte, Ausonius wegen des Mordes in Frankfurt anzuklagen, bleibt eine der ungeklärten Fragen und wurde auch in der Urteilsbegründung kritisiert. Ausonius soll seine Haftstrafe in Schweden absitzen. Sein Anwalt kündigte an, in Revision zu gehen. Ob die Indizienlage einer zweiten gerichtlichen Überprüfung standhält, muss abgewartet werden.

Das Tatmotiv für den Mord an Blanka Zmigrod wurde seitens der Richterin und der Staatsanwaltschaft vor allem bei seinem verschwundenen Casio-Rechner gesucht. Ausonius war einige Tage vor dem Mord in Frankfurt im Restaurant Mövenpick und verdächtigte dort die Garderobenfrau, das spätere Opfer Blanka Zmigrod, diesen gestohlen zu haben. Der Taschencomputer war für ihn von elementarer Bedeutung. Im schwedischen Verfahren wurde ein vergleichbarer Casio von Ausonius ausgewertet, hierin fanden sich Daten zu verschiedenen Bankkonten und falschen Identitäten. Für weniger wahrscheinlich hielt es das Gericht, dass die Jüdin und Holocaustüberlebende Zmigrod aus antisemitischen oder rassistischen Motiven ermordet wurde. Ausonius hatte sich jedoch bereits in einer verbalen Auseinandersetzung mit Zmigrod und deren Vorgesetzte mit Bezug auf ihren Namen rassistisch geäußert. Da die frühere Vorgesetzte des späteren Opfers gesundheitsbedingt nicht geladen werden konnte, wurde im Prozess nur ihre damalige Aussage verlesen. Nicht geklärt werden konnte, ob Ausonius Zmigrods KZ-Tätowierung gesehen haben könnte. Der Schwedische Journalist Gellert Tamas beschreibt in seinem Buch über Ausonius, dass er sich „zufrieden“ gezeigt habe, als er erfuhr, dass das Opfer Jüdin gewesen sei, auch wenn er die Tat bis heute bestreitet.

Weder Richterin noch Staatsanwaltschaft gingen den Fragen nach einem ideologischen Motiv nach, die Persönlichkeit von Ausonius stand im Vordergrund des Prozesses. Der psychologische Gutachter beschrieb ihn im Prozess als paranoid und impulsiv. So hatte Ausonius Zmigrod nicht nur unterstellt, seinen Rechner gestohlen zu haben, sondern ihn auch bei sich zu tragen. Er hatte sich bereits ohne Erfolg bei der Vorgesetzten Zmigrods über den vermeintlichen Diebstahl beschwert und sogar Geld geboten, um diesen wieder zu bekommen. Wie schon in Schweden kam Ausonius in Frankfurt mit dem Rad und tötete sein Opfer mit einem Kopfschuss, nahm die Handtasche — nicht jedoch den Schmuck — und fuhr mit dem Rad fort. Auch, dass er sich wenige Stunden nach der Tat, kurz vor einem geplanten Abflug nach Südafrika, einen neuen Casio zulegte, wertete das Gericht als Indiz. An diesem Punkt sei ihm offensichtlich klar gewesen, dass er den alten Rechner nicht wiederbekommen würde. Darüber hinaus verfügte Ausonius über eine passende Waffe und Munition.

Fehlende politische Bewertung

Der Prozess gegen Ausonius wirft erneut die Frage auf, ob und inwieweit Strafprozesse geeignet sind, ideologisch motivierte Taten aufzuklären. Die Frage, die im Strafprozess im Vordergrund steht, ist die nach dem individuellen Motiv des Angeklagten. Im Fall von Ausonius zeigt ein Blick in seinen Lebenslauf, dass er zu Gewalt und spontanen Überreaktionen neigt. Während seines Militärdienstes lernte er mit Waffen umzugehen, konnte sich dabei nicht unterordnen und hatte die ersten körperlichen Auseinandersetzungen. Nach seiner Militärzeit wurde Ausonius mehrfach wegen Körperverletzung und Scheckbetrugs festgenommen. Als er wegen einer gewalt-



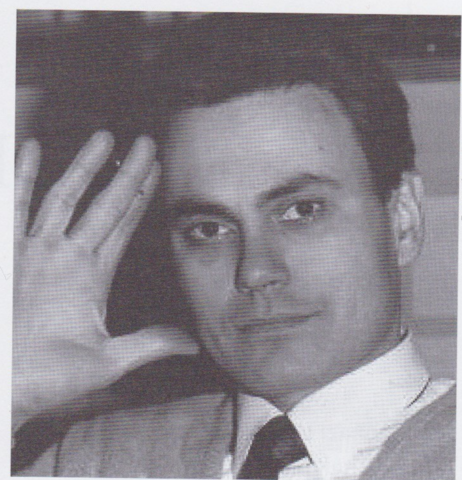


Foto: Andreas Förster

Foto: wikimedia/towpilot (CC BY-SA 3.0)

Oben: John Ausonius 1986 in Stockholm.
Links: John Ausonius im Oktober 2014 in der JVA Österaka (Schweden).

tätigen Auseinandersetzung 1985 eine Haftstrafe verbüßte, lernte er den Ustascha-Terroristen Miro Barešić[1] kennen. Von diesem erhielt Ausonius detaillierte Informationen über dessen frühere terroristische Aktivitäten. Es ist zu vermuten, dass er sich bei Barešić sein späteres, detailliert geplantes Vorgehen für seine Taten aneignete. Eine weitere Frage, die in der prozessualen Form der Aufklärung völlig außen vor bleibt, ist die nach der Wirkung der Tat. So wurde nicht erörtert, inwiefern die Taten als Vorbild für andere Rechtsterroristen dienten oder welche Auswirkungen der Mord an Blanka Zmigrod auf die jüdische Community Frankfurts gehabt haben könnte.

Blaupause für den NSU?

Die militante Neonaziszene erkannte in den Morden des „Lasermann" ein Vorbild: „Vit ariskt motstand" (Weißer arischer Widerstand) druckte in den 1990er Jahren T-Shirts mit der Aufschrift „Der Lasermann — ein Lichtblick im Dasein". Auch Anders Breivik nannte vor Gericht Ausonius als Vorbild. Das Vorgehen von Ausonius wurde zudem im „Blood & Honour-Field-Manual" des norwegischen Neonazis Erik Blücher (auch: Tor Erik Nilsen) als ein Beispiel für führerlosen Widerstand benannt. Das Field-Manual wurde im Jahr 2000 in Umlauf gebracht, im gleichen Jahr ermordete der NSU mit Enver Şimşek sein erstes Opfer.

Auch die detaillierten Planungen der Banküberfälle, Morde und Mordversuche durch Ausonius ähneln dem Vorgehen des NSU. Bei den Banküberfällen ging Ausonius im Anzug aus dem Haus und fuhr zunächst mit dem Fahrrad los. Unterwegs zog er sich um und verübte in einem Sportdress den Bankraub. Auf dem Rückweg wechselte er erneut die Bekleidung und verstaute das erbeutete Geld in einem Aktenkoffer. In einigen Fällen nutze er auch einen Mietwagen. Bei der Anschlagsserie ging er ähnlich vor. Bei seinem ersten Mordversuch zielte er noch aus der Distanz mit einem Gewehr auf die Opfer. Der dabei vom Zielfernrohr entstehende rote Punkt auf den Körpern der Menschen brachte ihm in der schwedischen Presse den Beinamen „Lasermann" ein. Mit jedem Attentat verringerte Ausonius die Distanz zwischen sich und dem Opfer. Am 8. November 1991 stellte er sich direkt hinter den gebürtigen Iraner Jimmy Ranjbar und schoss ihm aus nächster Nähe in den Kopf. Ranjbar starb am nächsten Tag. Später gab Ausonius an, nach seinem ersten Mord Reue empfunden zu haben, was ihn jedoch nicht davon abhielt, weitere Attentate zu begehen. In Uppsala ging er auf ein Paar zu und schoss Erik Bongcam-Rudloff in den Kopf, der glücklicherweise überlebte.

Ausonius wählte seine ihm unbekannten Opfer nach rassistischen Kriterien aus. Für die Taten verwendete er beim zweiten Teil seiner Anschlagsserie einen Revolver mit Schalldämpfer statt des Gewehrs mit Zielfernrohr, zusätzlich maskierte er sich. Die Auswahl der Opfer, der Weg zu und von den Tatorten weg sowie die Eigenfinanzierung durch Banküberfälle weisen Parallelen zum NSU auf. Es erscheint als möglich, dass es sich bei dem Vorgehen von Ausonius um eine Vorlage oder „Blaupause" für den NSU gehandelt hat, zumal der NSU mit dem Blood and Honour-Netzwerk verknüpft war, und es durchaus eine Affinität und Offenheit für solche Konzepte gab. •

Nähere Informationen zur Biografie von John Ausonius gibt es im Text von Sebastian Hell in der Lotta 68 oder unter www.lotta-magazin.de/ausgabe/68/der-laserman

[1] Barešić gehörte der faschistischen Terrororganisation „Kroatischer Nationaler Widerstand" (HNOdpor) von Exilkoraten an und war 1971 an der Ermordung des jugoslawischen Botschafters in Stockholm beteiligt, weswegen er in Schweden inhaftiert war.

TITEL

Ein Protagonist rechten Terrors?

„Neonazi erschießt Eichhörnchen" lautete die Titelgeschichte eines Berliner Boulevardblatts am 25. Juli 2017. Es zeigte ein Foto von Bendix Wendt mit einer Waffe im Anschlag unter einem Baum. Seine Nachbarn hatten die Polizei informiert, als er in seinem Wandlitzer Garten mit einem Luftgewehr Jagd auf Eichhörnchen machte. Er hatte bereits mehrere der Tiere getötet und deren Schwänze an einen Baum genagelt. Die Polizeibeamten fanden nicht nur das Luftgewehr, sondern auch weitere Waffen und Munition. Seitdem ermitteln die Strafverfolgungsbehörden erneut wegen Verstoß gegen das Waffengesetz gegen Wendt.

Irrational handelnde Einzeltäter ...

Das Bundeskriminalamt (BKA) kommt im Februar 2018 in einer Analyse von flüchtlingsfeindlichen Straf- und Gewalttaten zu dem Schluss, dass es unterschiedliche Tätertypen gibt, die für rassistische Angriffe auf Geflüchtete sowie für potenziell tödliche Angriffe auf PolitikerInnen verantwortlich sind. Ausdrücklich warnt das BKA dabei vor „entschlossenen, irrational handelnden oder fanatisierten Einzeltätern". Von diesen (selbst-) radikalisierten Personen, die keine enge Anbindung an „extremistische Gruppen" hätten, gehe „eine besondere Gefährdung" aus.[1] Viele Aspekte in der Vita des seit mehr als drei Jahrzehnten in militanten Neonazistrukturen sozialisierten und politisierten Bendix Wendt könnten ihn zu einer Art Prototypen für den von den Strafverfolgungsbehörden gefürchteten „irrational handelnden oder fanatisierten Einzeltäter" machen.

Ein rechtsterroristischer Prototyp?

Aus dem Kreis der neonazistischen „Generation Terror" der frühen 1990er Jahre sticht Bendix Wendt aufgrund seiner Waffen- und Sprengstoffkenntnisse heraus. Er hatte schon als Anfang 20-Jähriger in den letzten Jahren der untergehenden DDR Kontakte zur Ost-Berliner Neonazi-Skinheadszene und gehörte zu denjenigen, die in den Wäldern des südlichen Brandenburgs rings um Königs Wusterhausen und Halbe nach Wehrmachtsdevotionalien, Waffen und Sprengstoff aus der letzten Kesselschlacht im April 1945 vor Berlin gruben. Im Oktober 1989 wurde Bendix Wendt dafür vom Kreisgericht Ost-Berlin erstmals wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu einer zweieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt. Aufgrund der allgemeinen Amnestiegesetzgebung verbrachte der junge Neonazi nur wenige Monate in Haft. Für die Besucher in einem von Neonazis der „Nationalen Alternative" (NA) besetzten Haus in der Berliner Weitlingstraße galt Wendt (Spitzname „Doktor Wanda") als ein Ansprechpartner für Waffen- und Sprengstoffbeschaffung. 1990 wurde Wendt in diesen Kreisen zum Verantwortlichen für paramilitärische Übungen ernannt. Der frühere NA-Funktionär Ingo Hasselbach war sich nach seinem Ausstieg aus der Neonaziszene sicher, das Bendix Wendt Waffen und Sprengstoff für den von Neonazis herbeigesehnten Tag X — dem gewaltsamen Ende der Demokratie und der Wiedererrichtung einer nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland — horten und einsetzen würde.[2]

Kaum verwunderlich daher, dass der Name von Bendix Wendt im Kontext von Neonazi-Terror Anfang der 1990er Jahre fiel. [3] Insgesamt zehn Briefbomben waren ab Ende 1993 im Rahmen einer neonazistischen Briefbombenserie in Österreich verschickt worden. Fünf Menschen wurden dabei verletzt. Der Österreicher Peter B. galt den Ermittlern zeitweilig als einer der Tatverdächtigen. Wendt kannte den Neonazi-Aktivisten von dessen Besuchen in der Weitlingstraße und von einem längeren Aufenthalt beim damaligen Neonazi-Anführer Gottfried Küssel in Wien. Bei einer Vernehmung im Dezember 1994 räumte Wendt offen ein, er habe Peter B. mit zwei „Zündmaschinen" und mehreren Kilogramm Sprengstoff versorgt.[4]

Der Strafverfolgung entzog sich Bendix Wendt zunächst, indem er sich Ende 1993 den Bataillonen 101 und 104 der kroatischen Ustascha-Milizen im ersten Bosnien-Krieg anschloß. Nach seiner Rückkehr im April 1994 wurde er im Oktober 1995 u.a. für die unstrittige Sprengstoffbeschaffung für Peter B. zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.[5] Bendix Wendt entzog sich dem Haftantritt durch Untertauchen bei dänischen und schwedischen Neonazis um den 2001 verstorbenen deutschen „Blood & Honour" Aktivisten Marcel Schilf.

Bei seiner erneuten Rückkehr nach Deutschland bedrohte Wendt im Herbst 1997 bei einem Polizeieinsatz erst mal die Beamten mit einer Schusswaffe. Bis zum Juni 1999 saß er dann schließlich die Haftstrafe aus 1995 ab. Hierbei wurde er von der neonazistischen „Hilfsorganisation für politische Gefangene" (HNG) betreut. Kontakte nach Österreich blieben scheinbar bestehen. Seit der Jahrtausendwende hatten Nachbarn mehrfach von Besuchern aus Österreich berichtet. Bei einer Feier anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Berliner Neonazi-Bruderschaft der „Vandalen" im August 2002 wurden auch Wendt und Peter B. von der Polizei kontrolliert.


bild.de

SCHWÄNZE ALS TROPHÄEN AN BAUM GENAGELT

Neonazi erschießt Eichhörnchen

Bendix-Jörg W. ist u. a. wegen Körperverletzung vorbestraft
Foto: Olaf Wagner

Teilen Twittern

von: MATTHIAS LUKASCHEWITSCH
24.07.2017 - 23:17 Uhr

Wandlitz (Brandenburg) – **Flink flitzen die possierlichen Tierchen von Baum zu Baum. Doch in Wandlitz in Brandenburg rennen sie**



Der Neonazi und Waffennarr Bendix Wendt erlangte im Sommer 2017 als „Eichhörnchen-Killer" erneute Aufmerksamkeit.

Angriff auf Grünen-Politiker

Im selben Jahr sorgte Bendix Wendt erneut für Schlagzeilen. Im September 2002 prügelte er an einem Berliner Bahnhof mit einem Teleskopschlagstock auf den Kopf des Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele ein.[6]

Doch auch hier war die Strafverfolgung erstaunlich nachsichtig. Wendt erhielt trotz einer laufenden Bewährungsstrafe Haftverschonung. Anstelle eines versuchten Tötungsdelikts wurde lediglich eine Körperverletzung angeklagt. Wendt wurde zu einer 15-monatigen Haftstrafe verurteilt, die er erst zwei Jahre nach dem Angriff antrat.[7] Wie schon seit den frühen 1990er Jahren hatte Wendt im Prozess beteuert, er sei politisch nicht mehr organisiert.

„Terror Erreicht"

Dabei müssen sowohl die Frage nach den Netzwerken, in denen sich Wendt bewegt (hat) als auch nach deren politisch-strategischer Ausrichtung dringend gestellt werden. Denn am 8. Mai 2007 wurden bei Bendix Wendt bei einer verdachtsunabhängigen Kontrolle eines Reisebusses, der auf dem Rückweg von München nach Berlin war, neben Wehrmachtsdolchen, NS-Uniformteilen und NS-Propagandaschriften auch ein Buch mit Bomben- und Raketenbauanleitungen gefunden. Bei der Durchsuchung des Busses fanden die Polizeibeamten zudem eine Papiertüte mit einem elektronischen Sprengstoff-Zünder und einem Zettel mit der Aufschrift „Terror Erreicht, Etappe Erreicht". Bei der anschließenden Durchsuchung fanden die Strafverfolger weitere Waffen. Das Amtsgericht Bernau verurteilte Wendt daraufhin wegen Verstoß gegen das Waffengesetz zu einer Bewährungsstrafe von 21 Monaten.

Sowohl die beunruhigenden Fundstücke als auch die anschließende Verurteilung blieben in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Dies gilt auch für einen ungewöhnlichen Arbeitsplatzwechsel: Wendt gab nach Auskunft ehemaliger Arbeitskollegen seinem Arbeitsplatz im Strandbad bei Wandlitz auf und heuerte stattdessen bei einer Firma für Munitionsbergung an. Für das Amtsgericht Bernau, wo Bendix Wendt scheinbar eine Art Abo auf Bewährungsstrafen hat, gilt sein Arbeitsplatz als Faktor für eine günstige Sozialprognose. •

1 Vgl. Konrad Litschko, „Weiterhin rechtsradikale Bedrohung", die taz vom 2.3.2018 2 Vgl. Ingo Hasselbach: Führer-Ex, New York City Press, 1996 3 vgl. Antifaschistisches Autorenkollektiv, „Drahtzieher im Braunen Netz", Berlin/Amsterdam 1993, Rechtes Terrorbündnis zwischen Berlin und Wien, die taz vom 23.12.1994, Berliner Zeitung vom 20.4.1994, „Briefbombenattentate möglicherweise auch für die deutsche Hauptstadt geplant" 4 vgl. Annette Rogalla, „Briefbomben aus deutscher Werkstatt: Deutsche Neonazis waren an den Sprengstoffattentaten in Österreich beteiligt", die taz vom 18.1.1995 5 Vgl. „Neonazi verurteilt", Neues Deutschland vom 18.10.1995, „Die Welt": „Zilk fordert mehr Befugnisse für die Polizei", 18.10.1995 6 Vgl. AIB Nr. 57 1/2002: Bendix Wendt meldet sich zurück 7 Vgl. Ströbele-Schläger muss jetzt ins Gefängnis, Tagesspiegel vom 10.9.2004.

TITEL

Ende Januar 2018 begann am Dresdener Landgericht der Prozess gegen den 31-jährigen Nino Köhler, u.a. wegen versuchten Mordes. Ihm wird zur Last gelegt, für eine Anschlagsserie in Dresden verantwortlich zu sein.

PEGIDA als Durchlauferhitzer für rechten Bombenleger in Dresden

Am Abend des 26. September 2016 explodierte vor einer Dresdner Moschee eine Rohrbombe. Noch in derselben Nacht detonierte ein weiterer Sprengsatz am Internationalen Kongresszentrum (ICC) in der Innenstadt, wo am 3. Oktober Teile der zentralen Einheitsfeierlichkeiten stattfinden sollten. In der Nähe wurden einige Tage später 14 täuschend echt aussehende Sprengstoffattrappen aufgefunden. In den darauf folgenden Monaten fanden sich an den Ufern der Elbe zwei weitere Sprengsätze, einer davon mit dem Schriftzug „LINKE". Als der mutmaßliche Täter Nino Köhler Anfang Dezember 2016 festgenommen wurde, wurde in dessen Wohnung eine einsatzbereite Brandvorrichtung sichergestellt. Seitdem sitzt er in Untersuchungshaft.

Der gesellschaftliche und (bisherige) juristische Umgang mit der Tat ist zweischneidig. Einerseits wurde die Tat unverzüglich als rassistisch bzw. muslimfeindlich benannt und die betroffene Familie erfuhr eine breite Unterstützung, bis hin zu einem Treffen mit der Bundeskanzlerin. Jenseits dieser, auf kurze Zeit nach der Tat beschränkten, Solidarität ist die Anschlagsreihe jedoch aus dem Bewusstsein nahezu verschwunden. Die Rolle von PEGIDA in Bezug auf die Radikalisierung des Täters wird zwar aufgegriffen und durch die Generalstaatsanwaltschaft benannt, allerdings bleibt Köhler als regionaler Einzeltäter stehen. Dass darüber hinaus keine deutliche Thematisierung der „Staatsfeindlichkeit" der Taten erfolgt, verwundert angesichts der Tatsache, dass die bundesweiten Einheitsfeierlichkeiten verhindern werden sollten. Zieht man Vergleiche zum staatlichen Umgang mit Personen, die unter Verdacht des islamistischen Terrors stehen, so wird offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen.

Vigilantistischer Terrorismus

Einen Analyseansatz der Taten bietet die Einordnung als „vigilantistischer Terrorismus". Demnach hat sich der Täter „nicht auf eine grundlegende Veränderung, sondern der Verteidigung des Status quo oder der Rückkehr zu angeblich besseren Verhältnissen (wie der „Volksgemeinschaft") verschrieben."[1] Denn für den Vigilantismus ist es gerade wesenhaft, dass er sich „nicht primär gegen die Regierung und das politische System, sondern gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen richtet. Nur ausnahmsweise und in einer zweiten Sequenz, wenn die Regierung gemeinsame Sache mit den ‚Feinden' des Volkes macht oder gar in deren Hände gefallen zu sein scheint, nur dann glauben sich Rechtsradikale legitimiert, mit Gewalt gegen sie vorzugehen."[2] Eine solche Kategorisierung, die dann eben auch gewaltsam agierende „besorgte Bürger" umfassen würde, ist bisher weder bei den Strafverfolgungsbehörden noch in der breiten gesellschaftlichen Debatte angekommen.

PEGIDA als Durchlauferhitzer

Der 31-jährige Lüftungsmonteur Nino Köhler wohnte nur wenige hundert Meter entfernt von der Moschee. Er lebte allein, war in einem Fußballverein aktiv. Am 13. Juli 2015 — mithin über ein Jahr vor der Tat — trat er als Redner bei PEGIDA auf.[3] Lutz Bachmann kündigte ihn als „unseren Nino" an, er selbst bezeichnete sich bereits zu diesem Zeitpunkt „als harten Kern von PEGIDA". Der durch ihn verlesene Brief an die Bundeskanzlerin wurde mit Applaus begleitet. In der Rede heißt es in Richtung Merkel: „Sie lassen grüne Politiker unsere Kinder vergewaltigen. Sie lassen linke Politiker antifaschistische Organisationen finanzieren. Sie lassen linke Terroristen angeblichen Rassismus mit Rassismus bekämpfen. Sie lassen kriminelle Ausländer Drogen verkaufen. Sie lassen faule Afrikaner, anstatt ihre Länder aufzubauen, unsere Sozialkassen plündern. Sie lassen afrikanische Länder, ihre Gefängnisse in Europa entleeren. Sie reichen der größten Massenvernichtungswaffe, dem Islamismus die Hand. (...) Wenn sie wollen, dass es in Deutschland und Europa zum Bürgerkrieg kommt, dann machen sie weiter. Aber Gnade ihnen Gott, denn von uns werden sie keine Gnade erhalten." Über die Einleitung eines Strafverfahrens betreffend der Rede ist nichts bekannt.

Nino Köhler radikalisierte sich hinsichtlich seiner Taten im Schnelldurchlauf. Als Durchlauferhitzer dürften PEGIDA und die



Bild: Screenshot vk.com



Bild: Screenshot YouTube

Links: Der Bombenleger Nino Köhler
Rechts: Der PEGIDA-Anführer Lutz Bachmann begrüßt „unseren Nino“ als Redner.

allgemeine rassistische Stimmung ihren Beitrag geleistet haben. In der Anklage bezeichnete ihn die Generalstaatsanwaltschaft als bekennenden Anhänger der Bewegung, der sich aufgrund „seiner Ablehnung der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, von politisch links orientierten Personen und Vereinigungen und vor allem von Ausländern muslimischen Glaubens und der von diesen angeblich drohenden Islamisierung Deutschlands zunehmend radikalisierte“.

Die Anschlagserie

Spätestens im Sommer 2016 entschloss er sich, seine Ziele gewaltsam umzusetzen. Die Moschee im Dresdner Stadtteil Cotta existierte bereits seit mehreren Jahren. In der Nachbarschaft war bekannt, dass dort der Imam mit seiner Familie lebte. Am Abend des Anschlags schien Licht aus den Zimmern. Nino Köhler näherte sich dem Gebäude, welches durch Kameras überwacht war, vermummt mit einem Motorradhelm. Vor der Wohnungstür platzierte er einen Plastikeimer mit drei selbst gebauten Rohrbomben und diversen brennbaren Materialien. Mindestens eine der Rohrbomben war über eine Zündschnur mit einer programmierbaren Zeitschaltuhr verbunden. Zum Zeitpunkt der Explosion hielten sich mehrere Personen im Gebäude in unmittelbarer Nähe zur Detonation auf. Nach Einschätzung eines auf Sprengvorrichtungen spezialisierten Beamten hatten die Rohrbomben aufgrund der Splitterwirkung tödliches Potential, auch die Brandwirkung der Vorrichtung war lebensgefährlich.

Nach der Detonation verließ Köhler den Ort und begab sich zum Internationalen Kongresszentrum, in dem wenige Tage später der Empfang des Bundespräsidenten zu den in Dresden stattfindenden zentralen Einheitsfeierlichkeiten stattfinden sollte. Auf der frei zugänglichen Dachterrasse deponierte er eine weitere Sprengvorrichtung, die er ebenfalls mit Zeitschaltuhr auslöste. Der Gebäudeschaden beläuft sich auf ca. 25.000 Euro. Laut Anklage wählte Köhler den Ort aus, um „ein weithin sichtbares Zeichen seines Protestes gegen die Ausländer- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu setzen“. Dies war jedoch nicht die einzige Aktion Köhlers, welche sich gegen staatliche Institutionen richtete. Vielmehr verbrachte er in den Tagen vor den Einheitsfeierlichkeiten 14 täuschend echt gestaltete Sprengstoffattrappen in den inneren Festbereich. Wären diese nicht durch Zufall entdeckt worden, wären voraussichtlich weite Teile, wenn nicht gar die gesamte Veranstaltung massiv gestört oder gar beendet worden. Das Verfahren bzgl. der Bombenattrappen wurde eingestellt.

Nino Köhler verfügte darüber hinaus über weitere Sprengvorrichtungen, die er vermutlich aus Angst vor Entdeckung nach den Taten verschwinden lies. Mitte Oktober 2016 fand ein Angler am Elbufer ein verschlossenes Gurkenglas, in das durch den Deckel mehrere verbundene Zündschnüre führten. Im Inneren befanden sich Mullbinden in einem Gemisch aus Benzin und Mineralöl, sowie befestigt am Inneren des Schraubdeckels vier „La Bomba“-Böller sowie Kleinfeuerwerkskörper.

Zwei Monate später wurde nahe Meißen ein weiterer Sprengkörper am Ufer entdeckt. Im Inneren befanden sich Grillkohleanzünder, Anzündschnüre, 13 Schreckschusspatronen Kaliber 9 mm, ca. 75 Gramm eines Schwefel-Holzkohle-Substanzgemischs sowie eine ca. 190 g umfassende Mischung aus Schwefel, Kalium- und Bariumnitrat sowie ein weiterer Brennstoff. Beide Sprengvorrichtungen waren geeignet, Leib und Leben von Menschen zu gefährden.

Nach einer Öffentlichkeitsfahndung mit Bildern aus der Überwachungskamera der Moschee wurde Nino Köhler, der sich gerade auf Montage befand, am 8. Dezember 2016 festgenommen. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung stieß die Polizei auf einen sogenannten Thermiten. Der in einem Karton deponierte Klumpen — eine Mischung aus Kaliumnitrat und Zucker — war ebenfalls mit Zündvorrichtungen ausgestattet, die durch einer Zeitschaltuhr ausgelöst werden sollten. Der Thermit, der beim Abbrand Temperaturen von mehr als 1.500 Grad hätte erzeugen können, war laut Anklage „zum jederzeitigen Abtransport und Einsatz bereit“. •

1 Quent, Matthias: Selbstjustiz im Namen des Volkes: Vigilantistischer Terrorismus v. 10.06.2016. Im Internet unter: www.bpb.de/apuz/228868/vigilantistischer-terrorismus?p=all 2 ebenda 3 www.youtube.com/watch?v=ZMfJUX180W4

TITEL

Eine Gruppierung namens „Nationale Bewegung“ verübte in den Jahren 2000 und 2001 in Potsdam und Umgebung eine Reihe von Anschlägen und Propagandaaktionen, die nie aufgeklärt wurden.

Die Nicht-Aufklärung einer rechten Anschlagsserie

Der Brandenburger Landtag verstolpert neue Ermittlungen zur „Nationalen Bewegung“

NSU WATCH BRANDENBURG

Nachdem die „Nationale Bewegung“ in der Nacht vom 7. auf den 8. Januar 2001 einen Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam verübte, übernahm die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen. Trotz vieler Hinweise, trotz vieler Indizien, trotz vieler Verdächtiger, trotz einer Sonderermittlungsgruppe „Soko NaBe“ und trotz V-Leuten, die in der Neonaziszene der Region platziert waren, wurden dieser Anschlag und weitere Taten nie aufgeklärt. Dass auf Behördenseite einiges schief lief, ist offenkundig. Im Brandenburger Landtag arbeitet seit 2016 ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss, der NSU-Verbindungen im Bundesland, aber auch andere Episoden des rechten Terrors in Brandenburg wie die Taten der „Nationalen Bewegung“ aufklären soll.

Die Verdächtigen und eine fragwürdige Ermittlungspraxis

Ein Blick zurück: Am 30. Januar 2001 überreichte der Brandenburger Verfassungsschutz der Polizei ein Behördenzeugnis. Unter Berufung auf den zu dieser Zeit noch nicht aufgeflogenen V-Mann Christian K. wird darin behauptet, der Neonazi Marcel K. hätte mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ den Anschlag auf die Trauerhalle verübt. Doch die nun auf Marcel K. ausgeweiteten Ermittlungen der Soko „NaBe“ bringen keine Beweise für dessen Täterschaft hervor.

Mit der „Nationalen Bewegung“ brachte die Polizei insgesamt 55 Neonazis in Verbindung. Dazu gehörten der Potsdamer Rechtsrockmusiker Uwe „Uwocaust“ Menzel, der „Landser“- und „Proissenheads“ Musiker Christian Wenndorf, der Proissenheads-Musiker Ilja Schartow sowie die „Blood & Honour“-Funktionäre Stefan Rietz und Dirk Horn. Die genannten Musiker sind schon zuvor durch Militanz in Erscheinung getreten. Ilja Schartow etwa versandte 1998 eine Morddrohung an einen linken Potsdamer Aktivisten. Bei Menzel wurden im Sommer 2000 im Zuge einer Hausdurchsuchung Waffen sichergestellt, die ihm der Verfassungsschutzspitzel „Piatto“, Carsten Szczepanski, vermittelt hatte.

Am 1. Februar 2001 überwachte das LKA ein Telefongespräch. Der Potsdamer Neonazi Marcus Sch. äußerte darin gegenüber Uwe Menzel: „Gut ich wollt nur sagen, ich habe die Bombe gelegt. Nationale Bewegung, hehehe“. Vermutlicher Hintergrund: Am 30. Januar 2001 las der Kabarettist Serdar Somuncu aus Hitlers „Mein Kampf“. Am 30. und 31. Januar 2001 erhielten verschiedene Stellen Drohbriefe der „Nationalen Bewegung“.

Im Brandenburger Untersuchungsausschuss wurden über mehrere Monate verschiedene Akteur_innen der damaligen Ermittlungen befragt. Dadurch wurde immerhin bekannt, dass zwischen dem Neonazi Uwe Menzel und dem LKA Brandenburg ein sehr distanzloses Verhältnis bestand. So gab ein LKA-Beamter bei einer nur wenige Tage nach dem Brandanschlag auf die jüdische Trauerhalle erfolgten Vernehmung von Uwe Menzel ihm gegenüber Wissen aus dem Ermittlungsverfahren preis. Menzel wurde offenbar weniger als Zeuge oder Beschuldigter, sondern eher als Sachverständiger befragt. Dem Neonazi wurden im Gespräch unter anderem Details aus Abhörmaßnahmen und das Bekennerschreiben der „Nationalen Bewegung“ vorgelesen. Zudem sei Menzel aufgefordert worden, mit Stefan Rietz und Marcel K. Rücksprache zu halten. Ein Sachstandsbericht der „Soko NaBe“ vom April 2001 bestätigte die von Antifas vorgelegte Recherche, dass die „Nationale Bewegung“ im Umfeld der Potsdamer RechtsRock-Band „Proissenheads“ zu verorten sei. Die Ermittler regten darin an, gegen Uwe Menzel und das Umfeld der „Proissenheads“ wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung zu ermitteln. Warum in der Folge gegen diese Personen trotzdem nicht ermittelt wurde, konnten die vor dem Ausschuss im Juni 2017 als Zeugen geladenen LKA-Beamten nicht erklären.


Foto: Lionel C. Bendter



Foto: Screenshot Facebook

Links: 1.v.r. Uwe Menzel als Sänger der RechtsRock-Band „Uwocaust“ auf dem „Rock gegen Überfremdung“ im Juli 2017 in Themar, Thüringen.

Rechts: Der 1993 verstorbene Sänger der Band „Skrewdriver“, Ian Stuart Donaldson (links), posierte mit dem Potsdamer RechtsRocker Uwe Menzel. Donaldson rief das international agierende „Blood & Honour“-Netzwerk ins Leben und gilt bis heute als Märtyrer in der Neonazi-Szene.

Für den 17. Februar 2001 plante die Polizei eine Razzia gegen Verdächtige aus der Potsdamer Neonaziszene. Vor dem Ausschuss wurde immer wieder betont, dass die Razzia angeblich „allgemeinpräventiv“ ausgerichtet und kein Teil der Ermittlungen wegen der „Nationalen Bewegung“ war. Sie betraf aber in jedem Fall genau das fragliche Neonazimilieu. Die Razzia wurde jedoch durch den Verfassungsschutz-V-Mann „Backobst“ Christian K. an den brandenburgischen „Blood & Honour“-Kader Sven Schneider verraten. Da letztgenannter in einer anderen Sache telefonisch überwacht wurde, erfuhr das LKA zufällig von dem Verrat. Eilig wurde die Durchsuchung auf den Folgetag, den 7. Februar 2001, vorgezogen, doch wurde nichts Relevantes gefunden. Die „Nationale Bewegung“ selbst trat nach der Razzia nicht mehr in Erscheinung.

Geheimnisverrat ohne Konsequenzen für VS und LKA

Erst 2003 kam der Razzienverrat durch Medienberichte ans Licht. Christian K. wurde angeklagt und zu fünf Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Er belastete gegenüber der Presse seinen V-Mann-Führer mit bisher nicht belegten Aussagen: Dieser habe ihn über den Termin der Razzia informiert und ihn animiert, diese Information an Sven Schneider weiterzugeben. Offen blieb, wer dem V-Mann-Führer den Termin der Razzia verraten hatte. Die internen Ermittlungen in dieser Frage leitete damals die Oberstaatsanwältin Marianne Böhm. Sie hatte 2003 gegen den damaligen LKA-Chef Axel Lüdders einen Anfangsverdacht wegen Strafvereitelung im Amt festgehalten. Damals soll Lüdders den Verrat der Razzia durch den V-Mann zwar der Polizei mitgeteilt, jedoch keine Anzeige wegen Verrats von Dienstgeheimnissen erstattet haben. Als Böhm ermitteln wollte, wurde sie zurückgepfiffen. Die Ermittlungen seien zu einer Chefsache erklärt worden, berichtete Böhm im Untersuchungsausschuss. Sie bekam von ihrem Vorgesetzten, dem Leitenden Oberstaatsanwalt Heinrich Junker, die Anweisung, keine Ermittlungen gegen den LKA-Chef anzustellen. Auch über den Brandenburger Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg ist ein ähnlicher Vermerk überliefert. So wurde nur das letzte Glied in der Kette — der V-Mann — für den Razzienverrat verurteilt, während die Beteiligten in den Behörden ungeschoren davonkamen.

Steckt der Verfassungsschutz dahinter?

Rautenberg selbst war am 18. November 2016 und 28. April 2017 vor den Untersuchungsausschuss geladen. Laut Rautenberg hatte sich zu seiner Verwunderung damals der Verfassungsschutz gegen die Übernahme des Ermittlungsverfahrens durch die Generalbundesanwaltschaft ausgesprochen. Die Ermittlungen seien zudem durch die Veröffentlichung eines Bekennerschreibens der „Nationalen Bewegung“ auf der Internetseite des Brandenburger Verfassungsschutzes direkt behindert worden. Rautenberg stellte vor dem Untersuchungsausschuss die These in den Raum, dass es nicht auszuschließen sei, dass es die Gruppe „Nationale Bewegung“ in dieser Form tatsächlich gar nicht gegeben habe. Damit legte er nahe, dass in Wirklichkeit der Verfassungsschutz selbst hinter der „Nationalen Bewegung“ stehen könne. Eine Erklärung hierfür wäre die geheimdienstliche Strategie eines „Honigtopfs“.

Auch Generalbundesanwalt Wolfgang Siegmund verwies vor dem Untersuchungsausschuss auf einige Besonderheiten. So fand sich etwa nach dem Brandanschlag auf einen türkischen Imbiss ein Bekennerschreiben, das keinerlei Brandspuren aufwies, was den Verdacht nährte, das Schreiben könnte erst im Nachhinein dort platziert worden sein.

Behinderung der Aufklärung durch Behörden

Letztlich sind die durch den Untersuchungsausschuss gewonnenen Erkenntnisse zur „Nationalen Bewegung“ nur minimal. Die Behörden haben die Aufklärung des Untersuchungsausschusses unterlaufen, indem relevante Akten erst nicht geliefert und dann nur im Geheimschutzraum unter Aufsicht gesichtet werden durften. Geschwärzte Dokumente, darunter sogar Presseartikel, wurden zunächst in viel zu hoher Geheimhaltung eingestuft. Wer hinter den Taten der „Nationale Bewegung“ steckt, ist somit weiterhin nicht aufgeklärt. •

Weitere Informationen zur „Nationalen Bewegung“ im AIB 93: „Deliktserie“ oder Vorstufe zum Rechtsterrorismus?

TITEL

Viele Beobachter waren überrascht, als der Richter im „Ballstädt-Prozess" vor dem Landgericht Erfurt gegen 15 Angeklagte Urteile sprach, die teils deutlich über den Forderungen der Staatsanwaltschaft lagen. Dazu führten auch die „erheblichen strafrechtlichen Vorbelastungen" und „das hohe Maß an krimineller Energie", die das Gericht bei den meisten Angeklagten ausmachte.

Konzerte, Knarren, Kriminelle

KAI BUDLER

Mitglieder von RechtsRock-Bands können ein hohes Maß an krimineller Energie aufweisen. Das zeigt eine Antwort der Thüringer Landesregierung aus dem Jahr 2013 zur Thüringer Band „Sonderkommando Dirlewanger" (SKD) um den Neonazi Thomas Wagner. Ihre ehemaligen und aktiven Mitglieder wurden zwischen 1991 und Ende Januar 2010 in 34 Fällen verurteilt. Neben den einschlägigen Strafen gehörten zu den Delikten u.a. Raub in mehreren Fällen, Verstöße gegen das Waffengesetz, besonders schwerer Fall des Diebstahls und gefährliche Körperverletzungen. Aus der RechtsRock-Band, die sich nach dem Kommandeur einer Sondereinheit der Waffen-SS benannte, die in großem Ausmaß an Verbrechen gegen die Menschheit beteiligt war, und aus ihrem Umfeld stammen die Täter des Neonazi-Überfalls auf eine Feier in Ballstädt, bei der im Februar 2014 zehn Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Die Täter zogen vom „Gelben Haus" in Ballstädt los, das zwei Neonazis 2014 gekauft hatten. Ein hohes Ausmaß an krimineller Energie kann auch den Mitgliedern der Bruderschaft „Turonen" attestiert werden, die seit 2015 verstärkt öffentlich auftritt und sich ebenfalls um die Neonazi-Immobilie in Ballstädt gruppiert. Mindestens fünf Angeklagte im „Ballstädt-Verfahren" gehören zu dem Netzwerk, das RechtsRock-Konzerte organisiert und als Einlass- und Sicherheitsdienst bei Neonazi-Veranstaltungen auftritt. Die Liste der Straftaten, die Mitgliedern der „Turonen" zugeordnet werden, umfasst knapp 20 verschiedene Delikte, darunter „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat", „besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs", „gefährliche Körperverletzung" sowie „Verstöße gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Sprengstoffgesetz". Dazu kommen immer wieder Drogenfunde bei Hausdurchsuchungen. Bei Wagner stellten Ermittler bereits 2013 chemische Drogen sicher. Seit dem Beginn seiner kriminellen Laufbahn wurde er mehrfach bei Einbrüchen, Raub und Bandendiebstahl erwischt. Doch es sind nicht nur die einzelnen Straftaten, die in der kriminellen Energie von Angehörigen dieses Netzwerks der Thüringer Neonazi-Szene zu Buche schlagen, es sind auch länderübergreifende Kontakte zur organisierten Kriminalität, die eine wichtige Rolle spielen. So zum Beispiel bei Steffen Mäder aus dem Umfeld der Band SKD, der mit Andre K. das „Gelbe Haus" in Ballstädt gekauft hatte, nachdem die Gemeinde ein Vorkaufsrecht für die vorherige Neonazi-Immobilie im 30 Kilometer entfernten Crawinkel geltend gemacht hatte. Doch der Käufer Mäder konnte nicht in das von ihm mit erworbene Haus in Ballstädt einziehen, denn er saß mittlerweile in Haft in Österreich, wo er wegen Beteiligung an einem Brandanschlag, Unterstützung einer kriminellen Vereinigung und Einbruch zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass Mäder der Gruppierung „Objekt 21" angehörte, die im März 2010 von „Blood & Honour"-Anhängern in der oberösterreichischen Gemeinde Desselbrunn gegründet worden war, wo sich mit einem ehemaligen Bauernhof auch das gleichnamige Gebäude des Vereins befand. Der angemeldete Verein hatte sich offiziell die „Erhaltung und Pflege unserer tausende Jahre alten Kultur mitsamt ihrem Brauchtum" auf die Fahnen geschrieben und startete schon kurz nach seiner Gründung illegale Aktivitäten. Die Gruppe „Objekt 21" begann mit dem Aufbau eines länderübergreifenden kriminellen Netzwerkes und knüpfte u.a. Kontakte zu den Strukturen des ehemaligen „Thüringer Heimatschutz" (THS) in der deutschen Neonaziszene. Der Verein umfasste einen harten Kern von 30 Personen und ein Umfeld von etwa 200 SympathisantInnen.

Bei mehreren Hausdurchsuchungen beschlagnahmte die österreichische Polizei Propagandamaterial, Sprengstoff und Schusswaffen, zu den kriminellen Aktivitäten der Gruppierung gehörten u.a. bewaffnete Raubüberfälle, Erpressung, Körperverletzung, Entführung, Drogen- und Waffenhandel. Auch ins Rotlichtmilieu hatte der Verein kriminelle Verbindungen. Ein Brandanschlag auf ein Bordell in Oberös-

terreich ging beispielsweise auf das Konto der „Objekt 21“ Gruppierung. Hier soll der Geschäftsführer entführt und mit einer Motorsäge gefoltert worden sein. Den Gesamtschaden der kriminellen Aktivitäten des Vereins beziffern die Behörden mit etwa 3,5 Millionen Euro, die Straftaten füllten später Akten mit insgesamt mehr als 20.000 Seiten. Nachdem die neonazistischen Aktivitäten öffentlich gemacht wurden, kam es Ende 2010 zu einem Verbot und wenig später zur behördlichen Auflösung des Vereins „Objekt 21“. Im Jahr 2013 hob eine Sonderkommission der österreichischen Kriminalpolizei das kriminelle Netzwerk aus. Es folgten Prozesse und Verurteilungen nicht nur für Neonazis aus Österreich, sondern auch aus Bayern und Sachsen-Anhalt. Drei bekannte Neonazis aus Thüringen sahen sich auf einmal ebenfalls auf der Anklagebank. Zu ihnen gehörte Andreas Putyra aus Gotha, der als „Nummer Drei“ im streng hierarchischen Gefüge des „Objekt 21“ für den so genannten „Escortservice“ — im Klartext: Prostitution — verantwortlich gewesen sein soll. Putyra stammt aus der „Hausgemeinschaft Jonastal“, dem Umfeld der Ballstädter Neonazis. Nach Ansicht der Bundestagsabgeordneten Martina Renner „einem ähnlichen Projekt wie das ‚Objekt 21‘ in Oberösterreich“. Putyra machte nach seiner Festnahme umfangreiche Aussagen, die zu weiteren Ermittlungsverfahren und Verhaftungen von Neonazis aus Thüringen führten. Dazu gehörte auch Mäder, der im August 2013 festgenommen, an die österreichischen Strafverfolgungsbehörden überstellt und im März 2014 vom Landesgericht Korneuburg zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt wurde. Der netzwerkartige Verein in Oberösterreich und seine wechselseitigen Verbindungen nach Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen ergeben laut Renner „das Bild einer kriminellen und zugleich hoch ideologisierten Szene. So finden sich neben klassischen Verfahren aus dem Bereich rechter Straftaten, wie dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, dem Verstoß gegen das Uniformverbot oder Körperverletzungsdelikte, auch Verstöße gegen das Waffengesetz, Raub, Diebstahl und Drogenhandel“.

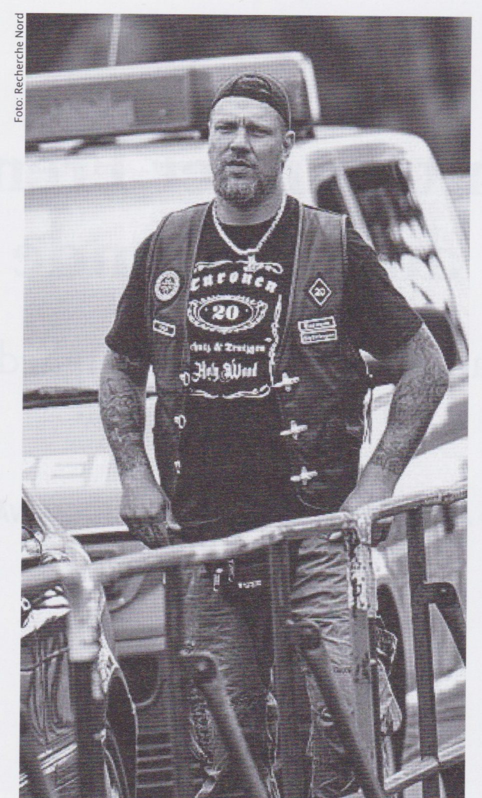


Foto: Recherche Nord

Der europaweit vernetzte Neonazi und Angeklagte im Ballstädt-Prozess Thomas Wagner auf dem Neonazi-Großevent „Rock gegen Überfremdung“ im Juli 2017 in Themar, Thüringen. Er war in mehreren RechtsRock-Bands aktiv, u.a. bei „Sonderkommando Dirlewanger“. Heute spielt er mit Mario Kelch und Rocco Boitz bei „Treue Orden“. Wagner, Kelch und Boitz gelten ebenfalls als exponierte Personen der Neonazi-Bruderschaft „Turonen/Garde 20“, die maßgeblich an der Organisation von Großevents, wie dem „Rocktoberfest“ im Oktober 2016 in der Schweiz, beteiligt waren.

Die Zerschlagung des Vereins in Österreich führte auch zu polizeilichen Maßnahmen in Thüringen, wo das Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft Erfurt seit Juli 2013 gegen vier Neonazis wegen des Verdachts des „Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz“ ermittelten — zu ihnen gehörte auch der Haupttäter beim Überfall in Ballstädt, Thomas Wagner und Marco Zint aus dem SKD-Umfeld. Die Männer wurden verdächtigt, ein Sturmgewehr AK47 illegal besessen und weiter verkauft zu haben. Zeitgleich zu Mäders Festnahme durchsuchten Ermittler in diesem Zusammenhang eine Wohnung im Erfurter Orsteil Bischleben-Stedten und die von Neonazis erworbenen Häuser in Crawinkel und Ballstädt. Doch nicht nur Mäder spielt bei Verstößen gegen den §129 StGB eine Rolle, auch andere Neonazis aus dem „Gelben Haus“ und seinem Umfeld gerieten 2013 ins Visier der Thüringer Ermittler. Sie verdächtigten mehrere Personen, eine terroristische Vereinigung gegründet bzw. sich an ihr beteiligt zu haben. Mit Matthias S. wurde ein weiterer Neonazi aus dem Umfeld der Neonazis aus Crawinkel und Ballstädt als Beschuldigter im Verfahren gegen „Objekt 21“ geführt. Wegen einer rassistischen SMS zu einer „Operation Weiße Weihnacht“ wurde gegen ihn auch wegen Volksverhetzung ermittelt, in der Kurznachricht forderte er u.a. zum „Häuten und mir ne schicke Mütze aus Moslemfell machen“ auf. Unter den Verdächtigen befanden sich außerdem Wagner, Zint und das SKD-Mitglied Mario Kelch. Der mehrfach vorbestrafte Kelch war ehemals Mitglied bei der Neonazi-Band „PAK 88“ aus Erfurt, Angehöriger der „Kameradschaft Jonastal“ und Bassist bei SKD. Außerdem soll er in mehrere Diebstahlsaktionen des „Objekt 21“ verwickelt gewesen sein. Die Ermittler verdächtigten die sechs Personen, durch ihre teils engen Kontakte zum österreichischen Neonazi-Netzwerk Handgranaten nach Deutschland gebracht zu haben. Außerdem sollen Kelch, der wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz einschlägig vorbestrafte Mäder und Wagner versucht haben, Waffen, die bei der Zerschlagung in Österreich nicht gefunden wurden, an einen anderen Neonazi aus Erfurt zu verkaufen. Die Ermittler vermuteten, eine Frau aus dem Verein „Objekt 21“ habe mehrere Besuche in Thüringen genutzt, um Waffen bei den Neonazis sicher zu lagern. Spätestens im „Ballstädt-Prozess“ zeigte sich allerdings, dass sich die Angeklagten und ihr Umfeld von Ermittlungen und juristischen Schritten überwiegend unbeeindruckt gaben. Während das Verfahren vor dem Landgericht Erfurt lief, wurden weiterhin Konzerte organisiert, große Geldsummen generiert und neue Organisationsformen wie die „Turonen“ initiiert. Unterdessen haben sich die Neonazis aus dem Umfeld von SKD und dem „Gelben Haus“ noch ein zweites Standbein geschaffen und im knapp zehn Kilometer entfernten Ort Henningsleben eine neue Immobilie erworben. •

TITEL

„Insgesamt war der Fremdenhass hier das dominierende Motiv."

Hartes Urteil gegen Mitglieder der „Gruppe Freital"

KRISTIN PIETRZYK UND ALEXANDER HOFFMANN / RECHTSANWÄLTE DER NEBENKLAGE

Nach genau einem Jahr Verhandlung sprach der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden am 7. März 2018 das Urteil gegen die sog. „Gruppe Freital", die im Jahr 2015 unter anderem durch verschiedene Sprengstoffanschläge Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen in Freital terrorisiert hatte.

Das Urteil war mit Spannung erwartet worden, war doch nicht ganz klar, ob sich der Senat tatsächlich gegen die in wesentlichen Teilen der sächsischen Justiz vorherrschende Stimmung der Verharmlosung hinsichtlich der angeklagten Taten dazu durchringen würde, die Freitaler Gruppe als Vereinigung im Sinne des § 129a StGB und zumindest den Anschlag, bei dem Geflüchtete unmittelbar lebensgefährlich gefährdet wurden, als versuchten Mord zu qualifizieren. Bis zuletzt hatten die Verteidiger und Teile der lokalen Presse und Öffentlichkeit die Angriffe als „dumme Jungenstreiche", „Böllerwürfe" und die Motivation der Täter als „asylkritisch" zu verharmlosen versucht. Die Richter waren während des Verfahrens mehrfach hart angegriffen worden, sie würden die Vorwürfe aufbauschen um „ein Exempel zu statuieren". Einer der Verteidiger, ein aktives Mitglied von ProChemnitz, stellte in seinem Schlussvortrag dem Gericht sogar in Aussicht, dass es sich „dereinst" selbst wegen Freiheitsberaubung verantworten werden müsse, wie es auch DDR-Richtern ergangen sei.

Unbeeindruckt von diesen Androhungen verurteilte das Gericht die acht Angeklagten jedoch zu Strafen zwischen 10 Jahren Haft und 4 Jahren Jugendstrafe, wobei die niedrigste Strafe für ein erwachsenes Mitglied 5 Jahre beträgt. Einzig der nach Jugendrecht zu verurteilende Justin S. wurde aus der Untersuchungshaft entlassen und kann darauf hoffen, den Rest der Strafe zur Bewährung ausgesetzt zu bekommen.

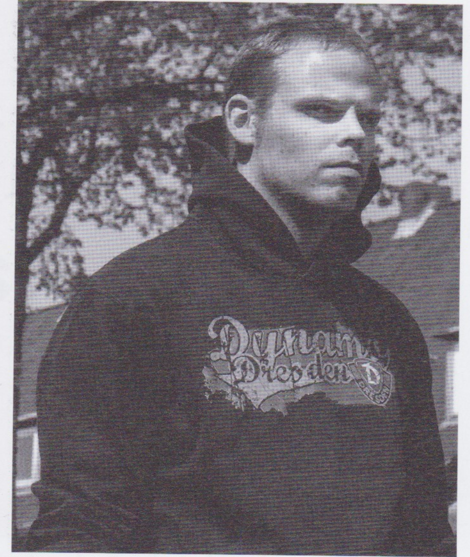
Das Urteil

Die als Rädelsführer der terroristischen Vereinigung angeklagten Timo Schulz und Patrick Festing wurden zu 10 Jahren bzw. 9 Jahren und 6 Monaten, Philipp Wendlin zu 8 Jahren und 6 Monaten, Maria Kleinert zu 5 Jahren und 6 Monaten, Mike Seidel zu 5 Jahren und 6 Monaten, Sebastian Weiß zu 5 Jahren und Rico Knobloch, der auch der Freien Kameradschaft Dresden zuzurechnen ist, zu 5 Jahren Haft verurteilt.

Die Verurteilung lautete auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und versuchter gefährlicher Körperverletzung für die Verwendung der in der Tschechischen Republik gekauften nicht zulassungsfähigen Sprengsätze und Versuchten Mord für den Anschlag auf die Geflüchtetenwohnung in der Wilsdruffer Straße, bei der vier Flüchtlinge nur mit großem Glück lebensgefährlichen Verletzungen entgingen. Über die Angriffe im einzelnen wurde bereits im AIB 113 (Die rechtsterroristische „Gruppe Freital") berichtet. Insofern bestätigte das Urteil die Anklage des Generalbundesanwalts fast vollständig.

Das Gericht stellte fest, dass die Motivation für die Taten und gleichzeitig der Konsens, der die inhaltliche Grundlage der Gruppe darstellte, ein aggressiver Fremdenhass und Rassismus war. Einige der Gruppenmitglieder, darunter der aus Hamburg stammende Timo Schulz, konnten eindeutig als Neonazis mit festgefügtem Weltbild eingeordnet werden. Der Angeklagte Wendlin fiel beispielsweise durch eine eindeutig nationalsozialistisch und stark antisemitisch geprägte Ideologie auf, ein positiver Bezug auf den Nationalsozialismus gehörte zum Umgangston innerhalb der Gruppe. Bei einigen Gruppenmitgliedern konnte allerdings nur ein „als diffus rechts darzustellendes Weltbild" durch das Gericht festgestellt werden, wie es in der mündlichen Urteilsbegründung ausgeführt wurde. Die aggressive Fremdenfeindlichkeit gepaart mit einem biologistischen Rassismus war jedenfalls als Bindeglied der Gruppe ausreichend und lieferte eine tragfähige Grundlage für ein gemeinsames Ziel und dessen Umsetzung: die Vertreibung von Geflüchteten, die Vertreibung von Menschen, die für ein friedliches Zusammenleben mit Geflüchteten und Nichtdeutschen eintreten, die Schaffung einer gesellschaftlichen Situation, in der der eh schon auf ein Minimum begrenzte





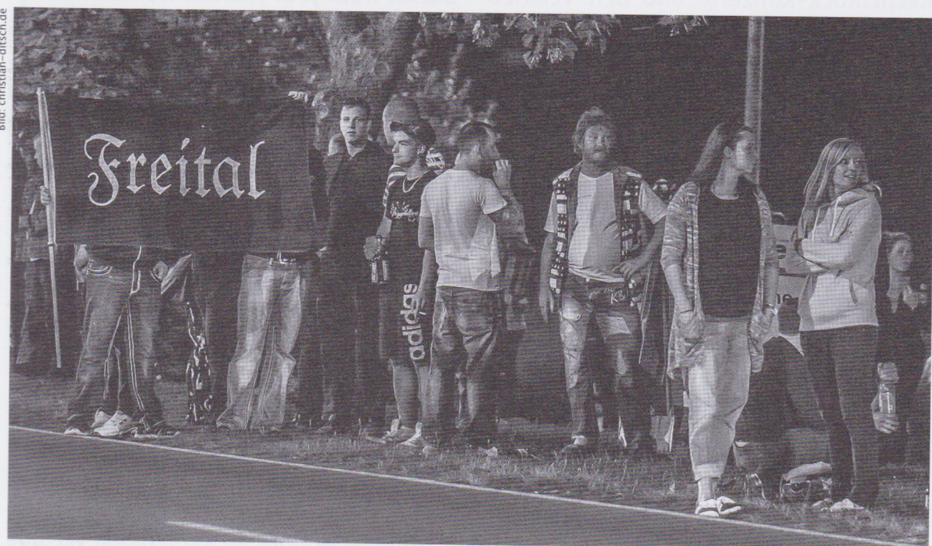


Bild: christian-ditsch.de

Die „Gruppe Freital" (**links oben**) war mit ihrer Fahne auch bei den rassistischen Ausschreitungen im August 2015 in Heidenau vor Ort (**links unten**).

Oben rechts: Timo Schulz von der „Gruppe Freital" bei einem Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 2012 in Neumünster.

Schutzanspruch Geflüchteter in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr durchzusetzen wäre.

Nach der über 70 Hauptverhandlungstage andauernden Beweisaufnahme war sich das Gericht sicher, dass sich die Angeklagten der tödlichen Wirkung der von ihnen verwendeten Sprengsätze bewusst waren und sie genau deswegen einsetzen. Damit sah das Gericht auch eine Variante des § 129a StGB, die Bildung einer terroristischen Vereinigung als gegeben. Darüber hinaus bejahte das Gericht jedoch eine weitere Variante des §129a: Nach Ansicht des Gerichts haben die Angeklagten durch ihre Straftaten das verfassungsgemäße Zusammenleben bekämpfen und Teile der Bevölkerung in erheblicher Weise einschüchtern wollen.

Auch wenn die Anwendung des § 129 a StGB immer kritisch gesehen werden muss, da es sich um eine Norm handelt, die die Strafbarkeit weit in den eigentlich straflosen Vorbereitungszeitraum verlagert und den Ermittlungsbehörden enorme Befugnisse gibt, so ist diese Entscheidung eine erhebliche Zäsur in der sächsischen Judikatur. Das höchste erstinstanzliche Gericht Sachsens führte die vom „Ersatz-König" Biedenkopf heraufbeschworene Mär von der sächsischen Immunität gegen Rechtsextremismus zu einem deutlichen Ende und erkannte gleichzeitig an, dass eine multikuturelle Gesellschaft sowie der Schutz von Geflüchteten und deren Unterstützer_innen eine wesentliche Säule des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedeutet. Damit setzte das OLG Dresden eine Messlatte für künftiges Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft in Sachsen: Wenn eine Vereinigung, die mit Gewalttaten das friedliche Zusammenleben von Deutschen, Einwanderern und Geflüchteten angreift, als terroristisch zu klassifizieren ist, müsste scharf gegen zahlreiche Gruppen und Kameradschaften vorgegangen werden.

Im Umkehrschluss machte das Gericht damit aber auch deutlich, dass die sächsischen Behörden vor Eingreifen der Bundesanwaltschaft genau diese Bewertung nicht vorgenommen und das Lebensrecht Geflüchteter und die gesellschaftliche Bedeutung von Angriffen auf dasselbe geringgeschätzt haben. Gleichzeitig trägt das Urteil dazu bei, eine Fehlerkultur in der sächsischen Justiz dahingehend entwickeln zu können, dass zukünftige Ermittlungen anders auszurichten sind. Ob sich dies durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Das schriftliche Urteil wird in den kommenden Monaten zu erwarten sein. Folgeprozesse, insbesondere wegen Unterstützung der „Gruppe Freital", sind nicht ausgeschlossen. Die politische und gesellschaftliche Einordnung des Prozesses, des Urteils, des Verhaltens verschiedener Prozessbeteiligter sowie Ergebnisse und Konsequenzen bedürfen einer eingehenderen Betrachtung. Hierzu beabsichtigen die Autor_innen in den kommenden Ausgaben an diesen zusammenfassenden Artikel anzuschließen. •

TITEL

„Combat 18"-Reunion aufgedeckt

EXIF-RECHERCHE.ORG

Wie eine antifaschistische Recherche bereits im Oktober 2016 aufdeckte, ist das rechtsterroristische Netzwerk „Combat 18" (C18) wieder aktiv. Seit vielen Jahren verharmlosen Behörden wie der Verfassungsschutz die Gruppierung. Nach früherer angeblicher Einsichtnahme in Dortmunder Strukturen kam die Behörde zu dem Schluss, dass zwar über Gewalt und Waffenbeschaffung geredet würde und es auch internationale Kontakte gäbe, es sich bei dem benannten Kreis jedoch eher um Personen handele, die redeten anstatt zu handeln. Im Laufe der Zeit hätten sich nun „klandestine Gruppenstrukturen" ergeben, die mit „echtem Terrorismus" nicht zu vergleichen seien.

Dabei handelt es sich bei dieser Gruppe um eine international vernetzte Struktur mit Mitgliedern, die mehrere schwerste Gewalttaten begangen haben und die sich heute auf das Konzept des bewaffneten Kampfes beziehen. Wenig verwunderlich, dass diese Struktur zuletzt im September 2017 Schießübungen in Tschechien absolvierte. Neonazis aus Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen waren daran beteiligt. Drei Monate später erklärte die Bundesregierung, von Waffentrainings bei „Combat 18" keine Kenntnis zu haben. Dabei ist dies nicht das erste Schießtraining der Gruppe. So konnten mindestens zwei weitere Trainings von C18-Mitgliedern festgestellt werden: 2014 in Holland und 2016 in Österreich.

B&H/C18

„Blood & Honour" (B&H) ist ein in Deutschland seit 2000 verbotenes Netzwerk, das RechtsRock-Konzerte und den Vertrieb neonazistischer Musik organisiert(e). In den 1990er Jahren gründete sich ein terroristischer Arm des Netzwerkes unter dem Namen „Combat 18" in England. Maßgebliche Führungspersonen waren Paul „Charlie" Sargent und William „The Beast" Browning. Browning veröffentlichte in einem C18-Magazin eine Anleitung zum Bombenbau und eine Liste mit potenziellen Anschlagszielen mit dem Kommentar: „Jetzt habt ihr die Technik, jagt die Bastarde in die Luft!". Browning initiierte 1997 in Zusammenarbeit mit Neonazis aus Skandinavien eine Briefbomben-Anschlagsserie. Ein Jahr später zerstritten sich die Führungskader, infolgedessen ein Gefolgsmann Sargents einen Anhänger Brownings tötete. Der blutige Streit lähmte und spaltete jahrelang die C18-Strukturen europaweit.

Restrukturierung 2012

Bereits Anfang 2012 begann der Prozess der Restrukturierung, ausgehend von dem serbischen C18-Anführer Dragan „Bajba" P. Am 23. Juni 2012 sollte ein Reunion-Treffen in Prag stattfinden, wofür Dragan P. sich an den damaligen C18-Anhänger Alexander Gorges wandte.

Zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme von Dragan P. war Gorges noch Mitglied der RechtsRock Band „Oidoxie", die international als C18-Band angesehen wird. Demnach ist es naheliegend, dass Gorges 2012 als Ansprechpartner für C18 in Deutschland adressiert wurde. Dragan P. schreibt: „Hello Alex!How are you? I hope good. Comrade who make stickers recived packet from you. Thanks! We will make in Prag on 23. june meeting of 28/318 so we need that some from Germany come. Every country will send 2 comrades. Can you speak with anothers and Germany to send some important 28/318 members on meeting. We need that serius comrades come who are 100 procent 318 we will talk about future work of 28/318 and another things. Best regards! P.S.-Marco write me say me he cant play at moment becouse of work, family..etc. I say him no problem any time O. want is welcome. Take care and all best." (Fehler im Original. 28/318 steht für BH/C18)

Gorges antwortet, dass der deutsche C18-Ableger über 80 Kameraden verfüge und sie zu dem Treffen kommen werden. Weiter sind zu dem Treffen Vertreter aus Italien, Schweiz, USA, England, Spanien, Niederlande, Frankreich und Litauen eingeladen. Aufgrund von gleichzeitig stattfindender polizeilicher Maßnahmen gegenüber Neonazis aus England wurde das Treffen allerdings abgesagt und verlegt, da auf eine Teilnahme der Mitglieder des Gründungslandes nicht verzichtet werden konnte. Dennoch besteht seit mindestens Mai 2012 eine internationale „Combat 18" Kasse, in die alle Mitglieder je 10 Euro pro Monat einzahlen sollen. Die Überweisungen werden über die Paypal-Adresse: combatflags@mail.com an den Niederländer Danny „Bookie" J. überwiesen. Diese Neustrukturierung wurde im Rahmen des Konzertes „Frihetsrock" mit „Oidoxie" am 3. März 2012 in Schweden beschlossen. Neonazis aus den skandinavischen Län-

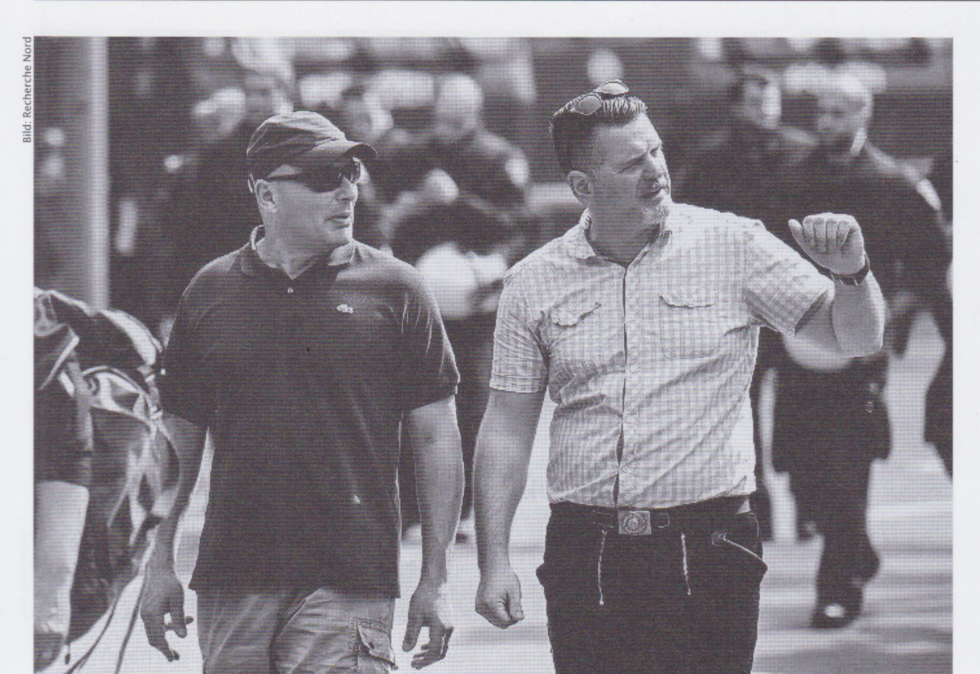


Bild: Recherche Nord

William Browning (links) und Thorsten Heise beim „Tag der deutschen Zukunft“ 2016 in Dortmund.

dern, den Niederlanden und England legten im Rahmen des Konzerts grundlegende Neuordnungen fest. Dazu zählte auch das Verhältnis zu der Neonazi-Bruderschaft „Hammerskins“.

Im Oktober 2012 folgte dann der zweite Versuch eines gemeinsamen Treffens. Die Schweizer C18-Division verschickte eine Mail mit dem Betreff „Reunion 28“ und folgendem Inhalt:

„Dear comrades. As everybody of you knows, europe and the whole white world is on the path to total chaos. Immigrant-gangs and zionist-laws makes life for whites harder day by day [...] We from 28/318 switzerland are interested for a metting with representatives from 28/318 from all over europe and usa to build a stronger network, and prepare ourselves for harder times. For this, we would like to organice a metting in may/june 2013 in switzerland“.

In jeder Division gibt es exponierte Personen, die als „Sergeant“ bzw. Kontaktleute in die anderen Städte/Länder fungieren. Zumeist sind dies Personen, die sich bereits jahrelang kennen und zudem befreundet sind. Zum heutigen „Combat 18“-Netzwerk zählen „Blood & Honour“-Divisionen aus Österreich, Polen, Ungarn, Schweden, Dänemark, Kolumbien, Brasilien und Chile. Sie tragen alle den Zusatz C18 und verwenden als Logo einen Drachen. Interne Nachrichten von Mitgliedern machen unmissverständlich klar, dass nur offizielle Mitglieder das „Combat 18“-Label tragen und verbreiten dürfen.

Vorläufer & Vorbilder

Als zentrale Figuren des gesamten Netzwerks gelten Thorsten Heise, Marko Gottschalk und William Browning. Alle drei sind seit über 20 Jahren treibende Kräfte unterschiedlicher Neonazi-Gruppierungen und der „Combat 18“-Kreise. Heise wurde von einem Aussteiger als C18-Kontaktmann für Deutschland benannt. Er hat international zahlreiche Kontakte und betreute den C18-Gründer Browning 2016 exklusiv beim „Tag der deutschen Zukunft“ in Dortmund. Beide kennen sich seit Mitte der 1990er Jahre. Am 21. Oktober 1995 spielte Browning mit seiner Band „No Remorse“ auf Heises Privatgelände ein Konzert. Die Wege zwischen den C18-Anführern sind recht kurz. Als bei einem C18-Konzert im Juni 2014 in Italien „No Remorse“ auftrat, spielte Gorges am Bass und Marko Gottschalk am Schlagzeug, William Browning fungierte als Sänger.

Dass nach Jahren scheinbarer Inaktivität 2016 diese drei Personen in Dortmund in der Öffentlichkeit gemeinsam auftreten, ist wohl kein Zufall. Aufgrund der von Marko Gottschalk 1995 gegründeten C18-Band „Oidoxie“ nahmen Dortmunder Strukturen bereits früh eine bedeutende Rolle für das C18-Netzwerk ein. Mit Songs wie „Terrormachine C18“ bekennt sich die Band offen zum „Combat 18“-Konzept. Die „Oidoxie“-CD „Life of Pain“ sowie die CD „Terrormachine“ wurden von Thorsten Heises Label produziert. Ab 2003 galt Gottschalk in der Szene als ein C18-Führungskader für Deutschland. Ein Jahr zuvor gründete er die „Oidoxie Streetfighting Crew“, die 2006 aus 43 Frauen und Männern bestand. Die Crew begleitete die Band zu Konzerten, übernahm mit dem sogenannten Saalschutz Security Aufgaben und war gleichzeitig Vernetzungszusammenhang zahlreicher militanter Neonazis. Gottschalk verließ 2012 seine Komfortzone in Dortmund mit einer Abschiedsparty und baute sich kurzweilig eine neue Existenz in Schweden auf. Als die Polizei Ende 2012 im Rahmen des Verbots der Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ seine Wohnung in Dortmund durchsuchen wollte, war diese bereits leer. Ob er als C18-Mitglied im Zuge der Selbstenttarnung des NSU und den darauffolgenden Ermittlungen in Deutschland nervös wurde, ist unklar. Fakt ist, dass er bereits 2016 wieder nach Deutschland zurückkehrte.

Gruppen aus dem heute ersichtlichen C18-Netzwerk kommen hauptsächlich aus den Ländern, in denen „Oidoxie“ regelmäßig Konzerte spielen. Hier zeigt sich eine Korrelation zwischen „Oidoxie“-Konzerten und „Combat 18“-Gruppierungen im Ausland. Jedes dritte „Oidoxie“-Konzert findet im Ausland statt. So wurde 2009 im Rahmen eines solchen die C18-Gruppe Italien von deutschen Neonazis aufgebaut.

Von der „Oidoxie Streetfighting Crew“ 2006 sind heute noch Robin Schmiemann und Michael H. relevant. Schmiemann hat in seiner Haftzeit Briefkontakt zu Beate Zschäpe aufgenommen. Er saß von 2007 bis 2015 in Haft, weil er während eines Überfalls auf einen Dortmunder Supermarkt auf einen Migranten geschossen hatte. Nach der Haft fand Schmiemann schnell wieder Anschluss an seine alte Gruppe und nahm ab da erneut an zahlreichen internen und öffentlichen Neonazi-Events teil.



Foto: Doku Archiv

Marco Gottschalk (vorne links) und Robin Schmiemann (vorne rechts) im Oktober 2017 bei einem Rechts-Rock-Konzert in Themar.

Michael H. aus Frankfurt/Oder gilt als eine der engsten Bezugspersonen Gottschalks. Er soll 2010 sogar zeitweilig der stellvertretende Crewleiter gewesen sein. In einer Stellungnahme der „Oidoxie Streetfighting Crew" zählte er folgende Gebiete zum Einzugsbereich der C18-Struktur:

„Von Frankfurt Oder, über Bayern und Norddeutschland bis nach Flandern und Schweden. Unterstützung bekommen wir unter anderem aus Italien, England, der USA und Kanada."

Die genannten Gebiete der Crew sind nahezu identisch mit den heutigen Standorten der C18-Zellen. Die „Oidoxie Streetfighting Crew" in ihrer alten Formation gibt es jedoch so nicht mehr. Durch Fluktuation, interne Streitereien, Repression oder die Enttarnung von Spitzeln veränderte sich die Struktur über die Jahre. Von den Neonazis, die mit ihren Verbindungen und internationalen Kontakten als Kern geblieben sind, geht momentan das Netzwerk aus. Ebenso wie damals weisen heutige Aktivisten Doppelmitgliedschaften in anderen Gruppen, Kameradschaften und Bruderschaften auf. Demnach war und ist mutmaßlich auch heute die „Streetfighting Crew" eine Art Vorläufer für das „Combat 18"-Netzwerk in Deutschland.

Combat 18 Deutschland & Skandinavien

Der deutschen Division von „Combat 18" können derzeit etwa 30 Personen aus zehn Bundesländern zugeordnet werden. Einige, wie Robin Schmiemann, treten in der Öffentlichkeit mit Kleidung von „B&H Sweden" auf. Vergangenes Jahr, am 28. Oktober 2017, zeigten sich in Themar Neonazis sowohl in „Streetfighting Crew"-Shirts als auch in „B&H Sweden"-Jacken. Die Vermutung, dass so polizeilichen Maßnahmen zuvorgekommen werden soll liegt nahe, da in Schweden im Gegensatz zu Deutschland kein Verbot von „Blood & Honour" vorliegt.

Neben aktuellen Bezügen von Gottschalk nach Schweden, lässt sich die Verbindung zwischen Deutschland und Skandinavien wesentlich weiter zurück verfolgen. Deutsche Neonazis hatten bereits in den 1990er Jahren gute Kontakte nach Skandinavien und machten gemeinsam Geschäfte im RechtsRock-Business. Die „B&H/C18 Division Scandinavia" wurde Mitte der 1990er Jahre von Marcel Schilf aufgebaut und nahm eine zentrale Rolle im damaligen Netzwerk ein. Das „Hauptquartier" von B&H Deutschland wurde 1993 in Dänemark eingerichtet.

Gottschalk hat seit mindestens 2000 Kontakte zu B&H in Skandinavien. Am 23. September 2000 fand ein Konzert mit der C18-Band „Weisse Wölfe" und „Oidoxie" bei dem damaligen Führungskader Marcel Schilf in Skandinavien statt. Damals wie heute mit dabei ist Marko „Jäsa" Järvinen. Er erlangte Berühmtheit in der Neonaziszene weit über Skandinavien hinaus, weil er unter anderem als „Kriegsberichter" Videos der Konzerte produzierte. Heute lebt er in Finnland und ist federführend an dem Aufbau der finnischen „Combat 18"-Gruppe beteiligt.

Durch den Umzug von Gottschalk nach Schweden im Jahr 2012 intensivierte sich die Verbindung in den letzten Jahren erneut, was deutschen Mitgliedern ermöglicht, unter deren Label Konzerte zu veranstalten. Regelmäßig fanden in den letzten Jahren in Skandinavien Konzerte statt, immer mit deutscher Beteiligung. Das letzte Konzert am 9. September 2017 wurde maßgeblich von deutschen Neonazis organisiert. Unter anderem stellte Robin Schmiemann die Security, den Transport vom Schleusungspunkt übernahm Lars Bergeest.

Mit Lars Bergeest aus Schleswig-Holstein hat ein weiterer C18-Anhänger jahrelange Kontakte in die skandinavischen Länder. Bergeest, ursprünglich aus der „Kameradschaft Cismar", lebte um 2006 mit einem Verantwortlichen des bekannten RechtsRock-Labels „Celtic Moon" in einer Wohngemeinschaft in Dänemark. Im Jahr 2008 wurden die Verantwortlichen von „Celtic Moon" gemeinsam mit Alexander Hardt und Thorsten Heise für die Produktion der illegalen Tonträger von „Kommando Freisler — Geheime Reichssache" verurteilt. Alexander Hardt, später Mitglied des „Bandidos MC", saß 2014 in Haft und galt viele Jahre als Führungskader der Region Neumünster. Hardt verschaffte sich gemeinsam mit Bergeest einen „guten Ruf" innerhalb der Neonaziszene. Im Jahre 2004 wurde bei einer Hausdurchsuchung in den Wohnräumen von Hardt ein Bekennerschreiben gefunden, das 2003 anlässlich eines Anschlags auf einen jüdischen Gedenkstein, der mit „Combat 18" Schriftzügen beschmiert wurde, verschickt worden war. Zum Prozess begleitete ihn damals unter anderem Marco Eckert aus Grube, der heute Mitglied bei den „Combat 18"-Bands „Sturmwehr" und „Oidoxie" ist und verantwortlich für den Versand „Sturm 18" zeichnet. Als im Juni 2016 in Dortmund viele zentrale C18-Aktivisten zusammen kamen, waren auch Lars Bergeest und Marco Eckert Teil der Gruppe.



Fotos: Exif-Recherche.org



links: Marco Eckert (1.v.l.), Michael H. (2.v.l.) und Lars Bergeest (re.) posieren Ende Januar 2015 im Dortmund

oben: Das neue Logo von C18-Deutschland

C18-Akteure in Deutschland

Die offensichtlich größte C18-Gruppe innerhalb Deutschlands stellt Nordrhein-Westfalen. Neben den zentralen Personen Gottschalk und Schmiemann ist Ingo S. aus Dortmund regelmäßig mit der Gruppe unterwegs. Im Mai 2017 besuchte Ingo S. den „Eichsfeldtag" in Begleitung der C18-Anhänger Jan H. aus Lünen, Thomas B. aus Waltrop und Patric K. aus Dortmund. Zudem ist Ingo S. gut befreundet mit Valerie G., die ebenfalls C18 zugehörig ist und gemeinsam mit Marko Gottschalk in Dortmund lebt. Zur NRW-C18-Gruppe gehört seit Jahren ebenso Daniel „Theo" K. aus Brilon.

Beim Eichsfeldtag 2017 ebenfalls anwesend war der C18-Anhänger Jan B. (Knüllwald/Hessen), der für die Schutzstruktur zuständig war. Mit Stanley R. (Kaufungen bei Kassel) nahm er 2014 an Schießübungen in Holland teil. Stanley R. gilt innerhalb der C18-Strukturen als einflußreiche Person. Ebenfalls zum C18-Kreis gehört der „Oidoxie"-Gitarrist Torge Nentwich.

Aus Mecklenburg-Vorpommern nimmt Martin Krause als Liedermacher „Division Voran" eine besondere Stellung im „Combat 18"-Milieu ein. Krause ist über die Musik bereits seit Jahren eng mit Eckert und Gottschalk verbunden, so arbeitet er häufig mit „Sturmwehr" und „Oidoxie" zusammen.

Aus Rheinland-Pfalz kommt ein besonders gewalttätiges Mitglied der Struktur: der Neonazi Alexander M. aus Wittlich. Als er einen Neonazi des Verrats verdächtigte, lockte er ihn mit einer weiteren Person in eine Falle und ermordete den vermeintlichen Verräter beinahe. Daraufhin saß er mehrere Jahre in Haft. Jüngst nahm er am „B&H/C18 Scandinavia" Konzert „Valhalla Calling" im schwedischen Vallakra teil.

Eine bezeichnende Vorgeschichte hat auch Nicole O., eine C18-Anhängerin aus Baden-Württemberg. Um 2005 wurde gegen sie wegen des Verdachts der Fortführung von bayerischen „Blood & Honour"-Strukturen ermittelt. Heute ist sie eingebunden in „Combat 18"-Kreise und international vernetzt. Besonders zum Sänger der polnischen C18-Band „L.T.W." pflegt sie gute Kontakte.

Als Thüringer „Combat 18"-Vertreter agieren die Brüder Mario K. und Tobias K., sowie Daniel St.. Alle Drei sind bereits viele Jahre Teil der Strukturen. Mario K. ist ebenso der „Oidoxie Streetfighting Crew" zuzuordnen. Im Februar 2018 reisten die Drei mit „Oidoxie" nach Eisenach und unterstützten die Band bei einem Auftritt.

Bis wieder einer stirbt...?

Sie besorgen sich Waffen, begehen Schießtrainings, aquirieren Gelder, vermarkten rechte Hetze und Mordaufrufe auf Tonträgern, organisieren Konzerte und halten konspirative Treffen ab, und das unter Beobachtung und Mitwirken des Verfassungsschutzes. Ob Oktoberfestattentat, NSU, Wehrhahn-Anschlag, „Blood & Honour" oder „Combat 18", bei vielen rechtsterroristischen Anschlagsserien der deutschen Nachkriegsgeschichte ist der Verfassungsschutz mit seinen V-Leuten nicht weit. Aufgeklärt oder verhindert wurde wenig, finanziert und aufgebaut eine ganze Menge. Wie ein schlechter Witz mutet es an, wenn Sondereinsatzkommandos nun dieses militante Netzwerk auf dem Rückweg ihres Schießtrainings aus dem tschechischen Cheb stellen und die „Combat 18"-Mitglieder wegen unerlaubten Besitzes von Munition Strafverfahren erwarten. Mehr als solche kurzlebigen PR-Kampagnen werden wohl auch in Zukunft nicht zu erwarten sein.

Der hier dargestellte Zusammenschluss zeigt nur einen Ausschnitt des international agierenden Netzwerks von über 100 Mitgliedern aus mindestens 18 Ländern, die sich dem bewaffneten Kampf und dem Prinzip des „führerlosen Widerstands" verschrieben haben. Viele Fragen bleiben aufgrund der Konspirativität der Struktur ungeklärt. Allerdings lässt sich festhalten, dass in den vergangen Jahren systematisch C18-Gruppen in weiteren Ländern aufgebaut wurden. Eine gewisse personelle Kontinuität in diesen „Combat 18"-Kreisen stellen Personen wie Thorsten Heise, William Browning und vor allem Marko Gottschalk bzw. die Band „Oidoxie" dar.

Thorsten Heise plant für den 20. April 2018, den Geburtstag von Adolf Hitler, im sächsischen Ostritz ein mehrtägiges Groß-Konzert. Anhand einiger geladener Bands und Personen könnte man auch von einer „Combat 18"-nahen Veranstaltung sprechen. Dass die zu erwartenden Einnahmen in fünfstelliger Höhe auch dem C18-Netzwerk zugute kommen könnten, ist daher zu befürchten. •

Diese Recherche basiert auf der Zusammenarbeit vieler antifaschistischer Recherchegruppen und Einzelpersonen.

NS-SZENE

Neue rechte Bündnisse in Südbrandenburg deuten an, wie die rassistische Protestbewegung weiterarbeiten könnte.

Musterstadt Cottbus

Anfang 2018 machte die Großstadt Cottbus in Südbrandenburg bundesweite Schlagzeilen. Die Berichte drehten sich um „Auseinandersetzungen zwischen Migranten und Deutschen" und um die damit einhergehenden Proteste in der Bevölkerung, die der Verein „Zukunft Heimat" organisiert hatte.

Zuerst: Spontan und lokal entstanden ist nichts an den Protesten. „Zukunft Heimat" ist ein Verein, der aus dem Spreewaldort Golßen stammt, satte 70 Autokilometer von Cottbus entfernt. Bereits im Mai 2017 hatte der Verein den Schwerpunkt seiner Aktivitäten nach Cottbus verlegt und dort bis zum Jahresende ein Dutzend Demos veranstaltet. Die Großmobilisierungen im Januar 2018 mit bis zu 2.500 Teilnehmenden sattelten auf einer langen Vorarbeit. Die vielzitierten Straftaten von Geflüchteten in der Stadt waren lediglich Anlass, nicht aber der Grund für die Großdemos.

Bundesweit sind die massenhaften rassistischen Straßenproteste der Jahre 2015 und 2016 an ihre Grenzen gekommen. 2017 wurden die „Pegida"- oder „Nein zum Heim"-Aufmärsche seltener und kleiner. Dem Milieu geht es trotzdem prächtig — Bewegungsinstitutionen und -publizistik sind am Wachsen, die Bewegungspartei AfD verfügt jetzt über 157 Landtags- und 92 Bundestagsmandate. Wie geht es weiter mit dem organisierten Rassismus? Welche Rolle nehmen dabei Straßenproteste ein? Am Beispiel Cottbus lassen sich einige Aspekte dieser Fragen diskutieren. Nämlich welche Sorte von Organisation „Zukunft Heimat" ist, welche Voraussetzungen den Verein nach Cottbus lockten und welche Partner ihm zur Verfügung stehen.

„Zukunft Heimat" gründete sich 2015 aus dem Vorläufer „Pro Zützen", der sich gegen die anstehende Unterbringung von Geflüchteten in einem Golßener Ortsteil einsetzte. Von Beginn steht „Zukunft Heimat" eine Doppelspitze aus Christoph Berndt (Krankenhaus Charité in Berlin) und Anne Haberstroh (Friseurin) vor. Der Verein organisierte mehrere größere Aufmärsche in der Region, bevorzugt da, wo Asylunterkünfte errichtet werden sollten. Im Oktober 2015 in Lübbenau kamen beispielsweise 900 Leute zusammen. Für eine Stadt, in der insgesamt 16.000 Menschen leben, ist das eine hohe Zahl. Parallel zur rassistischen Agenda verfolgte der Verein in Folgezeit auch das Ziel, sich lokalpolitisch in Golßen einzubringen, beispielsweise für den Neubau eines Radweges oder die Pflege eines Feuerwehrhauses. Auf diese Weise wurde das Bild des engagierten Heimatvereins gepflegt und die Verankerung in den dörflich geprägten Sozialstrukturen gefestigt.

Schon damals pfiffen es die Spatzen von den Dächern, dass sich „Zukunft Heimat" eng am Neonazismus bewegte. 2012 war in der Region die Neonazigruppe „Spreelichter" verboten worden, die durch ihre „Unsterblichen"-Kampagne und die markante Parole „Die Demokraten bringen uns den Volkstod" bundesweit bekannt war. Die „Spreelichter" hatten nach ihrem Verbot in einem Kommuniqué verkündet, künftig ohne Gruppennamen „auf politischen Veranstaltungen oder mit Wort und Tat" auf den „drohenden Volkstod" aufmerksam zu machen. Layout und Präsentation der „Zukunft Heimat"-Aktionen waren denen der „Spreelichter" stilistisch ähnlich, die Neonazi-Aktivisten nahmen an den Veranstaltungen teil und dokumentierten das Geschehen. Der ehemalige „Spreelichter"-Anführer Marcel Forstmeier ließ sich bei einer Veranstaltung in Berlin zusammen mit der „Zukunft Heimat"-Chefin Haberstroh ablichten.

An den Demos nahmen auch „Identitäre" teil und „Zukunft Heimat" kooperierte von Anfang an mit dem extrem rechten Vernetzungsbüro „Ein Prozent" und besonders eng mit der AfD. „Zukunft Heimat"-Aktivist seit frühen Tagen ist der Lübbenauer Dachdecker und AfD-Funktionär Marian von Stürmer. Gemeinsam machten Verein und Partei gegen die 100 Geflüchtete mobil, die in Lübbenau-Kittlitz untergebracht wurden. Man profitierte gegenseitig: Im März 2016 kam von Stürmer bei der Lübbenauer Bürgermeisterwahl auf 34 Prozent Stimmanteil.

Der Gang nach Cottbus im Mai 2017 war für „Zukunft Heimat" nur konsequent. Aus den Kleinstädten wagte sich der Verein damit in eine Großstadt und konnte dennoch der Logik seiner bisherigen Interventionen entsprechen. Die Stimmung in der Stadt war günstig. Schon im Herbst 2015 hatten im Plattenbaubezirk Sachsendorf hunderte Cottbuser eine Polizeikette überrannt und um ein Haar eine damals frisch eingerichtete Asylunterkunft gestürmt. Die Stadt ist ein Hotspot rechter Organisierung. Die NPD ist im Stadtparlament vertreten, das Rechtsrocklabel „Rebel Records" hat hier seinen Sitz, ebenso



Foto: Recherche Netzwerk Berlin

Treffen der Generationen: Der Sänger der Rechtsrock-band „Frontalkraft" Sten Söhndel (1) demonstriert mit Markus W. (2) von den Identitären in Cottbus

bei Neonazis beliebte Kleidungsmarken wie „Label 23" und „Black Legion". Wichtiger noch: Beim FC Energie Cottbus verstärkte sich in den letzten Jahren mit dem sportlichen Verfall die Dominanz rechter Hooligans, oft mit Anbindung an Rocker- und Rotlichtszene. Die führende Gruppe „Inferno Cottbus" stand seit jeher den „Spreelichtern" nahe. Die selbsterklärte Auflösung von Inferno 2017 nach kritischen Medienberichten hat in Wirklichkeit wahrscheinlich nie stattgefunden. Aus diesem Milieu stammt auch der prominenteste Messerstecher der Stadt. Neonazi Markus Walzuck war nicht nur Energie-Hooligan, sondern als zeitweiliger Kickbox-Europameister ein gefeierter Sportler in der Stadt, bis er 2013 ein Hells-Angels-Mitglied mit Messerstichen schwer verletzte. Mittlerweile ist Walzuck wieder auf freiem Fuß.

Diese Cottbusser Gemengelagen nähren eine Alltagskultur, die teilweise von Rassismus geprägt ist. Für soziale Problemlagen, für Arbeitslosigkeit und für das verbreitete Gefühl des Abgehängtsein werden Geflüchtete verantwortlich gemacht. Auf der anderen Seite: Es gibt eine Universität, an der auch viele Nichtdeutsche studieren, eine alternative Szene, ein Kulturleben und eine gewisse Konstanz antifaschistischer Arbeit. 2013 und 2014 konnte das linke Bündnis „Cottbus Nazifrei" zwei Mal einen NPD-Aufmarsch erfolgreich blockieren.

Die Stadt hat dennoch keine lebendige Tradition des Zusammenlebens verschiedener Kulturen oder Lebensentwürfe entwickelt. Lediglich der in der Region ansässigen, sorbischen Minderheit wird ihre Folklore zugestanden. Deren Trachtenumzüge werden bewundert und von offizieller Seite wird darauf geachtet, alle Straßenschilder zweisprachig zu beschriften. Die rund 2.000 nichtdeutschen Studierenden hingegen leben während ihres zeitlich begrenzten Aufenthalts in der Stadt meist relativ isoliert in den Studentenwohnheimen am Campus.

Der Anteil von „Fremden" an der Bevölkerung war im kollektiven Bewusstsein der Stadt immer geringer, als er es heute ist. 2013 sollen es 2.300 „Ausländer" gewesen sein, Ende 2017 dann 8.500. Der Zuzug von insgesamt 4.300 Geflüchteten ist im Alltag der Stadt durchaus sichtbar. Ganz sicher sind mit einem Bevölkerungszuwachs auch Herausforderungen verknüpft. Aber Cottbus hatte über Jahre gute Voraussetzungen durch eine funktionierende Sozialarbeit, mit der Konflikte bearbeitet wurden; auch gab es einen Konsens in der Stadtpolitik gegen Neonazis. Durch den Wechsel an der Stadtspitze von SPD zur CDU verschoben sich die Problemlösungsstrategien zunehmend ins Autoritäre. Im vergangenen Sommer kam es an der Stadthalle, einem zentralen Cottbuser Platz, zu Belästigungen durch das dortige Trinkermilieu und herumlungernde Jugendliche. Die Stadt installierte Überwachungskameras, verstärkte Polizeistreifen, erließ ein Alkoholverbot. Welch Wunder: Die sozialen Probleme sind so nicht gelöst worden. Die Aktivitäten der Trinkerszene verlagerten sich lediglich auf benachbarte Orte. Gerade während der Wintermonate ist so das Einkaufzentrum „Blechen Carré" zu einem Aufenthaltsort geworden. Dort halten sich auch jugendliche Geflüchtete auf.

Die Nichtdeutschen werden in der Stadt als Störenfriede, als Verantwortliche für soziale Verwerfungen und Kriminalität wahrgenommen. Auf Geflüchtete in der Stadt lastete von Anfang an ein immenser, von Rassismus angetriebener Druck. Die jungen Geflüchteten am „Blechen Carré" erleben dies besonders drastisch und antworten mit nicht einheg- und vermittelbaren Mustern. Ein deutscher Jugendlicher, der seine Freizeit offenbar meist draußen in der „problembelasteten" Innenstadt verbringt, beschrieb einem Fernsehteam mit ernster Miene, wie er syrische Jugendliche erlebt: „Wenn man denen keinen Respekt zeigt und die anrempelt, wenn man die böse anguckt, dann fühlen die sich bedroht. Und dann holen die ihren Gürtel raus oder ein Messer."

Genau diese gesellschaftliche Stimmung machte die Intervention von „Zukunft Heimat" in Cottbus so naheliegend. Im Mai 2017 gab es in der Stadt eine Prügelei zwischen betrunkenen Deutschen eines Junggesellenabschieds und einer Gruppe syrischer Geflüchteter. Die Hintergründe sind unklar. Fest steht, dass mehrere Syrer und mehrere Deutsche verletzt wurden. Diesen Vorfall zog „Zukunft Heimat" heran, um zu erklären, dass es einen „Brennpunkt Cottbus" gebe und dass man deshalb in der Stadt Demonstrationen abhalten werde.

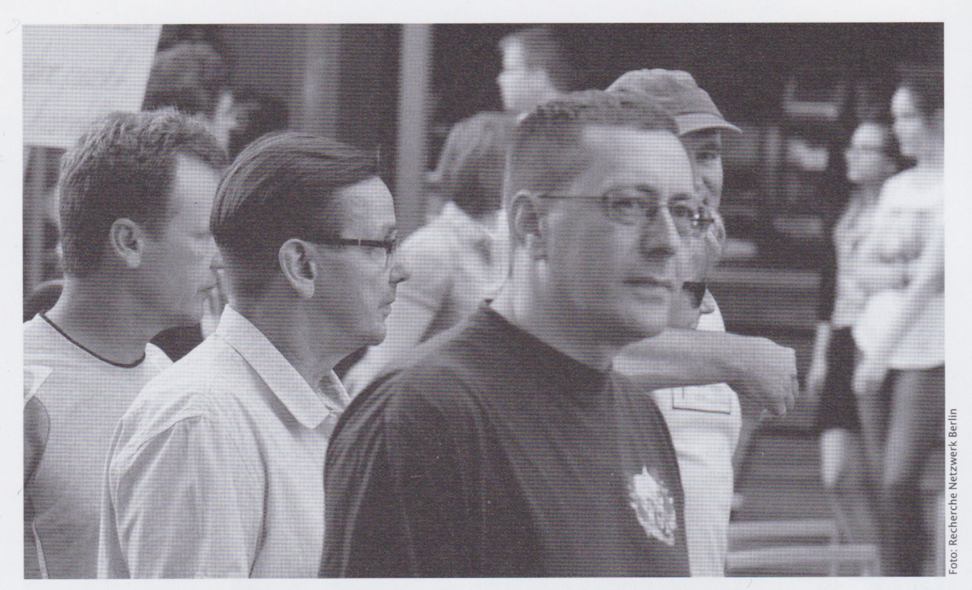

Der Haupttäter der rassistischen Hetzjagd in Guben 1999, Alexander Bode (vorne) bei einer Demonstration in Cottbus.

Foto: Recherche Netzwerk Berlin

Der Ablauf der dann folgenden, zweiwöchentlichen Aufmärsche war, von kleinen Ausnahmen abgesehen, immer gleich: Treffen auf einem Platz in der Innenstadt, dort wurden Reden gehalten, dann ein kurzer „Spaziergang" nach Pegida-Vorbild. Das Publikum war ein Querschnitt aus rechten Hooligans, Rechtsrock-Fans, ein paar NPDlern, AfD-Abordnungen und den inzwischen sprichwörtlichen „besorgten Bürgern". Ähnlich wie in Dresden schirmten Angehörige der Hooliganszene die Veranstaltungen nach Außen ab. Mehrmals kam es am Rande zu Übergriffen auf Protestierende und auf Presseleute. Hinzu kommen einige rassistische Gewalttaten nach „Zukunft Heimat"-Demonstrationen. Allgemein ist das Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt in der Stadt seit Jahren auf höchstem Niveau. Die große Mehrheit des Demonstrations-Klientels rekrutierte sich aus Cottbus und Umgebung — auch wenn zum Beispiel nicht wenige Pegida-Fans aus dem nicht fern gelegenen Dresden unterstützt haben dürften.

Die inhaltliche Gestaltung lag nicht allein bei „Zukunft Heimat". Zu Wort kamen neben der AfD beispielsweise ein Pegida-Aktivist, ein Vertreter der völkischen Netzwerkagentur „Ein Prozent" und ein „Identitären"-Funktionär. „Ein Prozent" würdigte Cottbus als „Widerstandsnest". Die „Identitären" gründeten eine Ortsgruppe und kletterten für eine Banner-Aktion auf der Stadthalle herum. Der Resonanzraum für „Zukunft Heimat" liegt in der Region, das Kampagnen-Knowhow und die Vernetzung haben eine bundesweite Dimension. Die Breite des Bündnisses wurde bei den Demonstrationen immer wieder hervorgehoben, denn sie schütze auch vor „Extremismus"-Vorwürfen. „Es kann uns scheißegal sein, was in irgendeinem Verfassungsschutzbericht steht, was für Lügen dort verbreitet werden", proklamierte der „Ein Prozent"-Vertreter Jean-Pascal Hohm, sonst AfD-Jungpolitiker und bei Identitären-Aktionen zugange. Das Bündnis war und ist ein Gegenbündnis der Unzufriedenen. Zum Feind gehören Geflüchtete, bundesweite Presse, Antifa und Bundespolitik — aber auch Einheimische wie Bürgermeister, Lokalzeitung, Sozialarbeit und Stadtpolitik. Der Claim ist: Wir sind die „Normalen", die sich gegen die Herrschenden und die Linken zur Wehr setzen. Hinweise und Kritik an den extrem rechten Verstrickungen werden von „Zukunft Heimat" bei den Aufmärschen in der Regel offensiv thematisiert. Bei „Nazi-" und „Rassismuskeule" handele es sich um haltlose Anwürfe, um schlimme Beleidigungen der Cottbuser Bevölkerung.

Hauptkooperationspartner für „Zukunft Heimat" war und ist die AfD. Kaum eine Versammlung kommt ohne Partei-Redebeitrag aus. Die „Zukunft Heimat"-Aufmärsche waren ganz deutlich AfD-Wahlkampfhilfe für die Bundestagswahlen, so wie zuvor für die Bürgermeisterwahl in Lübbenau. Am Dienstag vor der Bundestagswahl richtete die AfD ihren Wahlkampfabschluss auf dem Altmarkt in Cottbus aus. Andreas Kalbitz, AfD-Landesvorsitzender mit gut dokumentierter extrem rechter Biographie, ging in die Vollen und hetzte gegen das „Multikultopia der Willkommensextremisten". Nach der Wahl verkleinerten sich die „Zukunft Heimat"-Demos rasant, denn man hatte das Etappenziel erreicht. Die AfD war in Cottbus und dem umliegenden Landkreis Spree-Neiße mit 26,8 Prozent zur stärksten Kraft geworden. Deutlich über dem Landesschnitt von 20,2 Prozent. Das offene Bündnis der AfD mit „Zukunft Heimat" und seinem auch neonazistischen Klientel hat sich also ausgezahlt.

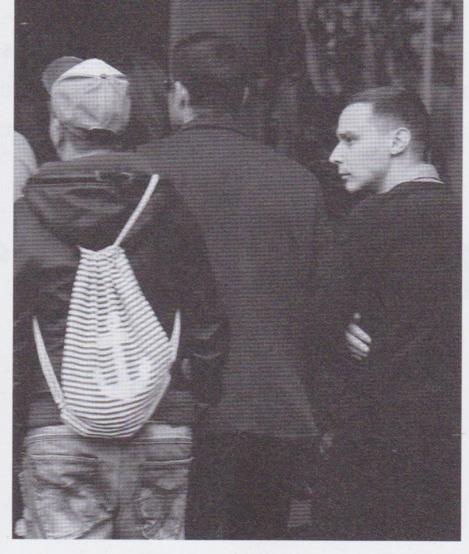
Das genau durchdachte und choreographierte Zusammenspiel zwischen lokalen Zielgruppen, der Protestorganisation, den Bewegungsorganisationen und der Partei AfD ist es, was das Politikmodell von „Zukunft Heimat" auszeichnet. Von der Diffusität, die durchaus ein Merkmal der Dresdener Pegida zu ihren Hochzeiten war, ist in Cottbus nichts mehr auszumachen.

Die Rasanz der Mobilisierung hebelte die in der Stadt bewährten antifaschistischen Gegenstrategien aus. Breite und massenhafte Blockaden waren angesichts der Größe der rassistischen Aufmärsche wenig aussichtsreich. Die Gegenstrategien wirkten darum zeitweise hilflos. An mangelnden Fleiß lag es nicht: etliche Aufmärsche von „Zukunft Heimat" wurden im Jahr 2017 von Gegenaktionen begleitet. Selten wurde in der Stadt so viel und ausgiebig antifaschistisch demonstriert. Das reichte nur eben nicht aus oder war nicht das geeignete Mittel, um die ins Rollen gebrachte rassistische Dynamik zu stoppen.

An Silvester rief „Zukunft Heimat" noch einmal zu einer Kundgebung an der Stadthalle auf, an der nur noch zweihundert Personen teilnahmen. In der Nacht darauf prügelten und jagten Rechte mehrere Geflüchtete und drangen in deren Unterkunft im Stadtteil Sachsendorf ein.

Was dann zum Jahresbeginn 2018 geschah, gab „Zukunft Heimat" den erhofften Schub für ihre Mobilisierung. Am „Ble-


Foto: Paul Hanewacker



Anne Haberstroh von „Zukunft Heimat" mit dem Neonazi Marcel Forstmeier bei einer COMPACT-Veranstaltung in Berlin.

chen Carré" kam es zu einer Rangelei zwischen syrischen Jugendlichen und einem Ehepaar. Verletzt wurde niemand, aber ein Messer wurde gezogen und das Paar bedroht. „Zukunft Heimat" rief wegen des Vorfalls zu einem weiteren Aufmarsch auf. In die kurze Mobilisierungszeit fiel eine neue Nachricht: Fast am gleichen Ort war ein deutscher Jugendlicher von einem syrischen Jugendlichen im Gesicht verletzt worden. „Zukunft Heimat" nutzte diese Konstellation aus. Das Szenario eines aufziehenden Bürgerkrieges, das von der Neuen Rechten seit Jahren beschworen wird, schien sich zu bestätigen. Der extrem rechte Publizist Götz Kubitschek erklärte im Februar in der Zeitschrift „Sezession" Ereignisse wie „Köln", „Kandel" und auch „Cottbus" zu Vorboten des kommenden großen Knalls.

Über die eigenen Social-Media-Kanäle verbreitete „Zukunft Heimat" die eigene Deutung der Ereignisse mit hoher Effizienz und ebenso hoher Professionalität. Einzelne Beiträge wurden über eintausend Mal geteilt, was auch auf die aktive Unterstützung eines neurechten Netzwerks im Hintergrund hinweist.

Die schnell organisierte Kundgebung im Januar war mit 1.500 Personen ein voller Erfolg. Von überall her strömten Pressevertreter und Kamerateams in die Stadt. Die Berichte übernahmen nicht selten wortgetreu die Bezeichnung „Brennpunkt Cottbus", die „Zukunft Heimat" bereits im Mai des Vorjahres eingeführt hatte.

Für die Folgewoche wurde aus den Reihen der Geflüchteten-Community und unterstützt von „Cottbus Nazifrei!" zu einer Demonstration „Gegen die Angst" aufgerufen. Rund 1.500 Menschen kamen zu einer der größten antifaschistischen und antirassistischen Demonstrationen der Stadtgeschichte, die einen medial vielbeachteten Kontrapunkt zu der rechten Agitation setzte. Nur: Die schnell für den gleichen Tag einberufene „Zukunft Heimat"-Versammlung relativierte mit ihren rund 2.500 Teilnehmenden den Effekt der antirassistischen Aktion. Der politische Gewinn für „Zukunft Heimat" aus den Januar-Ereignissen ist als hoch einzuschätzen. Das „Cottbus" zum Chiffre für „Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Geflüchteten" wurde und wochenlang in den Medien verhandelt wurde, ist direktes Ergebnis der Demonstrationspolitik des Vereins. Die Verhältnisse in Cottbus sind durch „Zukunft Heimat" über Monate eskaliert worden, um dann erfolgreich und wirksam ein Deutungsmuster der Misere vorzugeben.

CDU-Bürgermeister Holger Kelch eilte vor den Innenausschuss des Landtages und malte ein möglichst düsteres Bild von den Zuständen seiner Stadt. Kein Wunder, dass „die Bürger" besorgt sind und auf die Straße gehen. Kelch gab Anekdoten zum Besten, die unterstrichen, dass nicht alle Geflüchtete in Cottbus „pflegeleicht und dankbar" seien. Der Einsatz wurde belohnt: Vom Land bekommt die Stadt mehr Polizei, eine Stärkung der Sozialarbeit und vor allem das Versprechen, erst einmal keine neuen Geflüchteten aufnehmen zu müssen. Mehr noch: Der Regionalsender RBB meinte Ende Februar, ein Dialogformat organisieren zu müssen, bei dem „Zukunft Heimat" im Verbund mit der AfD zur besten Sendezeit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen die eigenen Forderungen präsentieren durfte. So wurde das Gefühl der eigenen Wirksamkeit auf Seiten des „Zukunft-Heimat"-Klientels massiv gestärkt: Wenn ihr fleißig demonstriert, wenn ihr mit Neonazis kooperiert, wenn ihr rassistische Gewalt einsetzt, dann sorgen wir dafür, dass ihr Aufmerksamkeit bekommt und nicht mehr von Geflüchteten „belästigt" werdet. Gönnerhaft verkündete AfD-Landeschef Kalbitz im Deutschlandfunk-Interview, das man versuchen solle, die „momentane Lage zu beruhigen". Monate vorher hatte Kalbitz mit seiner Wahlkampf-Hetzrede die Stimmung in der Stadt aktiv befeuert.

Wie geht es weiter? „Zukunft Heimat" hat bereits neue Aufmärsche angekündigt und will aus dem „Brennpunkt Cottbus" einen „Leuchtturm Cottbus" machen. Beim österreichischen Kongress „Verteidiger Europas" präsentierte „Zukunft-Heimat"-Vereinschef Christoph Berndt sein Konzept bereits international als nachahmenswert. Und regional sind neue Wahlkämpfe zu bestreiten. Im April sind Landratswahlen in mehreren Südbrandenburger Kreisen. Die AfD dürfte sich keine schlechten Chancen ausrechnen. Auf Seiten der Brandenburger CDU werden die mit dem „Zukunft Heimat"-Aktivismus verknüpften Erfolge aufmerksam registriert. 2019 stehen in Brandenburg Landtagswahlen an. CDU-Fraktionschef Ingo Senftleben warnte vor einem AfD-Flächenbrand in Südbrandenburg, kündigte aber ebenfalls an, im Falle eines Wahlsieges seiner Partei auch mit der AfD das Gespräch zu suchen. Die Aussicht, mithilfe von CDU-Steigbügelhaltern die Option zu einer Regierungsbeteiligung zu eröffnen, dürfte das Protestspektrum weiter beflügeln. •

NS-SZENE

Die Neonazi-Partei „Der III. Weg" unterhält gute Beziehungen ins Ausland — auch in Staaten wie Syrien und den Libanon. Dabei profitiert die Organisation teilweise von Verbindungen, die Aktivisten des verbotenen „Freien Netzes Süd" geknüpft haben.

Der „III. Weg" International

JOHANNES HARTL

Lange hat die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg" nicht gewartet, um ihre ersten Auslandsbeziehungen aufzunehmen. Kurz nach ihrer Gründung im September 2013 hat die Organisation erste Kontakte in andere Staaten geknüpft, darunter insbesondere in die osteuropäischen Länder Tschechien und Ungarn sowie nach Griechenland. So hat sich die Partei am 15. Februar 2014 prominent an einem Aufmarsch im tschechischen Karlsbad beteiligt, wo als Ersatz für die jährlichen Aktionen in Sachsen ein „Trauermarsch" unter dem Motto „Ein Licht für Dresden" durchgeführt wurde. Als Redner waren damals die Führungskader Tony Gentsch und Matthias Fischer sowie der Parteivorsitzende Klaus Armstroff aufgetreten.

Es blieb nicht der einzige Kontakt, den die Neonazis ins Ausland suchten. Schon im Januar desselben Jahres hatte sich eine Delegation — ebenfalls unter der Begleitung von Armstroff — am sogenannten Imia-Marsch in Griechenland beteiligt. Die Demonstration wird von der neofaschistischen Partei „Chrysi Avgi" (Goldene Morgenröte) ausgerichtet und gilt als einer der größten Aufmärsche Europas. Sie bezieht sich auf den territorialen Streit zwischen Griechenland und der Türkei um die gleichnamige Insel, bei dem 1996 drei Mitglieder einer griechischen Hubschrauberbesatzung ums Leben gekommen waren. Die „Goldene Morgenröte" nutzt diesen Vorfall seit 1997 für ihre politischen Zwecke.

Mit der Teilnahme an der Aktion in Athen wollte „Der III. Weg" seine „Solidarität mit den Gesinnungsfreunden" ausdrücken und „die Beziehung volkstreuer Kräfte innerhalb Europas weiter ausbauen", heißt es auf der Website der Partei. Tatsächlich ist das ein erklärtes Ziel der militanten Neonazi-Gruppierung, welches sie seit 2013 konsequent verfolgt. Dabei dürften sich nach der Neugründung bestehende Verbindungen als hilfreich erwiesen haben, die der bayerische Kameradschaftsdachverband „Freies Netz Süd" (FNS) einst ins Leben gerufen hat. Das neonazistische Netzwerk war 2013 zum Ziel einer Razzia geworden, die das bayerische Innenministerium mit dem Ziel durchgeführt hat, die Organisation zu verbieten. Daraufhin haben dessen Aktivisten die lokalen Strukturen weitgehend in die neue Partei überführt, sodass das FNS bis zum Verbot im Juli 2014 keinerlei Relevanz mehr besaß[1].

Neben den Strukturen hat das verbotene Netzwerk offenbar auch seine Verbindungen in andere Staaten miteingebracht. So befanden sich unter den Angehörigen der Delegationen bekannte Aktivisten, die sich jahrelang in führender Funktion im FNS engagiert haben. Beim „Tag der Ehre" in Budapest am 11. Februar 2017 trat beispielsweise Matthias Fischer als Redner auf, inzwischen Leiter des „Gebietsverbands Mitte"[2]. Vor seinem Umzug nach Brandenburg war der vorbestrafte Neonazi der zentrale Führungskader des FNS. In dieser Funktion war er am „Deutsch-Ungarischen-Freundeskreis" beteiligt und mehrfach als Redner bei den Aktionen in Budapest aufgetreten.

Auch bei den Kontakten nach Griechenland dürfte Fischer eine Rolle gespielt haben. Im Zusammenhang mit dem „Imia-Marsch" 2014 gab er der Publikation „Empros" ein Interview, die mit der „Goldenen Morgenröte" verbunden ist. Er sprach dort über die „speziellen Beziehungen zwischen Deutschen und Griechen heute und damals". Zudem war Fischer 2013 noch als FNS-Führungskader nach Athen geflogen, um die Räumlichkeiten der „Chrysi Avgi" im Parlament zu besuchen und sich mit Vertretern der Partei auszutauschen. Zuvor waren griechische Neonazis im November 2012 bereits zu einem „kulturpolitischen Ausflug" nach Nürnberg gereist, wo sie an einer Stadtführung zur nationalsozialistischen Vergangenheit teilnahmen haben[3].

Mittlerweile sind die Beziehungen nach Osteuropa und nach Griechenland gefestigt, was vorwiegend durch regelmäßige Kooperationen sichtbar wird. In den letzten Jahren waren Aktivisten der Partei zum Beispiel wiederholt nach Ungarn und Griechenland gereist, um sich an den dortigen

Aktionen zu beteiligen. Umgekehrt waren Angehörige der jeweiligen Partnerorganisationen mit derselben Intention nach Deutschland gekommen — unter anderem nahmen ungarische Neonazis an internen Veranstaltungen deutscher „Kameraden" teil oder marschierten bei deutschen Aufmärschen mit, etwa am 1. Mai 2014 in Plauen, am 1. Mai 2015 in Saalfeld oder am 1. Mai 2017 in Gera. Griechische Neonazis beteiligten sich am 24. Juli 2017 wiederum an einer „Sonnwendfeier" in Brandenburg und standen im Januar 2015 für eine „Live-Schaltung" nach Brandenburg zur Verfügung.

Zuletzt hat die neonazistische Partei weitere Beziehungen in andere Länder geknüpft. Am 18. Februar 2017 ist in Würzburg etwa Simon Lindberg, Kopf der rechtsterroristischen „Nordischen Widerstandbewegung", bei einem „Trauermarsch" des „III. Weg" aufgetreten. Der schwedische Neonazi konnte dort unbehelligt eine Rede halten und gab der Organisation im Vorfeld ein Interview, das diese auf ihrer Website veröffentlichte. In dem Gespräch stellte Lindberg unumwunden klar, welche politische Zielsetzungen er letztlich verfolgt: „Meine Vision ist, dass alle Weißen auf der Welt endlich erwachen und den Zionismus bekämpfen und ihn diesmal besiegen", so der Neonazi. „Ich sehe die Zukunft in starken und unabhängigen Nationen, welche gut zusammen kooperieren und sich gegenseitig respektieren. Entweder das, oder unsere Rasse wird untergehen."

Für besonderes Aufsehen sorgte eine Reise nach Syrien, die „Der III. Weg" zwischen Ende April und Anfang Mai 2016 durchgeführt hat. Ermöglicht wurde diese Tour durch die „European Solidarity Front for Syria" (EFES) — ein europaweit aktiver Zusammenschluss, der das syrische Regime propagandistisch unterstützt. Er soll eng verzahnt mit der neofaschistischen „CasaPound"-Bewegung aus Italien sein.[4] Bei ihrem Besuch in Syrien, der in einem siebenteiligen Reisebericht auf der Homepage dokumentiert wurde, besichtigten die Neonazis verschiedene Teile des Landes und konnten sogar einen offiziellen Regierungsvertreter treffen, den Informationsminister Omran al Zoubi. Wenig überraschend waren die Neonazis begeistert von einem antisemitischen Staat, der Oppositionelle foltern und töten lässt: „Wir als volksbewusste Europäer sollten mit Syrien gerade deshalb solidarisch sein, da hier gelebt wird, wovon bei uns oftmals nur gesprochen wird", schwärmte die Partei in ihrem abschließenden Bericht. „Man kämpft gegen den Einzug des Kapitalismus und Zionismus, für Freiheit und den eigenen Sozialismus. Somit sehen wir hier in Syrien Menschen, die uns weltanschaulich näher stehen, als man häufig denkt."



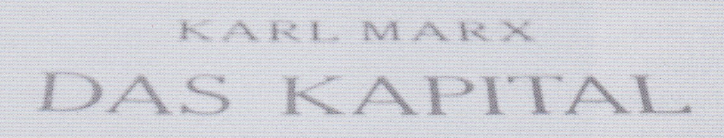
Screenshot: asov.press

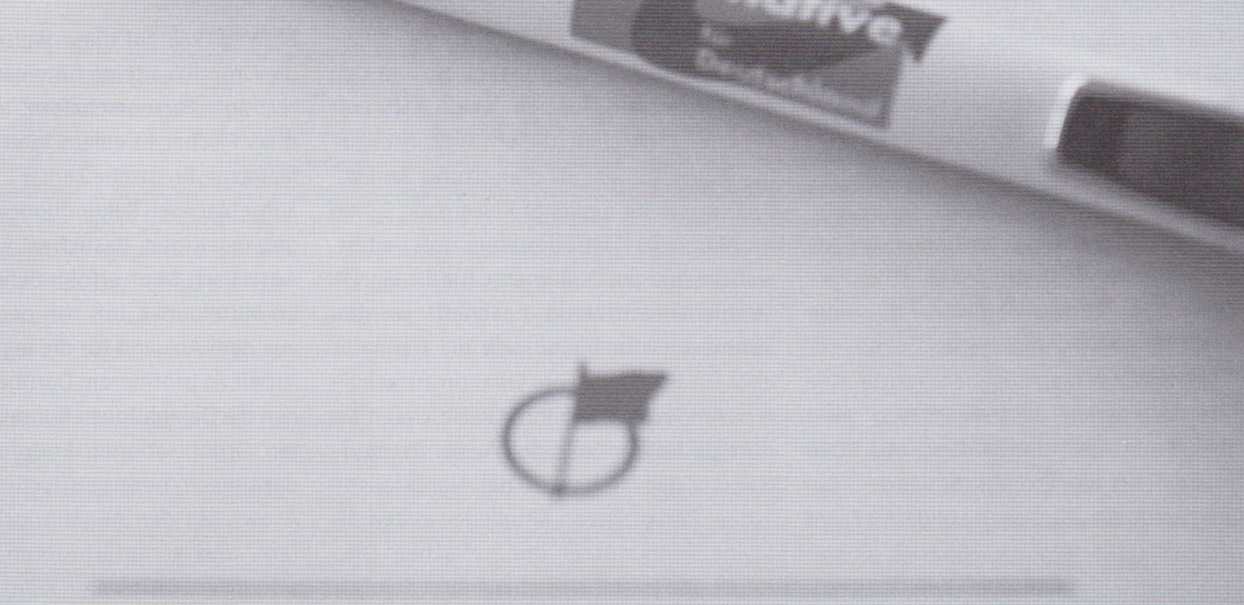
Der „III. Weg" in Kiew (Ukraine): Klaus Armstroff, Matthias Fischer, Tony Gentsch und Kai-Andreas Zimmermann (v.l.n.r., in „III. Weg"-Jacken) mit dem Gründer des paramilitärischen Asow-Regiments Andrij Bilezky (mitte).

Eine zweite geplante Reise nach Syrien im März 2017 ist allerdings gescheitert, weil die nötigen Dokumente für die Einreise nicht rechtzeitig beschafft werden konnten. Dafür haben sich die Neonazis aber für einige Tage im Libanon aufgehalten. Am letzten Tag ihrer Reise trafen sie dort auf Hassan Sakr, den Auslandsbeauftragten der Syrisch-Sozial-Nationalistischen-Partei. Deren Mitglieder gelten als loyale Unterstützer des syrischen Diktators und beziehen sich bei ihrer Symbolik offen auf den historischen Nationalsozialismus[5]. Unter den Angehörigen der Reisegruppe war auch der vorbestrafte Kai-Andreas Zimmermann, Leiter des „Gebietsverbands Süd" und des „Stützpunktes Nürnberg-Fürth".

Solche Kooperationen mögen verwundern, folgen jedoch einer Strategie. „Der III. Weg" will auf diese Weise „jetzt schon die Grundbausteine für einstige gleichberechtigte Partnerschaften" legen, so Matthias Fischer in einem Interview mit dem Magazin „Russische Zenter". Abseits dieser aufgeblasenen Bekundungen steht bei den gegenseitigen Besuchen vor allem der Austausch über erfolgreiche Kampagnen im Mittelpunkt, um von den Erfahrungen aus dem Ausland für die eigene politische Arbeit zu profitieren. Darüber hinaus können die Delegationen Kontakte zu militanten Organisationen knüpfen, etwa zum ukrainisch-neonazistischen „Regiment Asow". Mit den Angehörigen dieses waffen- und kampferprobten paramilitärischen Verbands waren Führungskader des „III. Weg" im Oktober 2017 in der Ukraine in Kontakt gekommen, darunter Klaus Armstroff, Matthias Fischer, Tony Gentsch und Kai-Andreas Zimmermann. Im Hinblick auf die militante Ausrichtung, die die Gruppierung vertritt, sollten die bestehenden Beziehungen deshalb unter genauer Beobachtung stehen. •

1 Vgl. „Der III. Weg", AIB Nr. 108 2 Vgl. Deutsche Neonazis beim „Tag der Ehre" in Ungarn, AIB Nr. 114 3 www.bnr.de/artikel/hintergrund/deutsch-griechische-kameradschaft 4 Bayerischer Landtag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/17184: Schriftliche Anfrage vom 13.04.2017: Rechtsextreme Symbolik ausländischer Gruppen und internationale Kontakte bayerischer Rechtsextremisten 5 www.taz.de/!5046426/


KARL MARX
DAS KAPITAL
Kritik der politischen Ökonomie
Erster Band


Alternative

BRAUNZONE

Die Neue Rechte streitet im Marx-Jahr über den rechten Umgang mit dem linken Erbe. Dabei ist dieser Streit gar nicht so neu.

Marx von rechts gelesen

Wie die Neue Rechte „Das Kapital" entdeckte

YVES MÜLLER

200 Jahre Karl Marx — 170 Jahre „Das Kommunistische Manifest" — 150 Jahre „Das Kapital". 2017/18 steht ganz im Zeichen des am 5. Mai 1818 in Trier geborenen, bärtigen Ökonomen, der neben Friedrich Engels bis heute der bedeutendste Stichwortgeber linker Bewegungen ist. Daneben gab es aber auch die erbitterten Feinde der Arbeiter*innenbewegung und überhaupt aller Emanzipationsbewegungen, die als ‚Marxismus' brandmarkten, was ihrer faschistischen Ideologie widersprach. Faschistische Ideologien sind in der Regel nicht nur rassistisch, antisemitisch und antidemokratisch — sie waren vor allem eben auch anti-marxistisch. Sie sind gegen Marx' Ansinnen gerichtet, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist." Heute teilen extrem rechte Parteien und ‚Bewegungen', egal ob neonazistisch, neurechts oder rechtspopulistisch, einen anti-marxistischen Konsens. Oder doch nicht? Immer wieder beschäftigen sich Rechte mit linker Theorie und Praxis. Und manche lehnen Marx' Ideen nicht ab, sondern scheinen sie für sich zu nutzen. Gibt es gar einen ‚Marxismus von rechts'?

Neurechte Querfront

Es mag verwundern, aber auch in der Neuen Rechten ist man inzwischen auf den Marx gekommen. Benedikt Kaiser, mit einem Abschluss in der Politikwissenschaft ausgestattet, als Lektor beim neurechten Antaios-Verlag tätig und dereinst in der Chemnitzer Kameradschaftsszene aktiv, fordert in der letztjährigen Oktober-Ausgabe der neurechten Postille Sezession, „einen ‚rechten' Zugang zum Kapital" zu finden. Dessen „bleibenden ‚Mehrwert'" lobt Kaiser. Die Neue Rechte könne „ohne tradierte Denkblockaden" (die der Autor auf Seiten der Linken ausmacht) Marx „entdecken". Das Wirken Kaisers sollte nicht überbetont werden. Verkennen sollte man aber ebenso wenig, dass sich ‚Rechtsintellektuelle' verstärkt den linken ‚Klassikern' zuwenden. So wird die Lektüre von W.I. Lenin, Chantal Mouffe, Werner Pirker oder Slavoj Žižek empfohlen. Kaiser fordert in seinem Büchlein „Querfront" (2017) eine „Erweiterung des Themenspektrums" um eine neurechte Kapitalismuskritik. Mithin spricht er sich für ein Abstreifen von Denkschemata in ‚links' und ‚rechts' aus. Für eine ‚Querfront' plädiert er jedoch nicht. Stattdessen müsse zwischen dem „inhaltsleeren" Begriff, der vom politischen Gegner als „politische Waffe" genutzt wird, und den tatsächlich vorhandenen historischen Querfront-Bestrebungen unterschieden werden.

Damit steht Kaiser paradigmatisch für einen Teil der Neuen Rechten, die sich in ihrem ‚Antikapitalismus von rechts' nicht nur den Analysen von Marx annähert, sondern sich darüber hinaus positiv auf ausgewählte kommunistische Vordenker bezieht. So verwundert kaum, dass Kaiser zuletzt ein Vorwort für die Neuauflage eines sowjetischen Klassikers beisteuerte: Der Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde" (1932/34) von Nikolai Ostrowski erschien im vergangenen Jahr beim neurechten Renovamen-Verlag. Der Wert der Re-Lektüre bolschewistischer Erbauungsliteratur liege laut Kaiser darin, dass die „Treue zu einer Idee" aufgezeigt werden könne, die die Menschen wie ein „Kompass" ausrichtet. Dabei ist der neurechte Idealismus bestimmend, während die Inhalte der Idee selbst in den Hintergrund rücken. Dieser Idealismus wendet sich gegen Konsumdenken und Individualismus im Spätkapitalismus, setzt diesem aber eine in der ‚Idee' vereinte Gemeinschaft entgegen. Eine

plurale Gesellschaft hat die Neue Rechte nicht im Sinn. Deren Gemeinschaft ist natürlich ethnisch strukturiert. Der regressive Zweck heiligt die revolutionären Mittel.

Der Pianist Siegfried Gerlich pflichtet Kaiser in der Sezession bei: So seien die Vielschichtigkeit und die „im Denken von Marx und Engels wirkenden konservativen und reaktionären Antriebskräfte [...] neu zu erschließen". Der Verfasser einer Ernst Nolte-Biographie geht davon aus, dass auch mit Marx eine ‚konservative Revolution' zu machen wäre.

Beide, Kaiser und Gerlich, sehen in der auf Marx zurückgeführten ‚Verelendungstheorie', die von einer Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse und einer damit einhergehenden Bewusstwerdung derselbigen ausgeht, den Schlüssel für eine Annäherung. Allerdings wenden sie Marx' Annahme von der Existenz einer ‚Reservearmee' ins Biologistisch-Rassistische. Marx (und Engels) dient ihnen immer wieder als Stichwortgeber, um ihre Agenda der „Umverteilung" zu verfolgen. Mit Alain de Benoist, dem Vordenker der französischen Neuen Rechten, gehen sie davon aus, dass heute Migrant_innen und Geflüchtete die von Marx einst beschriebene „Reservearmee des Kapitals" darstellen. Nicht sie sollten daher als Gegner betrachtet werden, sondern der grenzenlose Kapitalismus, der sie produziere. In dem Büchlein „Querfront" macht Kaiser denn auch deutlich, gegen wen sich der neurechte Antikapitalismus wirklich richten müssen, nämlich gegen die Hegemonie von USA und NATO. Antikapitalismus habe daher antiimperialistisch zu sein.

Selbst bei der neonazistischen NPD kann man daher mit dem ‚Juden' Karl Marx etwas anfangen. Trotz eines klar antisemitisch konnotierten Antimarxismus beschäftigte man sich 2013 mit einem „Nationalen Karl-Marx-Seminar" in Trier, der Geburtsstadt von Marx. Der NPD-Kreisvorsitzende Safet Babic „plädierte dafür, daß sich auch Nationalisten die Kapitalismusanalyse von Marx aneignen sollten". Auf der Veranstaltung referierte auch der ‚Nationalmarxist' Reinhold Oberlercher, der sich seit etlichen Jahren in einer ‚rechten' Marx-Exegese versucht. Sein ‚Nationalmarxismus' läuft in der Konsequenz jedoch lediglich auf die antisemitische Unterscheidung zwischen ‚raffendem' (gemeint ist jüdisches), sowie ‚schaffendem' (also deutsches) Kapital hinaus.

Auch Lothar Fritze bemüht sich, der Neuen Rechten die „Faszination des Marxschen Denkens" — so der Titel seines Vortrages auf der 18. Winterakademie des Instituts für Staatspolitik (IfS) im Januar 2018 in Schnellroda — schmackhaft zu machen. Der wissenschaftliche Mitarbeiter beim Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden ist kein Unbekannter, fiel er doch bereits im Jahr 2000 unangenehm auf, als er dem Hitler-Attentäter Georg Elser attestierte, dieser habe „seine politische Beurteilungskompetenz überschritten", als er 1938 den Ausbruch eines Krieges prognostizierte. 2016 schließlich veröffentlichte er beim neurechten Manuscriptum-Verlag ein Buch, dass sich — so der Untertitel — mit „Weltrettung und Selbstaufgabe in der Migrationskrise" befasste.

Die rechte „Diskurspiraterie", wie sie schon Alfred Schobert beschrieben hat, ist weder neu noch innovativ. Bereits seit den 1970er Jahren adaptierte Alain de Benoist den Begriff der ‚kulturellen Hegemonie', um ihn für die neurechte Strategie der Diskursverschiebung nutzbar zu machen. Der italienische Kommunist Antonio Gramsci beschrieb mit ‚kultureller Hegemonie' ursprünglich die Herstellung konsensfähiger Ideen und die daraus folgende Erzeugung von Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft. Der ‚Gramscianismus von rechts' hat mit Gramscis linker Theorie wenig gemein und nutzt den Begriff lediglich als Slogan, um eine neurechte ‚Kulturrevolution' zu vollziehen und Mehrheiten für die eigene Ideologie herzustellen. Nach Pegida-Aufmärschen, AfD-Wahlerfolgen und dem Erstarken der ‚Identitären Bewegung' (IB) in den letzten Jahren sieht die Neue Rechte ihre Strategie bestätigt. Dafür spricht nicht zuletzt, dass Benoists Buch „Kulturrevolution von rechts" (1985) gerade eine Neuauflage beim Dresdner Jungeuropa Verlag erfuhr, der von Philipp Stein betrieben wird. Zuletzt hat der Österreicher Martin Sellner, einer der IB-Wortführer, in seinem beim Antaios-Verlag erschienenen Buch „Identitär! Geschichte eines Aufbruchs" (2017) auf Gramsci und Benoist Bezug genommen.

Ein deutscher Sozialismus

Um das Wesen der neurechten Marx-Verklärung zu verstehen, müssen wir aber noch einen Schritt zurückgehen. Schon die Stichwortgeber der ‚Konservativen Revolution' in der Zeit der Weimarer Republik setzten sich mit Marx auseinander. Gegen den sozialistischen Internationalismus positionierten sie die Idee eines ‚deutschen Sozialismus', in dem die ‚Volksgemeinschaft' den Klassenkampf ablöse. Der völkische Theoretiker Arthur Moeller van den Bruck, Autor des Buches „Das dritte Reich" (1923), sah in den Bolschewiki gar einen natürlichen Bündnispartner eines deutsch-russischen Blocks gegen den ‚Westen'. Den Marxismus hingegen lehnte er vehement ab: „Wo Marxismus endet, dort beginnt Sozialismus: ein deutscher Sozialismus, der berufen ist, in der Geistesgeschichte der Menschheit allen Liberalismus abzulösen [...] Dieser deutsche Sozialismus ist nicht erst die Aufgabe eines dritten Reiches. Er ist vielmehr seine Grundlage." Das Klassensubjekt nach Marx sollte durch das Kollektivsubjekt der Nation abgelöst werden, wie der Historiker und Publizist Volker Weiß betont. Eine straff organisierte Wirtschaft sollte demnach die Klassengegensätze auf nationaler Ebene auflösen. Auch der Antisemitismus sticht bei Moeller van den Bruck ins Auge: Marx hätte „als Jude kein Vaterland" gehabt und sei ein „Intellektmensch" ohne nationalen Standpunkt gewesen. Auch sei Marx gar nicht gegen den Kapitalismus an sich gewesen, sondern habe sich nur gegen die Industrialisierung gewendet. Dass das angeblich von Juden ins Leben gerufene Unternehmertum von dem ‚Juden' Karl Marx nicht ausreichend kritisiert würde, passte für Moeller van den Bruck zusammen. Die ‚Nationalbolschewisten' oder besser ‚Nationalrevolutionäre' schrieben sich schließlich auf die Fahnen, die Forderung Moeller van den Brucks nach einem ‚nationalen Sozialismus' zu verwirklichen. Dabei wendeten sie sich gegen Liberalismus, Demokratie und Judentum, die sie als ‚westlich' ansahen, und orientierten sich stattdessen gen ‚Osten', also an der Sowjetunion. Einer der

bekanntesten Nationalrevolutionäre dieser Zeit wurde Ernst Niekisch, der für einen autoritären ‚Arbeiterstaat' eintrat. Sogar eine ‚nationalsozialistische Linke' organisierte sich ab 1926 innerhalb der NSDAP. Dieser ‚Strasser-Flügel', benannt nach Otto Strasser, stand für einen antikapitalistischen Kurs in der Partei. Auch Josef Goebbels fand damals durchaus positive Worte für Lenin und das sowjetische Modell.

Jahrzehnte später propagierte die 1972 gegründete ‚Aktion Neue Rechte' (ANR) einen „antimarxistischen Sozialismus", der an den Leistungen des Einzelnen für die ‚Gemeinschaft' orientiert sein sollte. Als Reaktion auf das Scheitern der NPD bei der Bundestagswahl 1969 wollte die ANR die aktionsorientierten Teile der Neonazipartei sammeln — die Neue Rechte war geboren. Vordenker war damals Henning Eichberg, der linke Begriffe mit rechtem Gedankengut paarte. ‚Sozialismus', ‚Antiimperialismus' und ‚Befreiung' sollten mit ‚nationaler Selbstbestimmung' und einem ‚Neuen Nationalismus' zusammengebracht werden. Mit Marx' Ideen und den verschiedensten marxistischen Denktraditionen hatte das nichts zu tun. Aber die Beispiele zeigen, dass sich Rechte seit eh und je irgendwie zu den linken Ideen verhalten müssen — einerseits durch Ablehnung und Bekämpfung, andererseits durch Adaption und Begriffsübernahme.

Rechts gegen rechts

Doch der zaghafte Versuch von einem Teil der Neuen Rechten, einen positiven Bezug auf Marx unterzubringen, stoßen nicht auf ungeteilte Zustimmung. In der Wochenzeitung Junge Freiheit (JF), dem wohl wichtigsten Periodikum der Neuen Rechten, kann man dem Marx-Revival wenig abgewinnen. Der „Totalitarismustheoretiker" Konrad Löw bekannte hier zuletzt über Das Kapital: „[W]er das Buch verstanden hat, kann kein Marxist mehr sein." Löw hat es sich zur Aufgabe gemacht, die „immanenten Widersprüche" und „schweren Mängel" im Marxschen Denken aufzudecken. Und — oh Wunder! — er will diese in der Werttheorie gefunden haben, indem er einzelne Passagen aus dem „verdammte[n] Buch" herausnimmt und neu aneinanderreiht. Geht die Marxsche Arbeitswerttheorie davon aus, dass der Wert jeder Ware durch die zu ihrer Herstellung aufgewendete Arbeitszeit bestimmt ist, halten rechte Denker wie Löw diese Sicht für „handgreiflich falsch". Sie lehnen die Annahme ab, dass zwischen dem konkreten Gebrauchswert und dem sich in Geld ausdrückenden abstrakten Tauschwert von Waren und zwischen abstrakter und konkreter Arbeit unterschieden werden muss.

Ähnlich funktioniert die Argumentation bei Carlos Wefers Verástegui, der in dem Blog der von Felix Menzel betriebenen Zeitschrift Blaue Narzisse den Rassetheoretiker Eric Voegelin bemüht. Der Autor will dem Marxismus nachweisen, dass er gar nicht so wissenschaftlich ist, wie er sich gibt. Der Historische Materialismus als Grundannahme von Marx und Engels wird nicht ohne Hintergedanken als „eine Übersetzung der altjüdischen Eschatologie in szientistische Futurologie" beschrieben. Der Verweis auf den Messianismus im Denken von Marx ist wissenschaftlicher common sense. In der Neuen Rechten dient er jedoch als verstecktes antisemitisches Argument. Dass gerade die Blaue Narzisse den Kontrapart zum neurechten Marx-Lesekreis um Kaiser bildet, wundert kaum: Während Kaiser die soziale Frage von rechts durch eine ökonomische Umverteilung angehen will, schlägt Menzel einen voluntaristischen Weg ein, indem er die Aufgaben des Staates auf das Nötigste reduziert.

Im Zentrum seiner Überlegungen steht eine „nachbarschaftliche Marktwirtschaft", in der „das Lokale anstelle des Globalen bevorzugt" und „Familien in ihrer Unabhängigkeit" gestärkt statt zerstört würden. Nur so könne die eigene ‚Kultur' erhalten werden. Für 2018 kündigte Menzel daher die Gründung eines „patriotische[n] Wirtschafts-Thinktanks" an, um die „ökonomische Kompetenz des patriotischen Spektrums" zu steigern.

Doch es geht noch deutlicher: Manchem sind selbst die ‚Nationalbolschewisten' der 1920er Jahre schon zu ‚links': So urteilte der neurechte Maler Michael von Bentivegni schon im Jahr 2014 in der neurechts-marktliberalen Monatszeitschrift „eigentümlich frei" postum über den Querfrontstrategen Niekisch, dieser sei ein „typischer Streuner, ein Staatsfetischist, einer, der vom verordneten Wir ausging".

Bei Rechten nichts Neues

So bleibt es dabei: Die Neue Rechte wird das Erbe Marx' nicht verwalten. Es gibt keinen neurechten Marxismus. Die Aneignung von Marx ist eine neurechte Nebelkerze. Es geht der Neuen Rechten bei ihrer Zuwendung zu Marx & Co. nicht darum, sich linken Idealen (oder das was man dafür hält) anzunähern. Linkes Denken soll nicht im Sinne einer Querfront-Strategie einfach übernommen werden, sondern durch ein rechtes Vokabular ersetzt werden. Dazu müsse die Neue Rechte ideologisch nachrüsten. Man will schließlich Marx vom Marxismus befreien. Letztlich dient auch dieser Winkelzug dazu, dem politischen Gegenüber den Diskurs streitig zu machen, ihm letztlich die Basis zu entziehen. Man will kein rechts-linkes Bündnis gegen den Kapitalismus. Vielmehr soll linke Kapitalismuskritik überflüssig gemacht und von rechts neu besetzt werden.

Hegemonie können derlei Positionen innerhalb des neurechten Spektrums bisher jedoch nicht beanspruchen. Zu groß ist hier der Widerspruch seitens eines „autoritären Liberalismus" (Helmut Kellershohn), der eher einen Nachtwächter-Staat fordert, in dem sich staatliche Regulierung auf den Bereich der Sicherheit beschränkt, sich aber aus dem Sozial- und Wirtschaftsbereich herauszuhalten hat. Die Verfechter eines Staatskapitalismus, der die Unbilden der Globalisierung abfedert, bleiben in der Minderheit. Und das Auftreten der AfD wird ihre Position sicherlich nicht stärken. Die Aufgabe dieser ‚linken' Neuen Rechten besteht denn auch vielmehr darin, als intellektuelle Avantgarde aufzutreten und den Diskurs innerhalb des eigenen Spektrums zu befeuern. Mehrheitsfähig möchte man nicht sein. •

ANTIFA

Das Buch „Antifa — Geschichte und Organisierung“ erscheint in dritter Auflage.[1]
Angesichts des Rechtsrucks plädiert das Autor_innenkollektiv für eine Strategie-Diskussion
der antifaschistischen Linken — und macht einen Vorschlag

Antifa: Keine Kompromisse

AUTOR_INNENKOLLEKTIV ANTIFA THEORIE.ORG

■ Als unser Buch erschien, endete es mit den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 und die Antifa-Welt schien einigermaßen in Ordnung. Der Ausblick war optimistisch, die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Spektren schien zu funktionieren — und spätere Erfolge, wie die Verhinderung des Neonazigroßaufmarsches in Dresden 2011, bestätigten das praktisch. So eine positive Bestandsaufnahme ist heute nicht mehr möglich. Denn in den zehn Jahren, die seit Heiligendamm vergangen sind, ist so ziemlich alles passiert. Die latente Krise des Kapitalismus ist manifest geworden, die Fotos der Herrschenden im Strandkorb wirken heute fast idyllisch. Es gab linke Offensiven: Von Occupy über den arabischen Frühling, die Fluchtbewegung hier sowie die Bewegung gegen das Loi Travail in Frankreich bis hin zur Durchsetzung der Selbstverwaltung in Rojava. Aber auch rechte Gegenoffensiven formierten sich: faschistisch, rassistisch und fundamentalistisch motivierter Terror weltweit, Salafismus und der sogenannte Islamische Staat, eine rechte Bewegungsdynamik mit Pegida, Brexit, Trump und Erdogan, bis hin zum Rechtsblinken linker PolitikerInnen. Diese Dynamik zeigt: Wir leben in einer „Zwischenzeit“. Es gibt keine stabile Hegemonie des Neoliberalismus mehr, der passive Konsens der Alternativlosigkeit ist zerbröckelt. Daraus resultierende Konflikte laufen — etwa zwischen Kosmopolit_innen und Nationalist_innen — quer zu den klassischen Lagern und Parteien. Die ruhigen Zeiten sind auch in den Zentren vorbei und die antifaschistische Linke muss sich darauf einstellen. Denn die Zukunft sieht wenig rosig aus. Der Einzug der AfD in den Bundestag, die ausbleibende Empörung über Österreich, wo nun Rechtsradikale Armee und Polizei kontrollieren — sie sind Zeichen dafür, wie weit der Rechtsruck selbst im Herzen des europäischen Kapitalismus schon ist. Was es jetzt braucht, ist daher eine umfassende Diskussion über Strategie und Taktik. Dass sie bisher fehlt, ist selbst ein Zeichen der Krise der Antifa-Bewegung.

Uns scheint eine Doppelstrategie nötig: Einerseits nicht mehr nach dem Motto „viel hilft viel“ zu verfahren, sondern gezielt gegen die Rechten vorzugehen und eigene Strukturen aufzubauen. Andererseits gegen die Kulturalisierung des Sozialen den (Klassen-)Konflikt wieder grenzübergreifend auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist kein Schlusswort, sondern eine Einladung zur Diskussion. Denn klar ist: Es geht nun um einiges, vielleicht sogar um mehr.

Antifa: Keine Kompromisse

Auch wenn die rechte Offensive einige verunsichert hat. Was die Antifa ist und tun soll, lässt sich zunächst einfach beantworten. Denn Antifaschismus ist notwendigerweise militant. Nicht in dem Sinne, dass schwarze Blöcke zur Corporate Identity gehören müssen, sondern weil „er sich nicht am Strafgesetzbuch oder der öffentlichen Meinung, sondern an der Wirksamkeit in der Praxis orientiert“[2]. Insofern ist die Antifa auch immer autonom: Nicht als Teil einer Subkultur, sondern weil sie kein Kriterium hat, als die Angemessenheit der Mittel für das vernünftige Ziel — die Verteidigung der Bedingung von Befreiung. Deswegen ist „ihre Haltung gegenüber staatlichen Maßnahmen grundsätzlich von Misstrauen geprägt. Sie weiß, dass der Zweck des Staates nicht die Aufrechterhaltung der Grundrechte, sondern jener der Kapitalverwertung ist. Ob Rechte verhauen, geoutet oder gegen sie „nur“ demonstriert wird, orientiert sich daher allein daran, was jeweils am erfolgversprechendsten ist.“[3] Klar ist: Der Rechtsruck wird nicht durch Anpassung an ihn gestoppt werden. Und damit ist ein Großteil der Einwände einer nach rechts taumelnden Mitte gegen die Antifa auch schon erledigt. Wenn sie nicht kompromisslos deutlich macht, dass der Rahmen der legitimen Diskussion dort endet, wo anderen Menschen wegen ihrer Herkunft das Grundrecht auf Selbstbestimmung abgesprochen wird, wird es niemand tun. Daher sollten wir uns vom rechten Opfermythos „Meinungsfreiheit“

nicht nervös machen lassen: Ein konsequenter Antifaschismus ist legitim. Den Feinden der Emanzipation keinen Raum zu lassen ist kein „Extremismus“, sondern ihre Bedingung[4]. Spannender ist daher die Frage, was wir tun und wo wir ansetzen können, jetzt wo der bundesrepublikanische Konsens gegen die extreme Rechte gebrochen ist.

Faschismus 4.0

Rassismus, Antigenderismus, Verschwörungstheorien — so vielfältig die Programmatik des rechten Hegemonieprojektes scheint, so wenig sollte man sich davon verwirren lassen. Denn sein Modus ist inzwischen deutlich: Es ist ein postfordistisch modernisierter Faschismus, der im nationalen Interesse auf eine „autoritäre Demokratie“ zielt. Das heißt: die klassische, oft bewegungsförmig organisierte Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, eine auf territoriale Zugewinne orientierte Expansion und auf strikte, völkische Homogenität ausgelegte Politik der alten FaschistInnen ist flexibilisiert worden. Nun geht es um eine autoritäre Wende innerhalb der bestehenden Institutionen. Statt offenem Terror werden Ausnahmezustand und Verselbstständigung der Exekutive selektiv in den Rechtsstaat integriert, diktatorische Elemente (Präsidialdemokratie) in den Parlamentarismus eingebaut. Wie man nicht nur in Österreich, Ungarn und Polen, sondern inzwischen auch anhand von Äußerungen aus der Union („Konservative Revolution“) sehen kann: Statt eines totalitären Führerstaates soll es zunächst eine Restauration der fordistischen Hierarchien (Nation, Kleinfamilie etc.) geben, obwohl ihnen längst die materielle Basis fehlt. Gegen die Verwerfungen des kapitalistischen Weltmarktes wird auf die Übersichtlichkeit der Nation und die autoritäre Befriedung sozialer Konflikte gesetzt, gerne verkörpert durch mehr oder weniger charismatische Idole. Was als Rechtsruck bezeichnet wird, wäre daher besser als autoritäre Formierung zu verstehen. Rechtspopulismus ist dagegen eine unglückliche Verharmlosung.



Die FaschistInnen des 21. Jahrhunderts wollen — zumindest in den noch funktionsfähigen Nationalstaaten des Zentrums — vor allem einen materiellen wie ideologischen Besitzstand verteidigen; dementsprechend fehlt ihnen fast jedes „revolutionäre“ Moment. Sie sind ein Verfallssymptom[5]. Mehr als dem historischen Nationalsozialismus, der eine totalitäre Modernisierungsbewegung war, gleicht der Faschismus des 21. Jahrhunderts in Europa daher dem ständischen Faschismus eines António Salazar in Portugal, der auf Abschottung und Stillstand setzte[6]. Das macht die parteigewordenen Internet-Trolle der AfD allerdings nicht ungefährlich. Denn weder ist eine weitere Radikalisierung bei einer Verschärfung der Krisen ausgeschlossen, noch sollte das Gewaltpotential einer illiberalen Demokratie in den Zentren des Kapitalismus unter-

schätzt werden. Wenn sich der autoritäre Wettbewerbsstaat von Menschen- und Minderheitenrechten „befreit“ und seiner ideologischen Rechtfertigungszwänge entledigt, macht das noch weitaus brutalere Politiken möglich.

Bei uns anfangen

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben zwar einige Behauptungen der antifaschistischen Linken bestätigt, z.B. bezüglich der autoritären Potentiale des Sicherheitsstaates, des Zusammengehens von Staat und Neonazis (NSU) oder eines aufkommenden Faschismus in Krisenzeiten. Zugleich ist die Antifa aber weder organisatorisch, noch kulturell oder strategisch auf der Höhe. Auch analytisch ist noch Luft nach oben. Aufgrund dieser Defizite wirkt sie meist als defensive Kraft, die vor allem reagiert. Aber in einer Hegemoniekrise heißt das oft — siehe den AfD-Erfolg — zu spät zu kommen. Denn so überlassen wir anderen die Initiative; beispielsweise der „Identitären Bewegung“, die in Bezug auf ihre Aktionsformen, Medienarbeit und Inhalte — trotz ihrer schmalen personellen Basis — eine wirkmächtige Weiterentwicklung rechter Strategien darstellt. An ihr und ihren Vordenkern, wie Götz Kubitschek, lässt sich auch die Bedeutung langfristiger Schulungs- und Begriffsarbeit ablesen. Vor einigen Jahren noch als ‚Freaks aus Schnellroda‘ ein Running Gag auf Antifa-Partys, haben die Neurechten gezeigt, dass ein langer Atem und systematische Aufbauarbeit entscheidend sein können[7]. Denn die „Neue Rechte profitiert nicht von der Krise, weil sie im Alltag der Menschen gut verankert wäre. Sondern weil sie über eine Handlungsperspektive und eine emotional erfahrbare Erzählung verfügt“[8]. Die Antifa kann dagegen ihre Schwächen, die in Zeiten eines stabilen Neoliberalismus weniger stark aufgefallen sind, nicht mehr verdecken. Das heißt nicht, dass alles falsch ist. Nach wie vor hat sie Potential. Aber: Sie leidet als „Teilbereich“ linker Bewegung darunter, wenn diese insgesamt kein Konzept hat. Damit zeigt die Schwäche der Antifa die Schwäche der radikalen Linken als Ganze. Uns aus diesem Elend zu erlösen, wird uns aber mal wieder niemand abnehmen.

It‘s the imperiale Lebensweise, stupid

Die Diskussion in der Linken zu den Ursachen des Rechtsrucks hat selbst eine rechte Schieflage, nicht nur in der Linkspartei.[9] Aber niemand wählt RassistInnen, weil er/sie damit Protest ausdrücken will, der emanzipatorisch politisierbar wäre. Wer seine Stimme für die AfD abgibt, will nicht Teil einer Opposition für soziale Gerechtigkeit sein, sondern sich gegen die wachsende Zahl an „Überflüssigen“ abschotten. Das zeigt auch ein Blick auf die WählerInnen: Der größte Block an Stimmen nämlich 36 Prozent (2,1 Mio.) kam von den Angestellten, weitere 30 Prozent (1,75 Mio.) von RentnerInnen, die meisten sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufrieden.[10] Was sie verbindet, ist der Versuch die „imperiale Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) gegen ihre demokratischen Kosten zu verteidigen, indem „der Zusammenhang zwischen dem eigenen Reichtum und der Armut der Anderen geleugnet“ und eine Volksgemeinschaft beschworen wird, „die sich den Wohlstand »hart erarbeitet« habe“ [11]. Wer heute versucht, die „soziale Frage“ im Rahmen des Bestehenden zu beantworten, reproduziert daher — siehe Wagenknecht, Augstein und Co — vor allem seine Trostlosigkeit. Wer das zivilgesellschaftliche Bündnis mit dem Neoliberalismus sucht und sich auf Politikberatungen beschränkt, kämpft allerdings ebenso auf verlorenem Posten. Die Opposition gegen eine Ordnung, die das Elend hier und erst recht anderswo, massenweise produziert, ausgerechnet den Rechten zu überlassen, ist keine gute Idee.

Denn der Konflikt zwischen „progressivem Neoliberalismus“ und autoritärem Nationalismus ist nur einer zwischen unterschiedlichen Varianten der imperialen Lebensweise. Und er liegt in der Sache. In Ländern des Zentrums, deren im globalen Wettbewerb agierende Unternehmen auf soziale Umwälzungen angewiesen sind, ergibt sich ein Dilemma: Einerseits haben Teile der Eliten ein Interesse an der Flexibilisierung von alten Identitätskonzepten. Anderseits stehen die Staaten unter Druck durch Teile ihrer Bevölkerungen, die ihre relativen Privilegien aufrechterhalten wollen und mehr Abschottung fordern. Ihre gemeinsame Grundlage ist der Kampf um ein Stück vom schrumpfenden Kuchen in der internationalen Konkurrenz. Ihm entspricht die „Verhärtung der politischen Form“[12]. Das erklärt, warum jede Politik, die diese Konstellation nur besser verwalten will, mit schlafwandlerischer Sicherheit nach rechts driftet.

Alles muss man selber machen

Es gibt eine dritte Option jenseits von liberaler Staatsantifa und sozialnationaler Querfront: Was funktionieren kann, sind an der Basis verankerte Formen von Solidarität und Selbstorganisation, die verbunden werden mit dem Mut, den Konflikt mit den Profiteuren des Krisenkapitalismus zu suchen. Mit anderen Worten: Jeder Faschismus ist Index einer unvollständigen Befreiung, wer soziale gegen kulturelle Emanzipation ausspielt (oder anders herum), besorgt das Geschäft der Rechten. Es braucht daher ein unabhängiges Projekt von links, eine neue, antiautoritäre Erzählung samt dem Aufbau eigener Strukturen. Egal ob in der Jugendantifa, im Amazon-Logistik-Center oder im Stadtteilzentrum — entscheidend ist, Demokratie von unten erfahrbar zu machen und Konflikte grenzübergreifend lostreten zu können. Schon um den Rechten das Monopol auf die Aufregerthemen zu nehmen. Das Potential dafür ist da: Nicht bei der Mehrheit und sicher nicht bei AfD-WählerInnen, aber von migrantischen Jugendlichen bis zum urbanen Dienstleistungsproletariat gibt es einige, die vom neoliberalen Wettbewerbsstaat wenig und von der autoritären Demokratie der Rechten nichts zu erwarten haben. Diese Aufbauarbeit ist mühsam, braucht in schweren Fällen (z.B. in der sächsischen Provinz) systematisch Unterstützung aus den Städten — und sie dauert. Aber was in den letzten „25 Jahren versäumt wurde“[13] kann tatsächlich nicht mit einem Ruck nachgeholt werden. Festivals wie „Wasted in Jarmen“ sind Beispiele dafür, wie es gehen könnte. Klar ist: Wir sollten die „soziale Frage“ dabei weder im Sinne liberaler Identitätspolitik rechts liegen lassen, noch ihre Reduktion auf nationale Sozialpolitik mitmachen. Statt sie auf finanzielle Interessen zu reduzieren und im Sozialstaat nur besser zu beantworten, gilt es, sie von unten, als Frage

nach einer anderen Art zu leben, überhaupt erstmal zu stellen[14]. Gehen wird das nur mit dem Mut zum grenzübergreifenden Klassenkonflikt, der Fragen von Rassismus und Geschlecht natürlich miteinschließt. All das ist zwar nicht nur Aufgabe der Antifa, aber es muss spätestens heute auch ihre sein. Nicht als Recycling eines „revolutionären Antifaschismus", sondern als eigenes Handlungsfeld. Denn eine radikale Linke, die nur antifaschistisch ist, ist keine.

Kräfte fokussieren — Aktionsformen erweitern

Zugleich ist die Konfrontation mit den neuen FaschistInnen nötig, um die Normalisierung der AfD zu stören und die Bedingungen unserer Politik im Konkreten zu verteidigen. Doch gegen eine etablierte extrem rechte Partei braucht es andere Maßnahmen als gegen die örtliche Kameradschaft. Schon um sich nicht zu verzetteln oder am Ende gar die Kulisse für die Inszenierung der FaschistInnen zu liefern. Wir schlagen daher vor, einerseits die Mobilisierungen auf wenige, ohnehin öffentlichkeitswirksame Termine, wie Parteitage zu beschränken, dabei dann allerdings das Aktionsrepertoir wieder zu erweitern. Gerade weil die Mitte ihren rechten Rand nur noch mit Samthandschuhen anfasst, muss es jemanden geben, der sie auszieht. Anstatt weiter auf eine Breite zu setzen, die es momentan nicht gibt, wären Formen wie das dezentrale Konzept aus den 1990ern[15] genauer unter die Lupe zu nehmen. Nicht jedes Revival ist schlecht. Statt symbolischen Protests braucht es praktischen Widerstand — auch als öffentliches Zeichen. Es ist schön, wenn Zivilgesellschaft und NGOs den „Deckmantel der AfD lüften" (Gerd Wiegel im AIB Nr. 117), aber Aufgabe der Antifa ist es, zu verhindern, dass sie ihn zeigen kann. Das meint allerdings etwas anderes, als vor allem „radikale Kritik" zu artikulieren[16] oder möglichst breite Bündnisse zu schließen[17], nämlich selber praktisch handlungsfähig werden. Antifa ist mehr als Verbandsarbeit und Verbalradikalität. Die Nika-Kampagne hat Recht, dass „wir nicht vergessen sollten, dass auch die Verhinderung von NPD-Demos lange Zeit nur ein Ziel der Autonomen Antifa war. Es ist nicht unmöglich, dass AfD-Parteitagen dasselbe Schicksal widerfährt"[18]. Dafür braucht es aber nicht nur Presse- und Bündnisarbeit, sondern neue Vernetzungen, z.B. mit migrantischen Communities, die bisher noch viel zu selten dabei — und vom Rechtsruck als erste betroffen — sind. Zugleich ist es nötig, selber Prioritäten zu setzen. Dass zu einem Kleinstaufmarsch in Leipzig-Connewitz bundesweit alles fährt, was laufen kann, bei den Protesten gegen die AfD-Parteitage in Stuttgart, Köln und Hannover aber viele fehlen, ist ein Fehler.

Jenseits dieser Events wäre immer wieder dort anzusetzen, wo es weh tut: Bei der rechten Infrastruktur und beim verständnisvollen Umfeld. Was wir uns in Zukunft sparen sollten, ist den FaschistInnen mit kreativen Diskurs-Interventionen entgegen zu treten. Sie sind mit Argumenten ohnehin nicht zu erreichen und sollten entsprechend behandelt werden. Argumente sind dort besser aufgehoben, wo sie jemanden stören. Selbst 15 Prozent Rechte sind weniger ein Problem, als eine Öffentlichkeit, die meint es wäre ok, Verständnis für FaschistInnen zu haben. Sie sollte daher ins Zentrum kreativer Proteste rücken — gegen dich und deine Freunde! Um es konkret zu machen: Das Problem bei der Frankfurter Buchmesse waren weniger die rechten Hansel, als der renommierte Börsenverein, der sie hofierte. •



Mirja Keller, Lena Kögler, Moritz Krawinkel, Jan Schlemermeyer
Antifa: Geschichte und Organisierung (Theorie.org)
180 Seiten, Schmetterling Verlag
Stuttgart, 10,- Euro
ISBN-13: 978-3896576781

1 Keller et al. 2011: Antifa — Geschichte und Organisierung, Stuttgart, www.theorie.org/titel/678_antifa **2** Vgl. www.antifainfoblatt.de/artikel/extremismus-der-vernunft- %E2%80%93%C2%A0was-antifa-heute-sein-kann-und-machen-sollte#footnoteref6_8gazkjp **3** Ebd. **4** Abschließend dazu: www.youtube.com/watch?v=IKICKcMU3MU **5** Vgl. Interview mit Volker Weiß im AIB Nr. 117, Winter 2017 **6** Vgl. Ismail Küpeli 2012: Nelkenrevolution reloaded, Münster **7** Vgl. Volker Weiß: Die autoritäre Revolte, Stuttgart **8** Vgl. blog.interventionistische-linke.org/klasse-mit-differenz/die-debatte-erweitern **9** Vgl. Dänisches Debakel, in AIB 117, Winter 2017 **10** Vgl. www.kolleg-postwachstum.de/sozwgmedia/dokumente/WorkingPaper/WP+7_17+Eversberg_end.pdf **11** Ebd. **12** Vortrag von J. Agnoli „Zur Zukunft von Staat und Kapital im Postfaschismus", Wien, April 2001 **13** Vgl. Debattenblog der iL https://blog.interventionistische-linke.org zur Bundestagswahl 2017, in: Keine Überraschungen – mehr Herausforderungen **14** Vgl. Robert Maruschke, Basisarbeit statt Spezialstrategie, in AIB 117, Winter 2017 **15** Vgl. www.nadir.org/nadir/initiativ/bgr/texte/millien.htm **16** Vgl. plauen0105.blogsport.eu/2016/05/02/pm-1200-teilnehmer_innen-bei-antifa-demo-naziaufmarsch-verhindert **17** Vgl. blog.interventionistische-linke.org/bundestagswahl-2017/rechte-aufmaersche-werden-nicht-nur-auf-der-strasse-verhindert **18** Vgl. Interview mit Nika und AgR im AIB 117, Winter 2017

ANTIFA

Irgendwo in Deutschland brennt es immer

GASTBEITRAG DER KAMPAGNE „IRGENDWO IN DEUTSCHLAND“

Anfang 2016: Irgendwo in Westdeutschland beobachten antifaschistische Gruppen die sich bundesweit immer stärker zuspitzende völkische Mobilisierung. Seit mehr als drei Jahren ist sie aller Orten deutlich wahrnehmbar — doch scheint sie in Sachsen am stärksten zu sein. Die westdeutschen Gruppen können ihre Aktionen gegen die rechte Mobilisierung meist länger vor- und nachbereiten und sich Analyse und Theorie widmen. Ihre Freund_innen aus Sachsen hingegen fahren fast täglich in neue Orte wie Schneeberg, Heidenau, Bautzen, Freital und Dresden — um Schlimmeres zu verhindern.

Einige dieser westdeutschen Gruppen setzen sich zusammen und beschließen, ihre Unterstützung in Sachsen anzubieten, zum Beispiel mit einer „Demonstration all-infrastructure-inclusive“. Ziel ist es, die Gruppen in den brennenden Orten zu supporten und die mobartigen Entladungen in diesen als notwendige Anlässe zu begreifen. Es geht nicht darum, in konkurrierender Weise etwas „besser oder anders” zu machen.

So oder so ähnlich ließe sich der Anfang vom bundesweiten Bündnis „Irgendwo in Deutschland“ beschreiben. Aus der Unterstützung von Demonstrationen ist eine stetige Zusammenarbeit von Gruppen aus verschiedenen Städten wie Hamburg, Berlin, Leipzig, Rostock und Nürnberg erwachsen. Mittlerweile planen wir unsere Aktionen für das dritte Jahr in Folge. Dabei steht für uns die radikale Kritik an den bestehenden Verhältnissen im Vordergrund. Ziel unserer Interventionen ist stets, vom Besonderen auf das Allgemeine, die Allgegenwart des rassistischen Konsenses „Irgendwo in Deutschland” zu verweisen. Deshalb demonstrierten wir zum Beispiel zum fünften Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU in Zwickau, um auf die dortigen und gleichzeitig auf die gesamtdeutschen Verhältnisse hinzuweisen. Damit wollten wir sichtbar machen, dass der gesamtgesellschaftliche Rassismus in ganz Deutschland die Morde des NSU mitgetragen hat. Der NSU-Komplex besteht für uns aus einem Zusammenspiel von rassistisch motivierten Morden, rassistischen Ermittlungsmethoden und Berichterstattungen, der Verwicklung des Verfassungsschutzes und einer Gesellschaft sowie ihrer Verhältnisse, die all dies ermöglichten.

Wir versuchen, das ganze Ausmaß der völkischen Mobilisierung in den Blick zu nehmen und nennen unseren Umgang mit dieser „unversöhnlich“. Unversöhnliche Interventionen setzen in einer Situation ungünstiger Kräfteverhältnisse als „Notwehrprinzip“ auf Irritation und Unterdrückung rechter Strukturen statt auf Aufklärung[1]. Wir sehen auch außerhalb des NSU-Komplexes eine enge und arbeitsteilige Verwobenheit von organisierten Neonazis, Otto-Normal-RassistInnen, Politik, Presse, Polizei und Verfassungsschutz. Unglaubwürdig ist die Position der weißdeutschen Mehrheitsgesellschaft gegen Neonazis und Rassismus, wenn sie jenseits von Lippenbekenntnissen und der Angst vor gesellschaftlichen Tabus allseits Rassismus zum Ausdruck bringt.

Wir wollen weiterhin sichtbar machen, dass es Orte gibt, in denen die völkische Hegemonie so erdrückend ist, dass alle Menschen jenseits der „Volksgemeinschaft“ zum Jagdobjekt erklärt werden. Das sind die Orte, an denen die nächsten rassistischen Angriffe und Pogrome vorbereitet werden. Das sind die Orte, in denen Menschen, die nicht der völkischen Norm entsprechen, in (Lebens-) Gefahr sind. Wir alle wissen, dass Orte wie Zwickau und Wurzen keine Einzelfälle in Deutschland sind, und wir wollen zeigen, dass dies ein inakzeptabler und anzugreifender Normalzustand ist.

Rückblick und Ausblick auf Aktionen

Die ersten Aktionen des Bündnisses im Jahre 2016 waren Mobilisierungen zu Demonstrationen in drei sächsischen Städten als Dreiklang verschiedener Anlässe: nach Heidenau zum Jahrestag der pogromähnlichen Zustände, nach Dresden zum Tag der deutschen Einheit und nach Zwickau zum fünften Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU.

Während wir an den Demonstrationen in Heidenau und Dresden lediglich teilnahmen, ist die #Zwickau0511-Demonstration durch unsere Initiative entstanden und von uns organisiert worden. Die komplette Demo-Infrastruktur, die Mobilisierung und Anreise aus Hamburg, Berlin, Rostock und Leipzig beanspruchten in dieser Phase einen Großteil unserer Ressourcen. Diese Demonstration werteten wir damals aus mehreren Gründen als Erfolg. Es war uns gelungen, mehrere hundert Menschen aus anderen Städten nach Zwickau zu mobilisieren, aber auch Zwickauer_innen vor Ort anzusprechen sowie mit lokalen Akteur_innen wie dem Roten Baum zusammenzuarbeiten, um den NSU-Opfern zu gedenken sowie die

1 Mehr hierzu im Conne Island Newsflyer, Oktober 2017, No. 244



Bild: Tim Wagner

Aufklärung des NSU-Komplexes und die Abschaffung des Verfassungsschutzes zu fordern.

Ins Jahr 2017 starteten wir mit einer neuen Bündniskonfiguration und drei neuen Vorhaben: dem Gedenken an das rassistische Pogrom in Rostock-Lichtenhagen vor 25 Jahren, einer antifaschistischen Demonstration in Wurzen sowie der Mobilisierung zum Tag X², dem Ende des NSU-Prozesses. Rund um den ersten Termin im August fanden in Rostock, Berlin, Hamburg, Leipzig und Nürnberg Veranstaltungen zum Gedenken und Erinnern sowie zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit Rassismus statt. So organisierten wir Gespräche mit Zeitzeug_innen, theoretische Vorträge zu den Themen Rassismus, konformistische Revolte, Gedenkperspektiven, es gab Filmvorführungen von „The Truth Lies in Rostock" und ein Theaterstück „Das Sonnenblumenhaus" wurde aufgeführt.

Die Demonstration in Wurzen fand nicht zufällig am 2. September, dem „Tag der Sachsen" und zugleich größten sächsischen Volksfest statt, bei dem sich der Freistaat gern als „bunt statt braun" präsentiert. Wir nahmen dies zum Anlass, die darunter begrabene rassistische Realität des Landstriches zu betonen: Sachsen ist die Hochburg der völkischen Mobilisierung in Deutschland und führt die Chroniken der rassistischen Angriffe an. Zudem ist Wurzen seit den 1990er Jahren als „national befreite Zone" bekannt und bietet vielen Neonazistrukturen, unter anderem aus dem Hooligan- und Kampfsportmilieu, Infrastruktur und Rückzugsraum. Die Demonstration war schon Wochen zuvor überregional Thema in den Medien, die Angst vor „brandschatzenden Autonomen" ging um. Dementsprechend groß war das Medieninteresse und das Polizeiaufgebot war übertrieben: Eine SEK-Einheit, fünf Wasserwerfer und ein Hubschrauber wurden aufgeboten. Außerdem säumten unseren Weg unzählige Anwohner_innen, manche mehr, manche weniger als Neonazis zu erkennen, in ihrer Ablehnung jedoch überwiegend vereint. Diese feindlichen Reaktionen haben im Grunde das belegt, was wir bereits in unseren Aufrufen zu Zwickau und Wurzen beschrieben hatten: die rechte und rassistische Hegemonie in beiden Orten ist Realität. Die Teilnahme einiger Anwohner_innen an der Demonstration sowie die vereinzelten Zuspruchsbekundungen aus Wohnhäusern an der Demo-Route freuten uns umso mehr. Trotz der starken Polizeipräsenz kam es zu Angriffsversuchen von Neonazis, die von den Teilnehmer_innen der Demonstration souverän abgewehrt wurden. Hitlergrüße und andere strafbare Handlungen auf Seiten der Neonazis wurden von der Polizei nicht weiterverfolgt.

Zum Jahreswechsel 2016/2017 fand unsere SocialMedia Aktion #Kaltortranking statt. Wir machen damit interaktiv und öffentlich auf Orte in Deutschland aufmerksam, an denen der Rassismus virulent zutage tritt. Dabei schauen wir nicht nur nach Ostdeutschland, auch Berlin oder Hamburg-Blankenese wurden bedacht. Dennoch konnte sich hierbei die sächsische Stadt Bautzen zweimal in Folge den Titel ‚Kaltort des Jahres' holen.

Die dritte für 2017 geplante Aktion, die Begleitung des Endes im NSU-Prozess, zieht sich bis ins Jahr 2018. Wir unterstützen hierzu ausdrücklich die Mobilisierung der Kampagne „Kein Schlussstrich" zur Kundgebung am Tag X² in München — planen aber auch Aktionen und Kundgebungen in weiteren Städten.

Inhaltlich werden wir dieses Jahr den Fokus auf die faktische Abschaffung des Asylrechts vor 25 Jahren legen, schließlich ist das Thema ‚brandaktuell'. •

Wir freuen uns über euren Support: Kommt zu unseren Demos, macht Veranstaltungen, schreibt uns an: **bündnis@irgendwoindeutschland.org**
Wir suchen weiterhin Mitstreiter_innen. Aufrufe, Redebeiträge und Infos der Aktionen gibt es auf **irgendwoindeutschland.org** sowie auf twitter unter **@irgendwoinde**

ANTIFA

Überregionaler Austausch gewünscht

Rückblick auf die Tagung 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland

GASTBEITRAG DES VORBEREITUNGSKREISES

■ In den letzten Jahren wurde die Antifa als linksradikale Bewegung von Akteur_innen aus den 1980er und 1990er Jahren historisiert. Die meisten Veröffentlichungen blicken dabei jedoch vornehmlich aus einer westdeutschen Perspektive auf Bewegung und Szene und nehmen dementsprechend auch vorwiegend deren westdeutsche Teile zur Kenntnis. Dies irritiert vor allem mit Blick auf die 1990er Jahre als Hochphase der autonomen Antifa, die ohne eine Beschäftigung mit den Umbrüchen und Kämpfen nach 1989 eigentlich nicht zu verstehen ist. Um die notwendigen Ergänzungen vorzunehmen und die Geschichte der ostdeutschen Antifa zurück in die politischen Debatten zu bringen, erschien im Mai 2017 im Verlag Westfälisches Dampfboot unter dem programmatischen Titel „30 Jahre Antifa in Ostdeutschland — Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung" ein Sammelband, in dem Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen verschiedene Aspekte der Entwicklung der ostdeutschen Antifaszene seit 1987 untersuchten (siehe: „Antifa zu sein war kein Hobby sondern Lebensrealität", AIB 114). Auf das Erscheinen des Buches folgte der übliche Veranstaltungs- und Lesemarathon durch linke Buchläden, AJZs und Kneipen. Dabei fiel schnell auf, dass die Herausgeber_innen und Autor_innen offensichtlich einen Nerv getroffen hatten. Häufig waren die Veranstaltungen zum Buch auffällig gut besucht, es gab interessierte Nachfragen und spannende Diskussionen. Aufgrund dieser Resonanz entstand die Idee, eine Tagung zu veranstalten, um die an die Texte im Buch anknüpfenden Fragen weiterzudiskutieren. Der Ort hierfür stand von Anfang an fest: Potsdam, wo sich 1987 die erste ostdeutsche Antifagruppe gegründet hatte. Tatsächlich gelang es innerhalb eines Vierteljahres die Veranstaltung zu organisieren. Dies war möglich Dank der finanziellen Unterstützung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Berliner Netzwerk Selbsthilfe, vor allem aber weil das Potsdamer Kulturzentrum Freiland solidarisch und bereitwillig Infrastruktur und organisatorisches Know How zur Verfügung stellte. Trotz der knappen Vorlaufzeit fanden sich so am 1. Dezemberwochenende 2017 über zweihundert Menschen in Potsdam ein. Eröffnet wurde die Tagung durch eine Podiumsdiskussion, die noch einmal die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich Ende der 1980er Jahre in der DDR erste Antifagruppen gründeten, umriss. Die Filmwissenschaftlerin Angelika Nguyen, der Politologe David Begrich, die Historikerin Annette Leo und der freie Autor Dietmar Wolf, alle vier Zeitzeug_innen des Umbruches in Ostdeutschland, erinnerten aus unterschiedlichen Perspektiven an Rassismus und Nationalismus in der DDR. Sie beschrieben wie sich diese in der Endphase der DDR zuspitzten und warum Menschen begannen, sich unabhängig von den Institutionen des dem eigenen Selbstverständnis nach antifaschistischen Staates DDR dagegen zu organisieren. Höhepunkt des Abends war ein Film, den die Aktivist_innen der Potsdamer Antifagruppe 1987 gedreht hatten. Der Stummfilm, der das politische und soziale Agieren der Gruppen zugespitzt darstellte, war ein besonderes Zeitdokument, kündete das in der offenen, heutigen Antifas kaum vorstellbaren Darstellungsweise zum Ausdruck kommende Selbstbewusstsein doch auch vom politischen Aufbruch, der sich in linken oppositionellen Kreisen in der DDR zu dieser Zeit ereignete. Schon am Eröffnungsabend zeichnete sich ab, was für die ganze Veranstaltung prägend sein sollte: Es waren tatsächlich viele Leute aus unterschiedlichen Generationen und Strömungen der ostdeutschen Antifa da, vor allem aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Und tatsächlich kam es zwischen Menschen verschiedenen Alters zu einem echten Austausch unterschiedlicher Erfahrungen, der das sonst oft übliche Dozieren der „Alten" weit hinter sich ließ. Im Mittelpunkt der Diskussionen am nächsten Tag stand die Zeit nach Wende und Wiedervereinigung. In Workshops wurde über die Bedeutung der ostdeutschen Neubauviertel für die Entwicklung der Neonaziszene, die Zusammenhänge zwischen Subkultur, Politisierung und Freiräumen, antifaschistische Praxen in



Bild: Archiv telegraph

Fanszenen, Kontinuitäten und Brüche des Aktivismus, Antifa und feministische Kämpfe, Ost-West-Konflikte in der Antifa, antifaschistische Kampagnenpolitik, Erinnern und Gedenken als politische Praxis und Strategien antifaschistischer Interventionen diskutiert. Herausragend war der Workshop zum Thema Militanz und Repression, in dem Betroffene staatlicher Repression sich sehr offen und ehrlich über ihre Erfahrungen und die Verletzungen, die Gerichtsverfahren und Knast hinterlassen, austauschten. Die von den Herausgeber_innen des Buches aufgeworfene These, dass es sich bei der ostdeutschen Antifa um eine eigenständige Bewegung handele, wurde zumindest für die Vergangenheit nicht in Frage gestellt. Während über die Konflikthaftigkeit des Aufeinandertreffens von ost- und westdeutschen Antifas in den 1990er Jahren weitgehend Einigkeit bestand und einige der Konflikte auch noch einmal nachgezeichnet werden konnten, blieb die Frage, ob sich die radikale Linke in Ost und West heute noch strukturell unterscheidet umstritten. Leider gelang es nicht, dies anhand einer vertieften Beschäftigung mit aktuellen Konflikten um unterschiedliche historische Erfahrungen und aktuelle Handlungsbedingungen in der radikalen Linken, wie z.B. in der „Siegerjustiz-Debatte" in der „Roten Hilfe", zu klären. Generell war die Tagung von einem Klima des offenen und freundlichen Umgangs miteinander geprägt. Nach den Konflikten der frühen 2000er Jahre war das Bemühen deutlich erkennbar, konstruktiv miteinander umzugehen und politische Divergenzen nicht zu eskalieren. Unter diesen Bedingungen wurde die Tagung für viele zum großen Wiedersehen in angenehmer Atmosphäre. Gleichzeitig führte dies jedoch auch dazu, dass kaum theoretische Auseinandersetzungen geführt wurden und Widersprüche oft unausgetragen stehen gelassen wurden. Eine große Lehrstelle blieb während der Tagung das Thema Antifasommer / Aufstand der Anständigen. Die gravierenden Auswirkungen, die die seit Ende der 1990er Jahre stattfindende Einbindung antifaschistischer Gruppen und Aktivist_innen in staatliche und sogenannte zivilgesellschaftliche Strukturen hatte, waren zwar in vielen Diskussionen und Gesprächen im Hintergrund präsent. Eine umfassende Analyse dieser Entwicklungen und eine kritische Diskussion, was dies für die aktuellen Entwicklungen bedeutet, fand jedoch nicht statt. Von einer Vielzahl von Teilnehmer_innen wurde an die Organisator_innen im Anschluss der Wunsch nach einer Fortsetzung der Tagung und einem weiteren Treffen zur aktuellen Situation herangetragen. In diesem Wunsch kam, wie auch in der hohen Teilnehmer_innenzahl, ein neues Bedürfnis nach vertieftem Austausch und Selbstverständigung unter antifaschistischen Aktiven zum Ausdruck. Dieses ist Resultat des massiven gesellschaftlichen Rechtsruckes der letzten drei Jahre, wie auch des in Reaktion darauf erfolgenden Repolitisierungs- und Reorganisierungsprozesses in der linken Szene. Gleichzeitig wird in der Artikulation dieses Bedürfnisses im Zusammenhang mit der Potsdamer Tagung aber auch offenbar, dass es aktuell an überregionalen organisationsunabhängigen Plattformen des Austausches und der Vernetzung fehlt, auf die eine handlungsfähige autonome Antifa aber dringend angewiesen ist. Diesen Mangel werden die Organisator_innen der Potsdamer Tagung nicht beheben können und sehen es auch nicht als ihre originäre Aufgabe an. Festzustellen bleibt aber, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte antifaschistischen Engagements in Ostdeutschland in den letzten 30 Jahren offensichtlich gerade aktuell Impulse geben kann für die Diskussion darum, wie die in den letzten Jahren neu entstandenen rechten Bewegungen, Organisationen und die sie tragenden gesellschaftlichen Entwicklungen zu verstehen und zu bekämpfen sind. Es bleibt somit zu hoffen, dass die Diskussionen, die in Potsdam oft nur angefangen werden konnten, weitergeführt werden. •

Auf der Seite www.afa-ost.de wird eine umfangreiche Dokumentation der Tagung veröffentlicht.

RASSISMUS

Oury Jalloh oder die unendliche Geschichte eines Justizskandals

Nach 13 Jahren ist die Geschichte des Falls Oury Jalloh mehr als verworren. Wer in sie eintaucht, stellt fest: 1. Die Verwirrung gehört zur Nichtaufklärung wie die Bockwurst zu Deutschland. 2. Es geht nicht um den einen Skandal, es geht um eine Kette von Skandalen. Der größte ist, dass ein an Händen und Füßen gefesselter Mensch im Polizeigewahrsam stirbt. Über 13 Jahre und zwei Prozesse vergehen ohne Aufklärung. Verunmöglicht wird die Aufklärung durch Polizist_innen, die lügen und schweigen; eine Gesellschaft, die nicht nach den Todesumständen eines schwarzen Asylbewerbers fragt; eine Politik, die bewusst die Augen verschließt und einer Justiz, die die entscheidenden Fragen nicht stellt.

Die jüngste Welle der Aufmerksamkeit begann im August 2016 mit dem von der Dessauer Staatsanwaltschaft angeordneten Brandversuch in Dippoldiswalde. Im April 2017 kommt der Dessauer Staatsanwalt Bittmann zu einem für das bisherige Agieren der Justiz revolutionären Schluss: Es sei am wahrscheinlichsten, dass Oury Jalloh mit einer geringen Menge Brandbeschleuniger bespritzt wurde und das Feuer von dritter Hand gelegt worden war. Ein plausibles Tatmotiv könne hierbei sein, den Tod des Obdachlosen Mario Bichtemann 2002 und den Tod Hans-Jürgen Roses 1997 im bzw. kurz nach dem Gewahrsam im Dessauer Revier zu verdecken. „Oury Jalloh — das war Mord" wird damit erstmals offiziell Verdacht der Justiz. Damit verwirft Bittmann die Hauptermittlungsthese, die auch er über 12 Jahre vertrat und nach der alle Untersuchungen ausgerichtet wurden. Wenngleich es vor Dippoldiswalde schon Brandversuche gegeben hatte, war dieser der erste, der der Frage nachging, wie das Feuer in der Zelle entstanden ist. Dabei gab es frühzeitig Hinweise darauf, dass Oury Jalloh sich nicht selbst angezündet haben kann. Sie wurden immer wieder von der Oury-Jalloh-Initiative und der Familie Jalloh als Nebenklägerin vorgetragen. Die zentralen Fragen sind weder neu, noch beantwortet. Letztlich lassen sie sich in der einen Frage zusammenfassen: Was war auf dem Dessauer Polizeirevier los?

Es waren wenige engagierte Menschen, die immer wieder selbst Gutachten in Auftrag gaben und die Justiz zum Handeln zwangen. Sie wurden als Nestbeschmutzer, Verschwörungstheoretiker und linke Spinner diffamiert. Im Jahr 2012 wurde die jährliche Oury-Jalloh-Demonstration in Dessau von der Polizei rechtswidrig gestürmt, Transparente und Flugblätter wurden beschlagnahmt. Auslöser: der Schriftzug „Oury Jalloh — das war Mord". Bis heute nimmt die Polizei diese Parole immer wieder zum Anlass, eskalierend einzugreifen.

Im April 2017 brach Bittmann also mit den bisher bekannten Handlungsmustern der Justiz. Dass es überhaupt ein Todesermittlungsverfahren gibt, ist abermals auf Druck von außen zurückzuführen. Dass der Brandverlauf ohne Brandbeschleuniger nicht zu erklären ist, ergab bereits ein von der Initiative in Auftrag gegebenes Gutachten aus dem Jahr 2013. Letztlich dürfte für die Staatsanwaltschaft Dessau eben jenes Gutachten ausschlaggebend gewesen sein, die Todesumstände Oury Jallohs erneut zu beleuchten. Nun also ging Bittmann ungeklärten Fragen offen nach. Kurze Zeit später war er nicht mehr für den Fall zuständig. Mit seinen Erkenntnissen aus diversen Gutachten zum Brandversuch in Dippoldiswalde wandte er sich an die Bundesanwaltschaft mit der Bitte, ein Verfahren wegen des Verdachtes auf das Vorliegen eines Tötungsdeliktes zu führen. Doch diese lehnte ab. Das Verfahren ging zurück nach Sachsen-Anhalt, die Staatsanwaltschaft Dessau forderte beim Generalstaatsanwalt personelle Unterstützung an, um die notwendige Ermittlungsarbeit leisten zu können. Der entschied aber anders. Statt Personal nach Dessau zu schicken, entzog er Dessau das Verfahren und gab es im Juni 2017 an die Staatsanwaltschaft Halle. Diese kam bei Prüfung derselben Unterlagen zu einem gänzlich anderen Schluss als ihre Dessauer Kollegen und bereits im August verfasste der bearbeitende Staatsanwalt einen Vermerk, nach dem das Verfahren eingestellt werden sollte, weil kein Anfangsverdacht für eine Straftat vorläge.

Erneut war es ein Versuch, die unsägliche Skandalkette mit den üblichen Abwehrmustern für beendet zu erklären und erneut war es der Druck der Öffentlichkeit, der dies zumindest auf den Prüfstand stellte.

Die Brandgutachten wurden bis zuletzt als Geheimsache behandelt. Auf Fragen und Anträge der Nebenklage wurde nicht



Foto: christian-ditsch.de

reagiert. Der plötzliche Wechsel der zuständigen Staatsanwaltschaft sorgte erneut für Fragen und Misstrauen.

Im September erfolgte eine Landtagsdebatte auf Antrag der LINKEN zum Fall Oury Jalloh. Justizministerin Keding (CDU) wies dabei jegliche Fragen zurück, da das Verfahren laufe und nicht aus den Akten berichtet werden dürfe. Die CDU sorgte sich darum, dass Polizist_innen unter Generalverdacht gestellt würden. Der ehemalige Polizist Mario Lehmann erklärte für die AfD, dass der eigentliche Punkt doch sei, dass Oury Jalloh gar nicht in Deutschland hätte sein dürfen und dass er dann ja auch nicht gestorben wäre. Bereits 2017 hatte die AfD am Rande der Oury-Jalloh -Demonstration in Dessau provoziert. Im Jahr 2018 initiierte die AfD eine Gegenkundgebung. André Poggenburg sprach von „politischer Leichenfledderei“ und wollte dem „linksautonomen Propagandaspuk“ ein Ende setzen. Tatsächlich wurde der 7. Januar 2018 zum Tag der größten und erfolgreichsten Oury-Jalloh-Demonstration, die Dessau je gesehen hat.

Indes agierten Justiz und Politik wie immer. Anträge auf Sondersitzung des zuständigen Rechtsausschusses wurden abgelehnt, und die Einschätzungen Bittmanns waren nach wie vor nicht öffentlich, bis es zu einer Befragung des Generalstaatsanwaltes von Sachsen-Anhalt, Jürgen Konrad kam. Dieser legte dar, dass die Befunde der Sachverständigen sehr widersprüchlich seien. Doch seien sich alle einig gewesen, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass sich Oury Jalloh selbst angezündet habe. Dass eine größere Menge Brandbeschleuniger im Spiel gewesen sei, sei hingegen ausgeschlossen. Es gäbe keinen Grund und keine Chance weiter zu ermitteln. Was er nicht sagte, wurde wenige Tage später durch einen Bericht des Magazins Monitor öffentlich: Der Inhalt des Vermerkes von Staatsanwalt Bittmann vom April 2017. Dass die Gutachter unisono von einer geringen Menge Brandbeschleuniger ausgingen. Dass sie alle es für wahrscheinlicher hielten, dass Oury Jalloh angezündet wurde, als dass er sich angezündet habe. Und dass Bittmann Polizisten als konkrete Tatverdächtige benannte.

Während im Landtag von Sachsen-Anhalt um die Notwendigkeit der Akteneinsicht und der Veröffentlichung der Brandgutachten gestritten wurde, kam die Justiz erneut in Erklärungsnot. Die Justizministerin wies schließlich an, dass der Fall erneut überprüft werden soll. Sie übertrug diese Aufgabe eben jenem Generalstaatsanwalt, der die entscheidenden Erkenntnisse der Gutachter verschwiegen hatte. Dass von eben jenem Generalstaatsanwalt Aufklärung oder auch nur der Wille dazu zu erwarten ist, darf bezweifelt werden.

Auf politischer Ebene steht die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss erneut im Raum. Die Grünen würden sich dem ‚nicht verschließen‘, Die LINKE fordert ihn, kann ihn aber allein nicht einsetzen. Um einen solchen Ausschuss zu erzwingen braucht es 22 Abgeordnete. Das scheint mit Blick auf die Fraktionsgrößen (LINKE 16, SPD 11, Grüne 5) und die Tatsache, dass die CDU bereits mehrfach zugunsten von AfD-Anträgen mit der Koalitionsdisziplin des gemeinsamen Abstimmungsverhaltens gebrochen hat, zumindest möglich. Was der Untersuchungsausschuss tatsächlich zum Tod Oury Jallohs herausfinden kann, bleibt angesichts des bisherigen Aussageverhaltens potenziell zu Befragender freilich unklar. Anlässlich der Aussage des Generalbundesanwaltes zur angeblich nicht ersichtlichen Staatsgefährdung drängt sich die Frage auf, worin diese für Justiz und Politik im Fall Oury Jalloh eigentlich wirklich besteht: Darin, dass Polizisten einen Menschen, wahrscheinlich aus rassistischen Motiven, töteten, oder darin, dass das herauskommt? •

GESELLSCHAFT

Seit einigen Jahren kursiert der Begriff des Populismus verstärkt durch die politische Diskussion, wenn es darum geht, die AfD und andere, jüngst entstandene rechte Bewegungen einzuordnen. Als rechtspopulistisch werden z.B. Marine Le Pens „Front National“ aus Frankreich, Heinz-Christian Straches FPÖ aus Österreich, Viktor Orbáns „Fidesz“ aus Ungarn oder Geert Wilders „Partij voor de Vrijheid“ aus den Niederlanden bezeichnet.

Populismus: Eine begriffliche Verharmlosung

Aus linker Perspektive ist die allgemeine Anwendung des Begriffs Rechtspopulismus auf (extrem) rechte Bewegungen oder Parteien aus drei Gründen zu problematisieren. Erstens leistet der Begriff des Populismus Links-Rechts-Gleichsetzungen Vorschub statt die Unterschiede zu konturieren. Zweitens werden die dort beschriebenen Phänomene verharmlost, indem die Diskurs- bzw. Rhetorikform statt die ideologische Formation ihrer Anhänger_innen bedeutungsvoll wird. Und drittens befördert dieser Begriff Querfrontpraxen unter dem Label vermeintlich gemeinsamer Systemkritik von links und rechts.

Links ist nicht gleich Rechts

Populismus ist zunächst einmal Teil jeder Politik, die den diskursiven Zugriff auf eine politische Masse erlaubt. Alle Parteien in einer Demokratie wenden sich an „das Volk“ und wollen dieses vertreten. So gesehen wären alle Parteien irgendwie problematisch oder irgendwie unproblematisch. Eine Bestimmung des Populismus allein als diskursive Form macht keine Unterschiede zwischen populistischen Äußerungen linksliberaler, konservativer oder rechter Positionen. Eine solche Bestimmung tut so, als ginge es lediglich um Aufmerksamkeit, die schließlich alle aus dem politischen Geschäft bekommen wollen. Aber es macht einen Unterschied, ob jemand Aufmerksamkeit und Zuspruch für rassistische, völkische und nationalistische Äußerungen erhält oder für Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, die vielleicht unterkomplex in einer populistischen Aussage formuliert sind, aber niemanden töten.

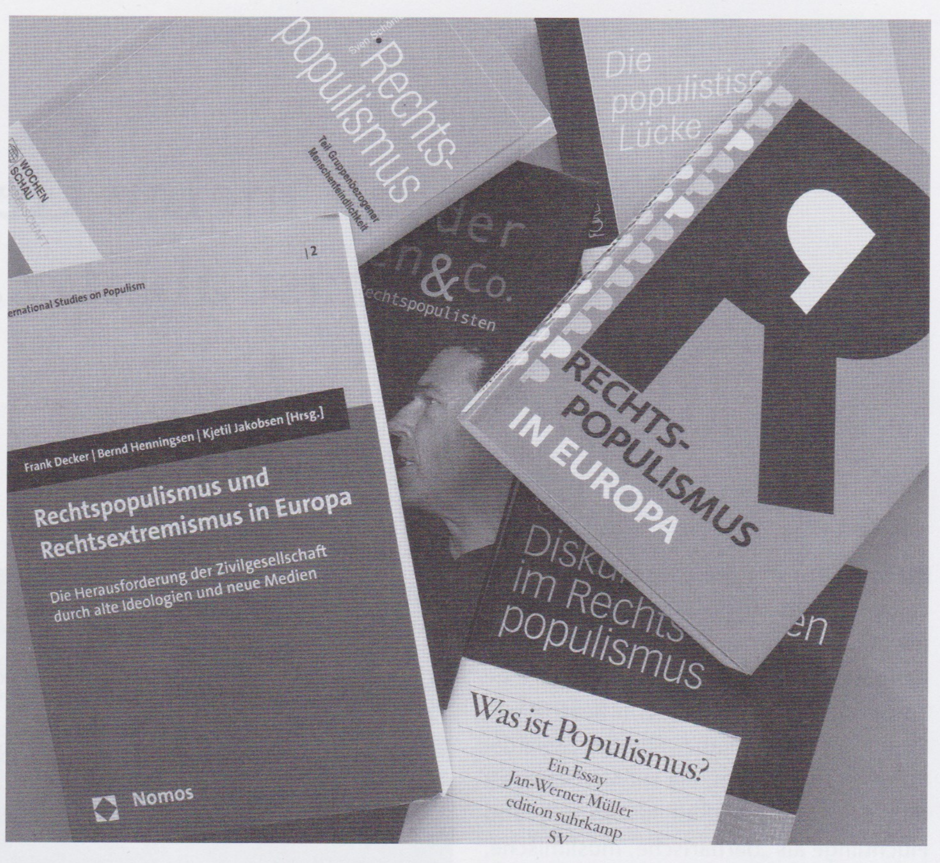
Ein solches Verständnis von Populismus, das ideologische Inhalte für unbedeutend hält oder die ideologischen Voraussetzungen seiner Anhänger_innen als Ängste und Sorgen herunterspielt, ist für eine antifaschistische Theorie und Praxis unbrauchbar. Es geht den Rechten nicht zuerst darum, ihre Argumente auf einen faktenbasierten Prüfstand zu stellen oder ihren (angeblichen) Ängsten Ausdruck zu verleihen, sondern darum, einen Affekt zu mobilisieren, Ressentiments zu verstärken und den Bereich zu vergrößern, in denen rechte Deutungen gesellschaftlicher Wirklichkeit präsent sind. Die weit verbreitete Verwendung des Populismusbegriffes arbeitet so dem viel kritisierten Extremismusparadigma zu. Gemäß dieser besonders beim Verfassungsschutz beliebten Theorie gibt es eine gute, demokratische Mitte und gleichermaßen gefährliche Links- und RechtsextremistInnen an den Rändern der Gesellschaft. Der Populismusbegriff folgt einem ähnlichen Schema, wenn Populismus als Oberbegriff verschiedener Ableitungen, wie linker, rechter oder liberaler Populismus gilt.

Die diskursive Form im Ideologischen

Wenn wir im Kontext der extrem Rechten von populistisch reden, dann in dem Sinne, dass populistisches Sprechen eine Form politischer Anrufung ist. Diese ruft das „Volk“ durch solche Kategorien wie Nation, Geschichte, Blut („Rasse“) und/oder Kultur als Gemeinschaft an. Allein unter diesem Blickwinkel als politische Anrufung wäre der Begriff Populismus für eine Analyse geeignet: sprich die Untersuchung der Wirkmächtigkeit populistischer Äußerungen als Agitation oder Propaganda gegenüber bspw. rechten Publikationen bei denjenigen, die bereits offen sind für rechte Positionen. Diese politische Anrufung garantiert vor allem eins: Sie bietet all denen die Möglichkeit endlich ihren Rassismus und Nationalismus zu artikulieren; verpackt als politische „Meinung“, veralltäglicht zum „gesunden Menschenverstand des kleinen Mannes“. Ihre „postfaktischen“ Lügen können sie als Angriff auf die so genannten Eliten oder das Establishment ausweisen, ohne sich deswegen rechtfertigen zu müssen.

PEGIDA oder AfD — mit ihrer besonderen politischen Anrufung an die, die sich als Volk fühlen — sind so erfolgreich, weil sie zur Enthemmung beitragen und die Balance zwischen Anpassungs- und Rebellionsbedürfnis ihrer AnhängerInnen geschickt austarieren. Ihnen gelingt es, die lange in der Öffentlichkeit zurück gehaltenen rassistischen Dispositionen vieler Menschen zu entfesseln. Wer diese Menschen nur PopulistInnen nennt, will nicht

sehen, dass Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. AfD und auch „Front National“ werden nicht nur von ArbeiterInnen[1] gewählt, sondern in fast gleichem Maße von der bürgerlichen Mitte. Populistisches Sprechen, also die Anrufung eines homogenen „Volkes“, sollte daher als Teil rechter Ideologien verstanden, aber nicht zur alleinigen Charakterisierung, sprich als Oberbegriff rechter Parteien oder Bewegungen selbst genutzt werden.



Gegen Querfrontallianzen

Was sich im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen so oft als Ängste und Sorgen legitimieren will, ist bereits (latent) vorhandenes Ressentiment. Es bricht vor allem unter Zuspruch solcher TabubrecherInnen, als die sich rechte AgitatorInnen gerne hinstellen, hervor. Dies ist einer der besonderen Tricks rechter Agitation, die Affekte ihrer AnhängerInnen aufzugreifen[2].

Es gibt gleichwohl linke TheoretikerInnen[3], die aus dieser Erkenntnis die Konsequenz ziehen, dass linke Politik ebenfalls an die Affekte und die angeblich natürlichen Vergemeinschaftungssehnsüchte appellieren müsse. Ein solcher Linkspopulismus sollte aus linksradikaler Perspektive aus zwei Gründen kritisiert werden und kann keine geeignete Strategie gegen rechten Bestrebungen in der deutschen Gesellschaft sein. Der erste Kritikpunkt leitet sich aus der folgenden Überlegung des Politologen Ernesto Laclau ab: „Es gibt keinen Grund, warum ein bestimmter demokratischer Anspruch nicht mit solchen artikuliert werden könnte, die politisch völlig anders gelagert sind. Es ist naiv zu glauben, die rassistischen und fremdenfeindlichen Diskurse der Rechten seien durch und durch reaktionär — auch in ihnen gibt es Anrufungen von realen Bedürfnissen und Ansprüchen der Subalternen, die eben mit reaktionären Elementen verknüpft sind.“ Hier öffnet sich ein linker Populismus für Querfrontallianzen von links und rechts. Statt eine dringlich gebotene Konturierung der Unterschiede zu unterstützen, wird vorgeschlagen, sich auf die vereinenden Aspekte zu konzentrieren.

Der zweite Kritikpunkt bezieht sich auf die angebliche Kollektivsehnsucht von Menschen, die ein linker Populismus bewusst bedienen sollte. Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe schreibt, dass es einen Trieb im Menschen gäbe, der „den Wunsch erweckt, mit der Masse zu verschmelzen und sich damit selbst in sich zu verlieren“. Mouffe kritisiert aber nicht die verbreitete autoritäre Unterwerfung, die sich in solchen Verschmelzungsphantasien ausdrückt, und enthistorisiert so die Bildung kollektiver Identitäten. Stattdessen anthropologisiert sie diese als „psychologische Grundausstattung des Menschen“. Die Konturierung von linken und rechten Positionen ist nicht nur vor dem Hintergrund bereits existierender Querfrontallianzen oder dem Bestreben von Organen des Verfassungsschutzes, links und rechts einander gleich zu setzen voranzutreiben. Sie ist auch angesichts einer intellektuellen Neuen Rechten von Nöten, die sich genau die Überwindung von linken und rechten Polarisierungen zum Ziel gesetzt hat, und für die jede Gelegenheit auf öffentliches Gehör, ihrer Strategie — Anerkennung in politischen Diskursen zu erlangen — zuarbeitet. AntifaschistInnen sind heute wieder mit einem vielfältiger gewordenen rechten Spektrum konfrontiert. Rechtes Denken bezieht sich stets positiv auf Heimat, Volk, Identität, Nation und partikulares Denken. Es wendet sich u. a. negativ gegen linke und als fremd betrachtete Menschen, das so genannte Establishment, den Universalismus und den Egalitarismus. Der Begriff des Populismus schafft einen Schutzraum für diejenigen Rechten, die sich hinter weniger krassen Positionen verstecken und für ihre rassistische Hetze Meinungsfreiheit reklamieren. Dieser Situation kann nicht mit einer Verschleierung rechter Positionen unter dem allgemeinen Begriff des Populismus begegnet werden. Stattdessen gilt es, die zunehmende Geltung rechter Positionen — also ihre Popularisierung — und damit ihre Artikulation im öffentlichen Diskurs zu bekämpfen. •

1 Der Verweis auf die die angeblich prekäre Lebenssituation von Menschen, die AfD und „Front National“ wählen, lässt sich empirisch nicht halten. Dennoch gilt der Verweis auf prekäre Lebenslagen häufig als Erklärung für den Zulauf, den rechte Parteien erhalten. **2** Die Studie „Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation“ von Leo Löwenthal und Norman G. Guterman (1982 [1949]) ist nach wie vor hochaktuell. **3** Beispielhaft dafür: Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Suhrkamp Verlag und Laclau, Ernesto (2014): Warum Populismus? Online unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-populismus/ [02.02.2018].

REPRESSION

„Warum ich meine Geldstrafe im Knast absitze…“

GASTBEITRAG: JULIA PIE

Im Februar sollte ich meine zweiwöchige Haftstrafe in der Lübecker JVA antreten. Ich wurde im Juni 2017 vom Amtsgericht Kiel dafür verurteilt, dass ich eine Torte auf die AfD-Politikerin Beatrix von Storch geworfen habe. Für die „Beleidigung“ der Politikerin, die auf Menschen an den Grenzen schießen lassen will und Flüchtlinge als „barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden“ bezeichnet, sollte ich eine Geldstrafe zahlen. Hier möchte ich erzählen, warum ich mich dafür entschieden habe, die Geldstrafe im Gefängnis abzusitzen. Eines möchte ich direkt vorweg klarstellen: Es hätte genügend Geld gegeben, um die 150 Euro zu bezahlen — es gab sogar konkrete Angebote von solidarischen Gruppen und Freund*innen.



Fotos: Hanna Poddig

Dass ich das Geld nicht bezahlen wollte, ist in erster Linie eine politische Entscheidung gewesen. Ich wollte damit zeigen, dass der Staat sogar so weit geht, Menschen für kreative Proteste gegen die AfD und deren rassistische, sexistische und homophobe Politik einzusperren. Jetzt könnte entgegnet werden, dass ich mich durch meine Entscheidung selbst in den Knast gebracht habe. Meine zuständige Rechtspflegerin erklärte mir sogar bei einem Telefonat, dass „sie mich ja gar nicht für eine Straftäterin hält, aber sie ja leider trotzdem die Strafe vollstrecken muss.“. Damit leugnet sie, dass sie sich selbst für diesen Job entschieden hat und täglich neu dafür entscheidet. Ich könnte nicht in den Knast gehen, wenn es nicht Menschen wie sie gäbe, die aus „Erfüllung ihrer beruflichen Pflicht“ heraus Strafen vollstrecken und die Türen der Gefängnisse geschlossen halten.

Dass es überhaupt möglich ist, für einen Tortenwurf ins Gefängnis zu kommen, deutet auf die Absurdität von Knästen hin. Noch deutlicher wird diese, wenn man sich anschaut, wofür andere Menschen eingesperrt werden. Menschen, die beispielsweise nur ihr Bedürfnis nach Bewegungsfreiheit ausleben und damit gegen die Residenzpflicht verstoßen, „illegal“ Grenzen überquerten oder einfach nur ohne Fahrkarte Zug gefahren sind. Bei all dem soll das Individuum den Fehler bei sich selbst suchen und wird dadurch von gesamtgesellschaftlichen Missständen abgelenkt.

Gesetze sorgen dafür, dass Menschen aufhören, selbst darüber nachzudenken, was für sie persönlich moralisch legitim ist. Die Verantwortung dafür wird auf den Staat und sein Gerichtssystem abgeschoben. Gleichzeitig führen Gerichte und ihre Strafen dazu, dass in der Gesellschaft die Fähigkeiten zur Konfliktlösung verkümmern. Dabei gibt es in diesem Bereich so spannende Ansätze und Ideen. Methoden wie „restorative justice“ oder Mediation werden heute schon in vielen Bereichen erprobt und erfolgreich angewendet.

Im Gegensatz zu diesen Methoden sind Strafe und Knast nicht dazu geeignet, gesellschaftliche Konflikte zu lösen. Denn die Ursachen für Kriminalität werden nicht angegangen.

Um beim Beispiel Schwarzfahren zu bleiben: Wer schon vorher das Zugticket nicht bezahlen konnte, wird es auch nach dem Absitzen der Strafe nicht bezahlen können. Stattdessen droht die Gefahr, dass



Menschen bei einem längeren Knastaufenthalt ihren Job oder ihre Wohnung verlieren und sich danach in einer noch prekäreren Situation befinden. Die Bedingungen der Haft verstärken die Gefahr einer weiteren Verarmung. Bei derzeitigen Protesten in der JVA Neumünster beschweren sich Gefangene zum Beispiel darüber, dass es für ihre dortige Arbeit keinen Mindestlohn und keine Einzahlung in die Rentenkasse gibt und sie gleichzeitig überteuerte Einkaufspreise zahlen müssen. 1 bis 2 Euro Stundenlohn sind im Knast trauriger Normalzustand.

Meine Strafe wird auch nichts daran ändern, dass die Politik der AfD homophob, rassistisch und menschenfeindlich ist. Während ich im Knast bin, werden weiterhin Menschen im Mittelmeer ertrinken und fast täglich Flüchtlingsheime angegriffen werden. Daher werde ich auch in Zukunft mit allen Mitteln, die ich selbst für notwendig halte, Widerstand gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck leisten.

Wenn ich Menschen aus meinem politischen Umfeld von meinem Knast-Aufenthalt erzähle, höre ich häufig, wie „mutig" sie meine Entscheidung finden. Natürlich freue ich mich über die solidarischen und unterstützenden Reaktionen. Aber für mich hat meine Inhaftierung nichts mit Mut zu tun. Ich bin unsicher, nervös und angespannt-neugierig auf die Erfahrung. Gleichzeitig habe ich das Gefühl, in einer unglaublich privilegierten Situation zu sein. Denn — im Gegensatz zu den meisten Inhaftierten — kann ich im Notfall jederzeit das Geld zahlen und habe ein Netzwerk aus solidarischen Menschen im Rücken. Die meisten Gefangenen werden von ihrem sozialen Umfeld stigmatisiert und ausgegrenzt.

Ich stattdessen weiß, dass es Menschen gibt, die Briefe schreiben, Gerichtsprozesse begleiten, Pressemitteilungen schreiben, Flyer designen, Transparente malen, mir durch ihre Musik Kraft geben, sich um nervigen „Orga-Kram" kümmern oder bis spät in die Nacht wach bleiben, um sich meine Ängste anzuhören. Ohne all dies wäre es für mich nicht möglich in den Knast zu gehen. Eigentlich ist es eher beliebig, dass ich diesmal diejenige bin, die im Knast landet. Denn die meisten dieser Aufgaben habe ich bei anderen Aktionen schon einmal selbst übernommen. Es ist für mich ein wichtiger Teil politischer Arbeit, jedes Mal neu auszuloten, mit welcher Aufgabe ich mich gerade wohlfühle und mit welchen Fähigkeiten und Ressourcen ich mich einbringen kann. Jetzt trifft es mich, aber gemeint sind wir alle. Diesmal ist mein Platz im Knast, aber bald schon werde ich wieder hinter den Barrikaden stehen. Hoffentlich gemeinsam mit euch.

... und warum ich es wieder tun würde

Fast eine Woche liegt mein Knast-Aufenthalt nun zurück. Ich bin noch dabei, die gemachten Erfahrungen zu verarbeiten und einzuordnen. Aber eins weiß ich schon jetzt: Ich würde es wieder tun. Warum ich weiter mit Torten werfen werde, erklärt sich von selbst. Aber, und das ist noch viel wichtiger, ich würde auch wieder in den Knast gehen.

Ich hoffe sogar, dass ich mehr Aktivist_innen dazu inspiriere ihre Tagessätze abzusitzen. Allein finanziell lohnt sich das: Bei einem Gefängnis-Aufenthalt zahlen Staat und Gerichte ordentlich drauf, anstatt sich von unseren Soli-Geldern mästen zu lassen. Für mich musste der Staat knapp 2.000 Euro bezahlen und das bei einer Geldstrafe von 150 Euro. Außerdem hat man bei Tagessätzen immer eine Notfall-Reißleine, denn es ist jederzeit möglich, den Rest der Strafe zu zahlen oder sogar von vornherein zu planen, nur für einige Tage reinzugehen.

Ein Knast-Aufenthalt hilft auch dabei auszutarieren, welche Repressions-Risiken man bei der eigenen politischen Arbeit eingehen will. Es ist ein ermächtigendes Gefühl zu wissen, dass der Staat einen zwar einsperren kann, aber einen selbst im Gefängnis nicht davon abhalten kann, für die Sachen zu kämpfen, die einem wichtig sind. Nur mein Fokus hat sich etwas verschoben. Schon vor meinem Knast-Aufenthalt hatte ich theoretische Anti-Knast-Texte gelesen. Da ich diese theoretischen Texte jetzt mit praktischen Erfahrungen verbinden kann, ist mir noch klarer geworden, dass niemand eingesperrt werden sollte. Darüber würde ich gern mit Euch diskutieren und werde dazu im Sommer auf eine Anti-Knast-Vortragstour gehen. Zum Schluss möchte ich betonen, dass mein Knast-Aufenthalt ohne die vielen Unterstützer*innen und Briefeschreiber*innen nicht möglich gewesen wäre. Danke für eure Solidarität! •

Meine Erfahrungen könnt ihr auf folgendem Blog nachlesen: http://subtilus.blogsport.de/anarchist-black-cross/tortenwerferin-im-knast
Schreibt mir, wenn ihr Interesse daran habt, mich für einen Vortrag einzuladen: julia-pie@riseup.net

REPRESSION

Der SV Babelsberg 03 wehrte sich konsequent gegen ein Urteil des Sportgerichts vom Nordostdeutschen Fußballverband (NOFV), bis dieser sogar mit Zwangsabstieg drohte. Ein Gespräch Anfang März 2018 konnte den Konflikt vorerst lösen. Ob sich der Verband dem Problem der extremen Rechten im Fußball nun ernsthaft stellt, darf bezweifelt werden.

Kein Fußball den Faschisten?

Spieltag

Die Regionalliga Nordost am 28. April 2017: Der FC Energie Cottbus ist beim SV Babelsberg 03 zu Gast. Für die Fans im Karl-Liebknecht-Stadion wird es eines der wenigen Spieltage der Saison, an dem im Gästeblock eine größere Anzahl gegnerischer Fans zu erwarten ist. Die Freude darüber hält sich bei vielen Babelsberg Fans aus der linksalternativ geprägte Nordkurve trotzdem in Grenzen. Schließlich ist damit zu rechnen, dass sich unter den Cottbuser AnhängerInnen einige Neonazi-Hools aus dem Umfeld von „Inferno Cottbus" befinden werden. Beste Voraussetzungen für ein Hochsicherheitsspiel also.

Kurz nach Anpfiff betritt eine Gruppe von etwa 30 bis 40 teils vermummten Personen den Gästeblock. Mit im Gepäck: Böller und Raketen, die in Richtung Nordkurve gefeuert werden. Um die 30igste Spielminute muss das Spiel unterbrochen werden, weil ein Teil der Gruppe auf den Zaun steigt und versucht, auf das Spielfeld zu gelangen, was einzelnen auch gelingt. Während des Spiels fallen immer wieder rassistische und antisemitische Parolen wie „Babelsberg 03, Zecken, Zigeuner und Juden" oder „Arbeit macht frei, Babelsberg 03". Passend dazu werden einschlägige Banner präsentiert, unter anderem eines von der Chemnitzer „New Society" („NS-Boys"). Außerdem zeigen mindestens zwei Personen offen den Hitlergruß, anscheinend ohne Hemmung, dabei in Großaufnahme gefilmt zu werden.

Als das Spiel wegen eines zweiten Platzsturms Anfang der zweiten Halbzeit erneut unterbrochen wird, steht es kurz vor dem Abbruch. Dass die Schiedsrichter entscheiden, die Partie trotzdem irgendwie zu Ende zu bringen, ermöglicht den Heimfans eine zumindest sportliche Genugtuung: Mit der letzten Szene des Spiels gelingt den Babelsbergern der 2:1 Siegtreffer im Brandenburg-Derby.

Skandalurteil

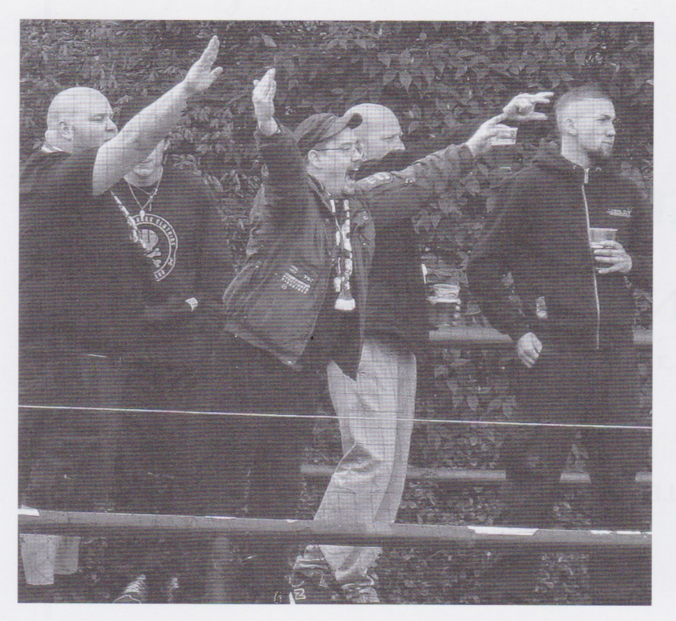
Der Einsatz von Pyrotechnik, zwei Spielunterbrechungen wegen versuchten Platzsturms: Dass der SV Babelsberg 03 mit einem Sportgerichtsverfahren und einer Geldstrafe rechnen musste, war zu erwarten. Denn wie in den höchsten Spielklassen ist der gastgebende Verein für die Sicherheit im Stadion verantwortlich. Mitte Juni 2017 geht dann das Urteil des Sportgerichts des NOFV auf der Babelsberger Geschäftsstelle ein. Im schriftlichen Verfahren, ohne Möglichkeit einer mündlichen Verhandlung, enthält es eine Strafzahlung in Höhe von 7.000 Euro sowie die Androhung eines „Geisterspiels" unter Ausschluss der Öffentlichkeit, wegen „fortgesetzt unsportlichen Verhaltens seiner Anhänger"[1].

Der eigentliche Skandal aber zeigt sich im Text zur Urteilsbegründung: Zu den Gründen wird aufgezählt, dass „eine Person mit rotem Punkerhaarschnitt aus dem Babelsberger Fanblock in Richtung des Cottbuser Fanblockes: „Nazischweine raus"[2] [rief]". Von den rassistischen und antisemitischen Parolen im Gästeblock und selbst vom Zeigen des Hitlergrußes ist im Urteilstext hingegen keine Rede. Ob als Beweis dafür, auf dem rechten Auge blind zu sein oder für juristisches Unvermögen: Beides wäre skandalös genug.

Auf Seiten des NOFV hatte man offenbar damit gerechnet, dass sich der Fall durch die Zahlung der Strafe erledigen werde. Einen Einspruch vom SV Babelsberg 03 hatte man mit dem Hinweis auf einen Formfehler nicht zugelassen. Doch die Vereinsführung rund um den Präsidenten Archibald Horlitz machte unmissverständlich klar: „Die Höhe der auferlegten Strafe und die Begründung sind für den SV Babelsberg 03 skandalös, unverständlich und unakzeptabel."[3] So lange der Hinweis auf den „Nazischweine"-Ruf in der Urteilsbegründung enthalten ist, werde man das Urteil nicht akzeptieren.

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen?

Nachdem der Druck auf den NOFV durch die kritische Berichterstattung und das Einschalten des DFB-Präsidenten Reinhard Grindel immer weiter zunahm, wies der Verband jegliche Verantwortung von sich. Zur Frage, weshalb das Gericht die Vorfälle im Gästeblock ignoriert hatte und man erst durch Druck des DFB ein zweites Verfahren gegen den FC Energie Cottbus einleitete, behauptete der Vorsitzende des Sportgerichts Stephan Oberholz in einem Radio-Interview Ende Januar 2018: „Da wussten wir nichts von, schlicht und ergreifend."[4] Möglich ist diese Behauptung dadurch,





Fotos: Presseservice Rathenow

dass der Verband nicht auf schriftlichem Wege über die Vorfälle informiert worden ist. Denn anscheinend hielten es weder die Schiedsrichter noch der NOFV-Spielbeobachter Mario Pinkert für nötig, die rassistischen und antisemitischen Parolen in ihren Berichten festzuhalten. Von den Vorfällen gewusst haben muss Oberholz aber unabhängig vom Spielbericht: Denn im Urteil selbst wird darauf hingewiesen, dass sich dieses auf „Inaugenscheinnahme der TV-Bilder über die Vorfälle" (u.a. RBB, YouTube, Facebook) bezieht.

Laut Vereinssatzung des NOFV hat dieser die Aufgabe „rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen sowie anderen diskriminierenden und menschenverachtenden Verhaltensweisen entschieden entgegen zu treten". Dass hier eine große Diskrepanz zwischen angeblichem Engagement gegen Rassismus und dem hierbei gegenteiligen Handeln besteht, zeigt sich an diesem Konflikt mehr als deutlich.

Im gleichen Radio-Interview vom Januar 2018 gab Oberholz zu, die Bemerkung zum „Nazischweine"-Ruf „hätte man besser rausgelassen"[5]. Ein konsequentes Eingeständnis ist das allerdings nicht, denn gegenüber dem SV Babelsberg 03 drohte man gleichzeitig mit dem Ausschluss aus dem Ligabetrieb, wenn dieser nicht zahle.

Solidarität

Die Babelsberger Strategie der konsequenten Haltung gegen das Urteil fand nicht nur in der lokalen Presse weitgehende Unterstützung. Letztlich wurde der Fall des Fünftligisten, der sich gegen seinen Verband stellt, sogar international verfolgt, mit Berichten in der Washington Post bis zurmNew Zealand Herald. Der NOFV sah sich nun weltweiter Aufmerksamkeit und Kritik ausgesetzt. Offensichtlich hat der Verband die Tragweite der Entscheidung, den Einspruch gegen das Urteil abzulehnen, völlig unterschätzt.

Babelsberg erfuhr durch die positive Berichterstattung eine breite Solidarität: Unterstützung kam nicht nur von nahe stehenden Vereinen wie der BSG Chemie Leipzig, sondern auch von Klubs und Fanszenen der oberen Spielklassen. Von dieser breiten Solidarität motiviert startete man die Kampagne „Nazis raus aus den Stadien!", die offensichtlich einen Nerv getroffen hat. Denn mittlerweile wird die Initiative von Vereinen mit großer Reichweite unterstützt, darunter Bundesligisten wie Werder Bremen, Borussia Dortmund oder der 1. FC Köln. Unter anderem stellen diese Spendenboxen auf und verkaufen Solidaritäts-Shirts. Mit dem Gewinn werden kleinere Vereine bei ihren Antirassismusprojekten sowie freie Fanprojekte in ihrer Arbeit gegen Rechts unterstützt.

Konflikt gelöst?

Anfang März 2018 fand ein Gespräch zwischen dem SV Babelsberg 03 und dem NOFV statt, nachdem sich der Potsdamer Oberbürgermeister als Schlichter im festgefahrenen Konflikt angeboten hatte. In einer gemeinsamen Presseerklärung wurde der Streit nach gut acht Monaten für beendet erklärt. Zwar wird der Satz mit dem „Nazischweine"-Ruf aus dem Urteil gestrichen, doch die 7.000 Euro Geldstrafe bleibt bestehen. Dennoch ein Erfolg, denn die Hälfte der Strafe kann der Verein „für sicherheitstechnische, infrastrukturelle, gewaltpräventive Maßnahmen oder Maßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus" einsetzen. Gleichzeitig wird der NOFV die übrigen 3.500 Euro für die „Finanzierung von Aktionen gegen Rassismus und Rechtsextremismus, für Fairness, Respekt und Toleranz" verwenden. „Wenn man sieht, welche Bewegung sich entwickelt hat, hat sich der Kampf gelohnt", so Horlitz.

Keine Rücktritte der Verantwortlichen beim NOFV, stattdessen Absichtserklärungen, sich nun wirklich konsequent gegen extreme Rechte einzusetzen. Wie ernst es dem Verband damit ist, muss von einer breiten Öffentlichkeit beobachtet werden. •

1 Urteil des Sportgerichts des NOFV, einsehbar unter https://babelsberg03.de/wp-content/uploads/2017/09/Anlage- 4-Urteil.pdf. 2 Ebd. 3 Stellungnahme zum Urteil des NOFV-Sportgerichts, einsehbar unter https://babelsberg03.de/blog/2017/06/28/stellungnahme-zum-urteil-des-nofv-sportgerichts. 4 „Politische Äußerungen im Fußball. Zweierlei Maß?" einsehbar unter http://www.deutschlandfunk.de/politische-aeusserungen-im-fussball-zweierlei-mass.1346.de.html?dram:article_id=408860. 5 Ebd.

ITALIEN

„Kein Schritt zurück“

Wie Genua sich gegen neue Neonazi-Strukturen und neofaschistische Gewalt wehrt

GASTBEITRAG DES MEDIENKOLLEKTIVS „LEFT REPORT“

Am 12. Januar 2018 wurden in Genua Antifaschist_innen überraschend von Neonazis angegriffen, während sie Plakate für eine Demonstration klebten. Einem der Antifaschisten wurde dabei eine schwere Stichwunde am Rücken zugefügt. Die Angreifer können dem neuen „Casa Pound“ in Genua zugeordnet werden, das erst im November 2017 eröffnet wurde. Am 3. Februar 2018 fand daher eine antifaschistische Großdemonstration statt.

Traditionell gilt Genua als Hochburg des Widerstands gegen den Faschismus. Schon während der deutschen Besatzung ab 1943 sabotierten antifaschistische Aktionsgruppen militärische Einrichtungen der Wehrmacht wiederholt durch Bombenanschläge. 1945 begannen Partisan_innen und Teile der Genuesischen Bevölkerung einen Aufstand gegen die deutschen Truppen und konnten diese erfolgreich zerschlagen. Genua ist die einzige der damals von Deutschen besetzten italienischen Städte, in der sich die Streitkräfte den Vertreter_innen des Widerstands direkt ergaben. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Stadt Teil des norditalienischen „Industrie-Dreiecks“[1] und war geprägt von einer linkspolitisch ausgerichteten Arbeiter_innenschaft. Im Jahr 1960 verhinderte die Bevölkerung durch militante Proteste einen Kongress der neofaschistischen Partei „Movimento Sociale Italiano“ (MSI). Noch heute beziehen sich genuesische Antifaschist_innen oft auf ihre widerständige Geschichte.

Bisher gab es kaum nennenswerte Neonazi-Aktivitäten und keine organisierten rechten Strukturen in Genua und bis Anfang 2018 hatte es seit Jahrzehnten keinen gewalttätigen Angriff auf Antifaschist_innen durch Neonazis gegeben. Kürzlich eröffneten allerdings gleich zwei neofaschistische Zentren in der Stadt — eines davon ein Sitz von „Casa Pound“.

„Casa Pound“ ist eine neofaschistische HausbesetzerInnenbewegung und Partei, die sich einen sozialen Anstrich gibt, tatsächlich aber klar rassistische und neofaschistische Positionen vertritt und durch vermeintlich gemeinnützige Arbeit die italienische Bevölkerung für ihre Ziele gewinnen will. Die Bewegung, die sich auf den Mussolini-Anhänger Ezra Pound bezieht, eröffnete seit ihrer Gründung im Jahr 2003 in mehreren italienischen Städten eigene Zentren. Teilweise handelt es sich dabei um Wohnprojekte, in denen Mitglieder der Vereinigung leben und teilweise um reine Büroräume, die für die Parteiarbeit genutzt werden — wie im Fall von Genua. Die Ziele von „Casa Pound“ bestehen in der Durchsetzung sozialer Maßnahmen nur für Italiener_innen im nationalistischen Sinn. Sie vertreten eine „Italians first“-Politik, die sich folglich insbesondere gegen Migrant_innen richtet und streben einen souveränen italienischen Nationalstaat unabhängig von der Europäischen Union an. Immer wieder sind Mitglieder von „Casa Pound“ in Gewalttaten gegen Migrant_innen, Antifaschist_innen und Andersdenkende verwickelt. Trotz des offenen Bekenntnisses der Bewegung zum Faschismus erlebte sie in den letzten Jahren eine Art Normalisierung, die nicht nur zu wachsender Akzeptanz, sondern durchaus zu Erfolg und einem starken Zuwachs von AnhängerInnen innerhalb der italienischen Bevölkerung führte. Die italienischen Institutionen und nicht zuletzt die Medien[2] trugen ihren Teil dazu bei, die neofaschistische Organisation „reinzuwaschen“. Obwohl Parteien gegen die italienische Verfassung verstoßen, wenn sie sich offen zum Faschismus bekennen, konnten die Mitglieder sich erfolgreich als AnhängerInnen eines „neuen Faschismus“ präsentieren, der vom „alten Faschismus“ abgegrenzt werden könne und somit durchaus verfassungskonform sei. Bei den italienischen Parlamentswahlen am 4. März 2018 trat „Casa Pound“ mit ihrem Spitzenkandidaten und Mitbegründer Simone di Stefano an, der seit jeher eine wichtige Führungsfigur innerhalb der Partei darstellt.

Besonders die „sozialen“ Bestrebungen von „Casa Pound“ scheinen in einer Stadt wie Genua, die in den letzten Jahren von einem enormen wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen war, der für viele Menschen zum Verlust ihrer Arbeitsplätze und zu einem Absinken der Bevölkerungszahl führte, teils auf fruchtbaren Boden zu fallen. So konnten sie nach Angaben des genuesischen „Casa Pound“-Provinzkoordinators Christian Corda an nur einem Wochenende über 300 Unterschriften für



ihren Antritt bei den kommenden Wahlen sammeln.[3]

Die Genueser_innen sehen sich daher mit einer neuen Situation in Form einer erstarkenden neofaschistischen Bewegung konfrontiert. In Folge der Eröffnung des „Casa Pound" gründete sich daher ein neues antifaschistisches Bündnis unter dem Namen Genova Antifascista, das am 3. Februar 2018 eine Demonstration gegen Neonazi-Zentren, Rassismus und neofaschistische Tendenzen in der Regierung und für eine revolutionäre antifaschistische Bewegung durchführte. Für eben diese Demonstration plakatierten Antifaschist_innen, als sie am späten Abend des 12. Januar 2018 von Neonazis angegriffen wurden. Die Gruppe von circa 30 NeofaschistInnen aus der „Casa Pound" war mit Messern, Flaschen und Gürteln bewaffnet. Ein Antifaschist wurde niedergestochen und überlebte schwer verletzt.

Die Brutalität des Angriffs schockierte nicht nur viele Genueser_innen, sondern führte auch zu einer Welle der Solidarität. Daraufhin wurden sowohl Antifaschist_innen aus anderen Städten Italiens als auch aus anderen Ländern auf die Situation in Genua und die Eröffnung von „Casa Pound" aufmerksam. Zahlreiche linke Gruppen traten in das Bündnis Genova Antifascista ein und die Mobilisierung zu der Demonstration Anfang Februar 2018 erfuhr einen enormen Aufschwung.

Am 3. Februar 2018 begannen schon eine Stunde vor der angekündigten Startzeit auf der Piazza De Ferrari — einem der größten Plätze Genuas — sich Menschen zu versammeln. Bis zum Beginn der Demonstration wuchs die Menschenmenge auf mehrere Tausend an. Die Demonstration zog durch die Innenstadt Genuas. Eines der neuen neofaschistischen Zentren lag auf der Demonstrationsroute und wurde symbolisch versiegelt. Im weiteren Verlauf führte die Demonstration an der Piazza Alimonda vorbei, wo im Jahr 2001 Carlo Giuliani während der Proteste gegen den G8-Gipfel von einem Polizisten erschossen worden war. Unmittelbar hinter einem Kirchengebäude auf der Piazza Alimonda befindet sich nun das „Casa Pound"-Büro, welches an diesem Tag jedoch von der Polizei komplett abgeriegelt wurde. Die Demonstration führte über die große Einkaufsstraße Via XX Settembre zurück, wo von der Brücke Ponte Monumentale ein schwarz-rotes Banner mit der Aufschrift „Genova Antifascista" heruntergelassen wurde. Unter den Marmorbögen stand ein Partisan und sang „Bella ciao" und die Teilnehmer_innen der Demonstration stimmten mit ein. Insgesamt setzten an diesem Tag über 6.000 Antifaschist_innen ein starkes Zeichen: Es war die größte Demonstration in Genua seit vielen Jahren.

Die Aktivist_innen des Bündnisses Genova Antifascista zeigten sich überwältigt von der großen Zahl an Teilnehmer_innen, von denen viele extra angereist waren. Allerdings sind die lokalen Antifaschist_innen auch besorgt. Der Angriff vom 12. Januar 2018 hat viele Menschen aufgerüttelt und verängstigt. In der kommenden Zeit werden die Genueser_innen einen beständigen Kampf gegen den Neofaschismus führen müssen — auch abseits von Großereignissen wie dem am 3. Februar 2018. In Gesprächen unterstrichen ortsansässige Genoss_innen, dass die Attacke vielen Menschen ins Bewusstsein gerufen hat, wie bedrohlich die Ansiedlung neofaschistischer Strukturen in der Stadt ist und dass kontinuierliche, entschlossene Gegenwehr unabdingbar ist.

Die Demonstration und die Gründung eines breiten revolutionär-antifaschistischen Bündnisses in der Stadt zeigen, dass Genua sich den NeofaschistInnen organisiert in den Weg stellt und widerständig bleibt."NON UN PASSO INDIETRO!" •

Weitere Informationen: www.leftreport.blogsport.eu

1 Stark industrialisierte Region in und um die Städte Mailand, Turin und Genua 2 www.opendemocracy.net/5050/claudia-torrisi/italian-media-casapound-glamourise-fascism (11.02.2018) 3 www.genova24.it/2018/01/corteo-degli-antifascisti-300-cantare-bella-ciao-volantini-slogan-toccano-uno-toccano-tutti-192347/ (10.02.2018)

GRIECHENLAND

Zwischen nationalistischen Massenaufläufen und neonazistischen Angriffen haben antifaschistische Strukturen in Griechenland viel zu tun

Im Schatten der nationalen Massenpsychose

GASTBEITRAG VON JOHN MALAMATINAS

Wir schreiben das achte Jahr des „Krisenlabor Griechenland" — fast acht Jahre ist es her, als der damalige Premierminister Giorgos Papandreou von der Insel Kastelorizo aus annoncierte, dass „Griechenland es nicht ohne die Finanzhilfe seiner internationalen Partner packen wird". Was folgte durften wir alle live mitverfolgen: Austeritätsmaßnahmen diktiert aus Deutschland, soziale Zertrümmerung und Repression gegen jede Verweigerung, die Krisenverwaltung mitzumachen. Tausende junge Menschen haben Griechenland verlassen, Korruption beherrscht weiterhin das Land und sogar unter einer linken Regierung scheint es kein Licht am Ende des Tunnels zu geben. Zwar wird in den diversen Zeitungsberichten und Regierungserklärungen die erfolgreiche Rückkehr Griechenlands zu den Finanzmärkten propagiert und das verbesserte Geschäftsklima angepriesen, die Realität ist allerdings für den durchschnittlichen Lohnabhängigen eine sehr düstere. In dem Kontext verwundert der weiter um sich schlagende Nationalismus nicht. Dennoch: Wie kann es sein, dass tausende Menschen wegen eines Namensgebungskonflikts eher auf die Strasse gehen als gegen die Krisenmaßnahmen? Dieses Szenario wird konterkariert durch Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und Linken, sowie dem Staat, der als scheinbar neutraler Verwalter repressiv sowohl gegen links als auch gegen rechts zuschlägt.

„Alexander der Große war Grieche"

Der sogenannte Namensgebungskonflikt währt schon seit Jahrzehnten. Zehntausende DemonstrantInnen, darunter Christen, Konservative und Nationalisten aller Couleur, nahmen Ende Januar an einer landesweiten Kundgebung in Thessaloniki teil. Ihre Forderung ist, den Begriff Mazedonien nicht in den Namen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien aufzunehmen. Griechenland solle dies in keinem Fall zulassen, weil es die griechische Geschichte diskreditieren und zur Destabilisierung der Region beitragen würde. Die letzte große nationalistische Ansammlung mit tausenden TeilnehmerInnen zum selben Thema fand 1992 statt — inmitten eines nationalistischen Aufruhrs gegen die 1991 erfolgte Gründung des kleinen Nachbarstaats nach Ende des Jugoslawienkriegs.

Wegen des schwelenden Streits wird Mazedonien bei der UNO mit dem sperrigen Namen Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (eben FYROM) geführt. Seit 2008 blockiert Griechenland den NATO-Beitritt des südosteuropäischen Landes. In der Zwischenzeit setzte auch Mazedonien selbst, zumindest aus Sicht Griechenlands, auf eine Politik der Provokation, indem Flughäfen und andere wichtige Orte nach Alexander dem Großen benannt wurden. Seit 2014 liegen die Verhandlungen über den Namensstreit praktisch still. Zuletzt zeichnete sich eine Annäherung und Einigung zwischen den Regierungen beider Länder ab. Der UN-Vermittler in dem Streit, Matthew Nimetz, zeigte sich kürzlich in New York „sehr optimistisch, dass der Prozess in eine positive Richtung geht". Er unterbreitete fünf Namensvorschläge, die alle das Wort Mazedonien enthalten, unter anderem Nord-Mazedonien und Neu-Mazedonien.

Nationalistische Massenaufläufe und neonazistische Angriffe

Antifaschistische Gruppen warnten schon Tage vor der nationalistischen Großkundgebung vor Angriffen auf linke Infrastruktur in Thessaloniki. Schon auf dem Weg zur Kundgebung wurde das Squat „Scholio" angegriffen, aber von den Anwesenden erfolgreich verteidigt. Etwa 150 Vermummte versuchten während der Kundgebung die Polizeiabsperrungn zu überrennen und eine antifaschistische Demonstration anzugreifen. Die Polizei setzte Tränengas ein um ein Aufeinandertreffen der Gruppen zu verhindern. Im Anschluss der nationalistischen Kundgebung griff eine Gruppe von über 100 Menschen das anarchistische Squat „Libertatia" an und setzte es in Brand. Bildern und Videos zufolge handelte es sich bei den Tätern um nationalistische Anhänger des Fussballvereins PAOK und Neonazis.

Zwei Wochen später in Athen wiederholte sich ein ähnliches Szenario: Die nationalistische Massenbewegung hatte sich vorgenommen, auf dem geschichtsträchtigen Syntagma Platz zu demonstrieren. Bereits am Tag davor planten die Neonazis der „Goldenen Morgenröte" ihren jährlichen Imia-Marsch, der sich auf einen Inselkonflikt mit der Türkei bezieht. Die antifaschistische Mobilisierung gegen diesen Aufmarsch war in ihrer Strategie erfolg-



Bild: Chris Avramidis



Bild: Lolos

reich: Die Neonazis konnten sich nicht auf dem eigentlich angekündigten Platz versammeln und hielten ihre Kundgebung mit wenigen hundert Mitgliedern vor ihren zentralen Büros im Zentrum Athens ab. Das ganze Wochenende lang fanden zudem antifaschistische Motorraddemos in verschiedenen Stadtteilen zur Gegeninformation statt.

Am Sonntag, dem Tag der Massenkundgebung, versammelten sich, trotz Behinderungen der Polizei 2.000 organisierte Antifaschist_innen in der Nähe des Syntagma-Platzes. Während des ganzen Tages bewachten Hunderte die zahlreichen sozialen Zentren und besetzte Häuser von Geflüchteten. Für Aufmerksamkeit sorgte die Ankündigung der anarchistischen Gruppe „Rouvikonas", sich auf den Schutz ihres Squats „Distomo" und der Präsenz im Stadtteil Agios Panteleimonas zu beschränken. In ihrer Erklärung betonten sie, dass diese Präsenz den Neonazis „besonders weh tun wird", da das Viertel vor wenigen Jahren noch in ihrer Hand lag und als „National befreite Zone" galt.

In Athen gab es erneut einen gefährlichen Zwischenfall: Etwa 15 Neonazis griffen mit Molotowcocktails das selbstverwaltete Theater „Empros" im Viertel Psirri in der Nähe des Syntagma-Platzes an. Die anwesenden Antifa-Aktivist_innen verteidigten das besetzte Theater erfolgreich und trieben die Neonazis in die Flucht, bevor die Polizeikräfte den Ort des Geschehens erreichten. Zu einem früheren Zeitpunkt bewegten sich etwa 200 Neonazis, einige mit Tarnkleidung, vermummt und mit Holzlatten bewaffnet, von der Kundgebung weg in Richtung des linksalternativen Stadtteils Exarchia, wurden dabei aber von der Polizei aufgehalten. Ein Mitglied der „Goldenen Morgenröte" wurde verhaftet.

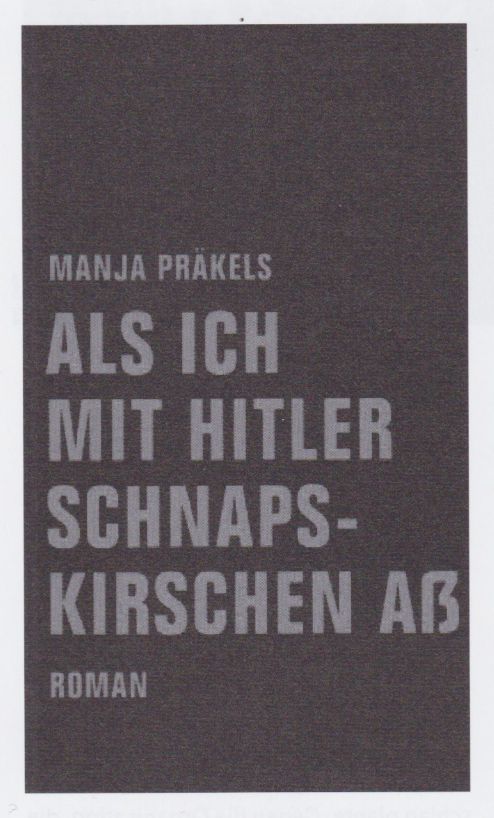
Die Gewaltspirale bricht nicht ab — birgt aber eine Chance

Ende Februar 2018 wurde in Piräus das soziale Zentrum „Favela" von Neonazis und Anhängern der „Goldenen Morgenröte" angegriffen. Ungefähr zehn Neonazis betraten unerwartet das Zentrum und griffen mit Stöcken und Fackeln die Anwesenden an. Fünf der Verteidiger_innen mussten ins Krankenhaus, unter ihnen die Anwältin der Familie des von Neonazis ermordeten Pavlos Fyssas. Die Angreifer riefen: „Wir werden dich anzünden, heute Nacht wirst du tot sein", und während sie gingen, riefen sie Slogans der „Goldenen Morgenröte".

Einige Antifa-Aktivist_innen vertreten die Auffassung, dass der Angriff den Neonazis auf die Füße fallen könnte, da der Prozess gegen die „Goldene Morgenröte" wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung noch immer andauert und die Partei kürzlich viele ihrer Büros schließen musste. Dies ist mindestens das dritte Mal, dass das „Favela" in seinem fast einjährigen Bestehen von Neonazis angegriffen wurde. Das Kollektiv scheint dennoch mit der Unterstützung der linken Bewegung, den lokalen Gruppen und der Nachbarschaft immer stärker zu werden.

Wenige Tage nach dem Überfall hob die Anti-Terror-Einheit der griechischen Polizei einen Neonazi-Ring aus. Insgesamt wurden elf Mitglieder des griechischen Zweigs des Neonazi-Netzwerks „Combat 18" sowie der Organisation „Autonome Mäander Nationalisten" festgenommen. Bei Hausdurchsuchungen in Athen und in zwei Provinzstädten wurden Sprengstoff, Jagdgewehre, Brandflaschen sowie Propagandamaterial sichergestellt. Ein Polizeioffizier erklärte, es werde vermutet, dass die Gruppe einen größeren Sprengstoffanschlag plante. Gegen die Organisation, die in der Vergangenheit mehrere Anschläge gegen linke Infrastruktur und jüdische Denkmäler verübt hat, wird nun ebenfalls wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" ermittelt.

Die unmittelbare Zukunft birgt die Chance, mit zivilgesellschaftlichem Druck, den gesellschaftlichen Ausschluss der „Goldenen Morgenröte" zu forcieren. Die Anwälte der Nebenklage beteuern weiterhin, dass die Chancen für ein Verbot gut stehen. Für Mitte September 2018 planen antifaschistische Strukturen zum fünften Jahrestag der Ermordung von Pavlos Fyssas eine große Demonstration in Piräus. Der Angriff auf das „Favela" könnte sich zu einem politischen Boomerang für die Neonazis entwickeln. •



Manja Präkels:
Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß
Verbecherverlag, Berlin 2017, 232 Seiten
ISBN: 9783957322722
20,00 Euro

Manja Präkels Roman „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“ spielt in ihrer Heimatstadt Zehdenick (Brandenburg/Oberhavel). Er handelt vom Leben in der Provinz, der Neonazidominanz der Nachwendezeit und dem Alltag von denjenigen, die dort als „Zecken“ wahrgenommen wurden. Kein rein fiktiver Roman, sondern einer, der die Realitäten dieser Zeit beschreibt und den Mord an Ingo Ludwig thematisiert. Der Roman streift Themen und Personen, die unseren LeserInnen vertraut sein sollten — vergessene Opfer von Neonazigewalt, die nunmehr etablierten Neonazischläger der „Wendejahre“, Alexander Gauland (Hieronymus Gaul) und Naziktriegsverbrecher Heinz Barth (Obersturmbannführer Brüning). Es geht um die „Neonazigeneration Hoyerswerda“ und um die Gejagten, die sich Schleichwege überlegen müssen, um unbeschadet von einem Ort zum anderen zu kommen. Der Plot ist schnell erzählt: Mimi ist die Ich-Erzählerin des Buches, Mimi und Oliver sind Nachbarskinder, Oliver wird eine lokale Neonazigröße. Die Stadt teilt sich auf zwischen Neonazis und Nicht-Neonazis. Die Neonaziszene bringt die Kleinstadt weitestgehend unter ihre Kontrolle. Wobei es nicht nur um den lokalen Drogenmarkt und Kleinkriminalität geht: wer nicht ins Bild passt wird zum Feind. Die Gewalt trifft viele: Subkulturelle, Alternative, Homosexuelle und alles „Nichtdeutsche“. Eines ihrer Opfer ist „Krischi“ (an Ingo Ludwig angelehnt), der bei einem Neonazi-Überfall stirbt. Die Autorin ruft hier eines der vielen unsichtbar gemachten Opfer rechter Gewalt in Erinnerung, dessen Tod erstaunlich schnell als Unfall gedeutet wurde. Für Furore sorgte das Buch als „Gegenstück“ zum Reportageroman „Deutschboden“, der „junge Männer“ aus Zehdenick ihre Geschichten erzählen lässt. Es sind die „Jäger und Angstmacher“ jener Jahre, die Sicht der Gejagten wird dort nicht erzählt. Zur politischen Realität gehörten seinerzeit Überfälle auf Dorfdiskos, wenn dort „Zecken“ auftauchten. 1992 erlebt die Autorin als 16-Jährige einen solchen Überfall — Ingo Ludwig wurde dabei totgetreten. Im Polizeibericht hieß es: „Am vergangenen Sonntag kam es in Klein-Mutz in der Gaststätte ‚Wolfshöhle' zu einer Auseinandersetzung, die tödlich endete. Der 18-jährige Ingo L. aus Grüneberg trug Verletzungen im Gesicht, am Hals und am Körper davon. Der zu Hilfe gerufene Arzt stellte gegen 1:20 Uhr den Tod fest. Als Ingo L. am Boden lag, versetzte Oliver Z. ihm mehrere Fußtritte. Er trug sogenannte ‚Doggs', Schuhe mit Eisenspitzen.“ Ludwig tauchte nie als Opfer rechter Gewalt in den Statistiken auf. In der Antwort auf eine Bundestagsanfrage wurde vom Verfassungsschutz ein (Tat?)Zeuge zitiert der einen Unfall beschreibt: Ingo Ludwig sei von der Treppe gestürzt, die jungen Leute hätten noch versucht ihm zu helfen. Die Autorin weiß: „(...) Wenn man die drei flachen Stufen der Dorfkneipe vor Augen hat und die Pogromstimmung jener Jahre in den Knochen, zerfällt die Geschichte“. Als die Brandenburger Landesregierung die politischen Morde der frühen 1990er Jahre untersuchen ließ, waren die Akten bereits vernichtet. Die Tat ist nunmehr als Verdachtsfall in der Statistik. Von den Tätern saß keiner im Gefängnis. Der Hauptverdächtige Oliver Z. aus Zehdenick wurde nach drei Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen, es blieb bei einer Bewährungsstrafe, was seinem Ansehen in der Kleinstadt nicht schadet. Über einen Deal mit den Sicherheitsbehörden wurde gemunkelt, er wäre nicht der einzige Neonazi in Brandenburg, der nach einem Mord(versuch) angeworben wurde. Von den etwa 100 Zeug_innen des Überfalls trat keiner an die Öffentlichkeit. 2013 war Oliver Z. auf der Homepage eines Jugendclubs zu finden: als Vorsitzender des Trägervereins. Der Roman ist beklemmend aktuell. •

Juliane Lang, Ulrich Peters (Hg.):
Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt
Marta Press, Hamburg 2018, 336 Seiten
ISBN: 9783944442525
20,00 Euro

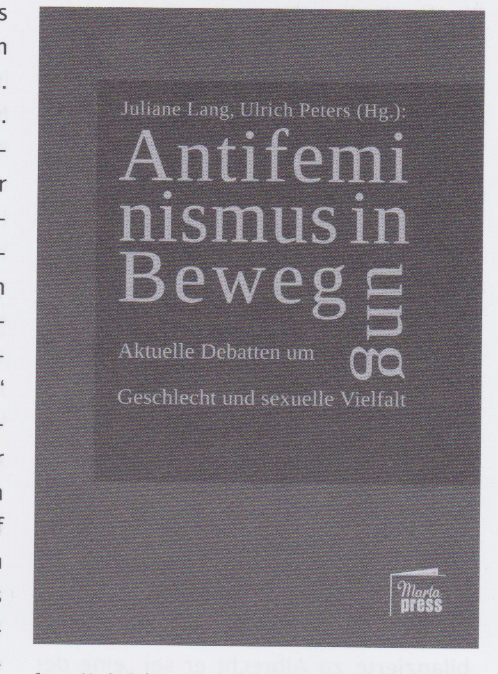
„Volkstod" und „Gender-Wahn"

Im Herbst 2014 schrieben Juliane Lang und Ulrich Peters im Antifaschistischen Infoblatt (AIB Nr. 104), dass „AntifeministInnen [...] sich unterschiedlichster Strategien und Aktionsformen im Ringen um gesellschaftlichen und politischen Einfluss [bedienen]." Deutlich werde dabei aber, „dass Antifeminismus einen gemeinsamen ideologischen Bezugsrahmen mit Schnittmengen zwischen Konservatismus, religiösem Fundamentalismus und der extremen Rechten bietet." In den letzten zwei Jahren hat sich diese These bestätigt. Antifeminismus fungiert immer häufiger als verbindendes Moment zwischen den verschiedenen Spektren. Daher ist es nur sinnvoll, dass die beiden Autor_innen Anfang des Jahres einen Sammelband zum Thema herausgebracht haben. „Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt" versucht dabei sowohl einen Blick auf die verschiedenen antifeministischen AkteurInnen und ihre Aktionsformen zu werfen, als auch die Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen zu beleuchten und gemeinsame Motive und Erklärungsmuster herauszuarbeiten.

Die ersten Beiträge beschäftigen sich zunächst überblicksartig mit dem Phänomen in Deutschland und Österreich und leiten so in das Thema ein. Es ist sinnvoll, dass dieser einführende Teil eher kurz gehalten ist, da es zum Thema Antifeminismus schon einige einleitende und das Phänomen erklärende Veröffentlichungen gibt.[1]

Spannender ist es zu erfahren, wie die einzelnen AkteurInnen ihre antifeministischen Thesen begründen und mit zum Beispiel rassistischen und/oder antisemitischen Erklärungsmustern verbinden. Gideon Botsch und Christoph Kopke werfen in ihrem Artikel einen Blick auf die extrem Rechte und erklären, dass der Begriff „Volkstod" immer schon mit biologistischen Ansichten verbunden ist: „Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Kampf der extrem Rechten als ‚biopolitischer' Kampf geführt wird und stets geführt wurde. Dieser ist immer auch ein unmittelbarer Kampf um den Zugriff auf die Körper von Frauen (und Männern)."[2] Jegliches Infragestellen heteronormativer und konservativer Vorstellungen von Familie, Geschlecht oder Sexualität sowie Debatten über das Recht auf Abtreibung werden als Bedrohung der bürgerlichen Kleinfamilie, der Keimzelle der Nation und somit als Angriff auf Nation und Volk verstanden. Besonders fruchtbar ist die historische und über den deutschen Sprachraum hinausgreifende Perspektive des Beitrags. Aufschlussreich ist auch der Beitrag von Kevin Culina über das verschwörungsideologische Magazin „Compact". Culina zeigt an Beiträgen verschiedener AutorInnen, wie antifeministische Argumentationen in das antisemitische Erklärungsmodell von „Compact" eingebunden werden. „Ungreifbare Mächte [Feminismus; Anm. der Verf.] und elitäre Zirkel, die in strukturell antisemitischer Logik als eine Form der geheimen Weltregierung halluziniert werden, würden diese Strategie zur Zerstörung vermeintlich natürlicher Grundlagen der Gesellschaft vorantreiben."[3] Als Höhepunkt bezeichnet Culina den Besuch Jürgen Elsässers bei den „Besorgten Eltern" 2014. Es sind gerade im Vordergrund stehende Einzelpersonen, die immer wieder zwischen den unterschiedlichen Spektren vermitteln. So verweist Kirsten Achtelik auf Personen wie Beatrix von Storch, Martin Lohmann und Alexandra Linder, die als Scharniere zwischen christlichen FundamentalistInnen, sogenannten LebensschützerInnen und der AfD fungieren. Die Debatten um Abtreibung oder sexuelle Aufklärung von Kindern zeigen, wie grundlegend Antifeminismus als Motiv für sowohl rechts-konservative als auch völkische Denkweisen ist.

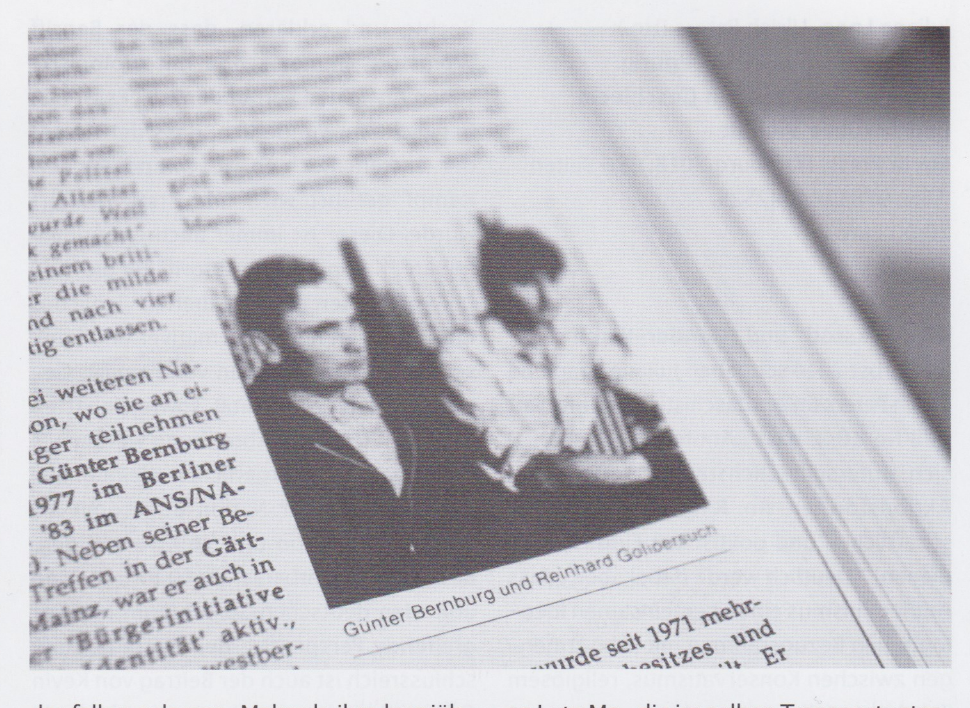
Die drei ausgewählten Beiträge zeigen exemplarisch, dass das Spektrum der AntifeministInnen ein weites ist, es jedoch Motive und Erklärungsmuster gibt, die diese miteinander verbinden. Der Sammelband ermöglicht so einen umfassenden Blick auf antifeministische AkteurInnen und Diskurse. Besonders interessant sind dabei die Analysen konkreter Phänomene, ihr Wirken innerhalb des antifeministischen Netzwerkes und die Verknüpfung mit anderen Ideologien gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. •



1 u.a. Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene: Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld, 2015. / Wamper, Regina: Das rechte Geschlecht. Geschlechterkonstruktionen in extrem rechten Medien und deren Relevanz für das völkische Denken, Dissertation, Aachen: 2016. / Kemper , Andreas: Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise für die Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, 2014. / Rosenbrock, Hinrich: Die antifeministische Männerrechtsbewegung . Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung . Eine Expertise für die Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 2012. / Kemper, Andreas: Die Maskulinisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum, Münster, 2012. / Claus, Robert: Maskulinismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass, Berlin, 2014.
2 Lang / Peters, S. 65. 3 Ebd. S. 96.

VOR 26 JAHREN BERICHTETEN WIR ÜBER EINEN

Sprengstoff Anschlag auf ein Mahnmahl



Am 29. August 1992 verübten Berliner Neonazis einen Sprengstoff-Anschlag auf das Mahnmal zum Gedenken an die Jüdinnen und Juden, die vom Bahnhof an der Putlitzstraße im Berliner Bezirk Moabit deportiert wurden. Die Skulptur auf der Putlitzbrücke war in den letzten Jahren öfter geschändet worden, so im Januar 1989 von einer „Bewegung 20. April“[1] Damals wurde ein halber Schweinekopf am Mahnmal befestigt, der kurz vorher von Pia B. gekauft worden war. Die rechte Aktivistin ist die Frau des langjährigen NSDAP/AO-Aktivisten und ANS'lers Günter Bernburg. Die Westberliner Neonazigröße Bernburg fand 1977 im „Der Spiegel“ Erwähnung, als er Teil einer internationalen politischen Verwicklung wurde. Als der Neonazi Udo Albrecht eine „Volksbefreiungs-Front Deutschland“ gründete, um das Land von „Besatzern“ zu befreien, nahm er ab 1970 Kontakte zur PLO auf. Hier kämpfte er auf den Seiten der Fedajin. Er geriet in jordanische Gefangenschaft und wurde von Hans-Jürgen Wischnewski (SPD) befreit. Albrecht hatte sich bemüht weitere Neonazis für den Einsatz in arabischen Ländern zu gewinnen. Einer seiner Versuche, drei Neonazis zur Ausbildung in den Libanon zu schleusen, scheiterte 1975. Der Kieler Gunnar Paal und die Westberliner Günter Bernburg und Ekkehard Weil wurden in Jugoslawien verhaftet[2]. „Der Spiegel „bilanzierte zu Albrecht er sei „eine der fragwürdigsten Gestalten im Zwielicht von Verbrechertum und Geheimdienstmilieu. Er arbeitet für den BND und wohl auch für den Staatssicherheitsdienst der DDR“[3]. Mit Pia B. stand auch Ekkehard Weil im Verdacht, für den Anschlag verantwortlich gewesen zu sein. Ekkehard Weil ist seit zwei Jahrzehnten in der neonazistischen Untergrund- und Terror-Szene aktiv. Im aktuellen Fall wurden die Ermittlungen in Richtung Pia B. und Ekkehard Weil schnell wieder fallen gelassen. Mehr als ihre langjährige Aktivität als Neonazis und ihr Faible für Terrorismus lag gegen sie nicht vor.

Ekkehard Weil war bereits vor Jahren mit einem rechtsterroristischen Anschlag im selben Bezirk bekannt geworden. Am 7. November 1970 schoss er mit einem Kleinkaliber-Gewehr auf einen Wachsoldaten am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten. Der 20-jährige Iwan Iwanowitsch Schtscherbak wurde dadurch schwer verletzt. An einem Pavillon im Tiergarten wurden mehrere Parolen hinterlassen wie „Auftakt gegen den Bolschewismus“ und „Widerstand gegen den Ausverkauf Deutschlands“, unterschrieben wurde mit dem Schriftzug „Europäische Befreiungsfront“. Weil wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen „guter Führung“ wurde Weil im Sommer 1976 vorzeitig entlassen. Weil, Bernburg und andere Neonazis betreiben u.a. Waffengeschäfte und verkaufen Militaria Ausrüstung auf Berliner Flohmärkten. Diese graben sie unter anderem auf den Schlachtfeldern des II. Weltkriegs aus, z.B. in Halbe (Brandenburg). An diesen Geschäften sind auch die Neonazis von „Wotans Volk“ um den Weddinger Neonazi-Anführer Arnulf Priem beteiligt. Am 24. September 1992 nahm die Berliner Polizei aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung zwei Personen fest. Der 31-jährige Detlef Mahn, den die Polizei für den Haupttäter hält, und der 35-jährige Lutz Me., die im selben Transportunternehmen arbeiten, wohnen beide im Wedding. Bei ihnen wurden etliche Waffen, Sprengstoffe, Handgranaten und andere militärische Ausrüstungen gefunden. Vom „Tagesspiegel“ daraufhin befragt, wies Berlins Chef-Verfassungsschützer Heinz Annußek auf die oben erwähnte Betätigung neonazistischer Waffenhändler hin. Auch der Sprengstoff vom Anschlag auf das Mahnmal stammt demnach vom Schlachtfeld von Halbe. Nach Aussagen von Detlef Mahn hin wurden zwei weitere Männer, einer aus Kreuzberg, festgenommen. Mahn gestand auch andere Anschläge, vor allem einen auf ein Ausländerwohnheim im Wedding. Ein Staatsschützer erklärte in der Berliner Abendschau, Erkenntnisse über rechtsextreme Hintergründe lägen nicht vor. Detlef Mahn gab als Tatmotivation an, er habe „etwas gegen Ausländer und Juden“. •

1 Vgl. AIB Nr. 6/7, Feb./März 1989: Das Umfeld des Berliner Neonazi-Terroristen Ekkehard Weil
2 Vgl. SPIEGEL 36/1977: Radikale: Erbe lebt
3 Als Quelle „König“ (XV 5297/81). Vgl. SPIEGEL 41/1985: Terroristen — Analyse gewechselt

Abonniert
das Antifaschistische Infoblatt

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
32. Jahrgang
Nummer 118 | 1.2018

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 117

TITEL
Angekommen! Die extreme Rechte ist im Bundestag.

NS-SZENE
Das NS-Hardcore Imperium

Antifa
Kampagnen im Interview

Repression
Staatlicher Umgang mit den G20-Protesten



AIB 116

TITEL
Rechtsterrorismus unter Aufsicht der Geheimdienste

NS-SZENE
Subculutral Records

Braunzone
Identitäres Hausprojekt in Halle (Saale)

International
USA: Von Blood & Honour zum Polizeichef

Absender_in

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin